

Inhalt

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Bewerbungstermine für die **Zulassung zum Vorbereitungsdienst** für das Lehramt an Grundschulen, das Lehramt an Integrierten Sekundarschulen und Gymnasien sowie das Lehramt an beruflichen Schulen und den Anpassungslehrgang und **Termine für die Aushändigung des Zeugnisses** der erfolgreich abgelegten Staatsprüfung für das Lehramt an Grundschulen, das Lehramt an Integrierten Sekundarschulen und Gymnasien sowie das Lehramt an beruflichen Schulen719

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuchs (BauGB)719

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe

Richtlinien für die Gewährung von **Überbrückungshilfen für straßenbaugeschädigte Gewerbetreibende** in Berlin721

Amtsgericht Pankow

Ungültigkeitserklärung eines **Dienstausweises**723

Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin (LAGeSo)

Rundschreiben über die Zulassung einer privaten Sachverständigen für die **Untersuchung von amtlich zurückgelassenen Proben**724

Genehmigung zum **Betrieb einer gentechnischen Anlage**724

Polizei Berlin

Sichergestellte Gegenstände725

Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin

Satzung725

Bezirksämter	758
Stellenausschreibungen	767
Gerichte	780
Nicht amtlicher Teil	781

Die amtliche Veröffentlichung des Amtsblattes für Berlin erfolgt in der Druckfassung.

Impressum

Herausgeber:
Landesverwaltungsamt Berlin

Redaktion und Vertrieb:
Landesverwaltungsamt Berlin - LS 2 -
Fehrbelliner Platz 1
10707 Berlin

Telefon: 030 90139-6221

E-Mail: amtsblatt@lvwa.berlin.de

Internet/Intranet: <http://amtsblatt.berlin.de>

Druck und Versand:
IT-Dienstleistungszentrum Berlin
Berliner Straße 112-115
10713 Berlin

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Bewerbungstermine für die Zulassung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Grundschulen, das Lehramt an Integrierten Sekundarschulen und Gymnasien sowie das Lehramt an beruflichen Schulen und den Anpassungslehrgang und Termine für die Aushändigung des Zeugnisses der erfolgreich abgelegten Staatsprüfung für das Lehramt an Grundschulen, das Lehramt an Integrierten Sekundarschulen und Gymnasien sowie das Lehramt an beruflichen Schulen

Bekanntmachung vom 11. März 2026

BJF I B 1.41/BLIQ QU C (komm.)

Telefon: 90227-6216 oder 90227-5050, intern 9227-6216

Gemäß § 10 Absatz 4 Satz 3 des Lehrkräftebildungsgesetzes vom 7. Februar 2014 (GVBl. S. 49), das zuletzt durch Gesetz vom 16. Oktober 2025 (GVBl. S. 525) geändert worden ist, setze ich die Termine (Bewerbungsfristen) für Bewerbungen um Aufnahme in den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Grundschulen, das Lehramt an Integrierten Sekundarschulen und Gymnasien sowie das Lehramt an beruflichen Schulen und gemäß Lehrkräftequalifikationsfeststellungsgesetz Berlin für den schulpraktischen Teil des Anpassungslehrganges

- für Einstellungen am 31. Januar 2028 auf den 21. September 2027
und
- für Einstellungen am 3. August 2028 auf den 21. März 2028

fest.

Gemäß § 6 Absatz 2 Satz 2 der Verordnung über den Vorbereitungsdienst und die Staatsprüfung für Lehrämter (VSLVO) vom 23. Juni 2014 (GVBl. S. 228), die zuletzt durch Gesetz vom 16. Oktober 2025 (GVBl. S. 525) geändert worden ist, setze ich den Termin der Aushändigung des Zeugnisses der erfolgreich abgelegten Staatsprüfung für das Lehramt an Grundschulen, das Lehramt an Integrierten Sekundarschulen und Gymnasien sowie das Lehramt an beruflichen Schulen

- für Einstellungen am 31. Januar 2028 auf den 29. Juni 2029
und
- für Einstellungen am 3. August 2028 auf den 1. Februar 2030

fest.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

**Beteiligung der Öffentlichkeit
gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuchs (BauGB)**

Bekanntmachung vom 12. März 2026

Stadt II A 16

Telefon: 90173-4483 oder 90173-0, intern 9173-4483

Der Entwurf des Bebauungsplans **I-B4a-3** für das Grundstück Alexanderplatz 3 und das nordöstlich angrenzende Flurstück 1253 (Flur 918) sowie Teilflächen der Alexanderstraße und des Alexanderplatzes im Bezirk Mitte, Ortsteil Mitte, ist mit Begründung und den wesentlichen umweltbezogenen Stellungnahmen gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) auf der Internetseite:

<https://be.beteiligung.diplanung.de/plan/alexanderplatz>

sowie auf dem zentralen Landesportal:

mein.berlin.de

ab dem 23. März 2026 bis einschließlich 24. April 2026

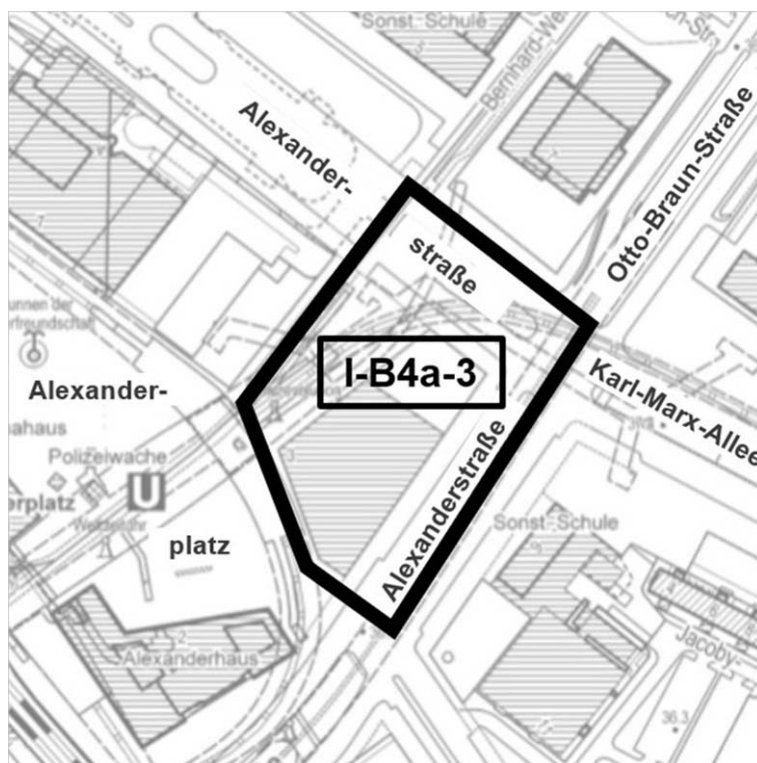
veröffentlicht.

Zusätzlich zur Veröffentlichung im Internet werden die nach § 3 Absatz 2 Satz 1 BauGB zu veröffentlichenden Unterlagen in Form einer öffentlichen Auslegung als andere leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit in dem oben genannten Zeitraum von Montag bis Freitag von 9 bis 17 Uhr bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, Raum 0024, Württembergische Straße 6, 10707 Berlin, bereitgehalten sowie nach Vereinbarung per E-Mail (I-B4a-3@senstadt.berlin.de) bereitgestellt. An gesetzlichen Feiertagen besteht keine Zugangsmöglichkeit zu den Räumlichkeiten der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen.

Das Bebauungsverfahren wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 BauGB durchgeführt.

Während der Veröffentlichungsfrist können Stellungnahmen abgegeben werden. Die Stellungnahmen sollen elektronisch über Eingabe auf einer der oben genannten Internetseiten oder per E-Mail an: I-B4a-3@senstadt.berlin.de übermittelt werden. Bei Bedarf können Stellungnahmen auch auf einem anderen Weg abgegeben werden (zum Beispiel schriftlich vor Ort unter der oben genannten Adresse oder postalisch an die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - II A 16 -, Württembergische Straße 6, 10707 Berlin). Die Stellungnahmen werden in der anschließenden Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander abgewogen. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können unberücksichtigt bleiben.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt auf der Grundlage des Artikels 6 Absatz 1 Buchstabe e der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit § 3 des Baugesetzbuchs (BauGB) und § 30c des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs (AGBauGB). Geben Sie Ihre Stellungnahme ohne Absenderangaben ab, erhalten Sie keine Mitteilung über das Ergebnis der Prüfung Ihrer Stellungnahme. Weitere Informationen entnehmen Sie bitte der „Information über die Datenverarbeitung im Bereich des Bebauungsplanverfahrens“, die mit veröffentlicht wird.



Quelle: SenStadt 2026

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe

Richtlinien für die Gewährung von Überbrückungshilfen für straßenbaugeschädigte Gewerbetreibende in Berlin

Bekanntmachung vom 10. Februar 2026

WiEnBe IV D 27

Telefon: 9013-7877 oder 9013-0, intern 913-7877

1 - Rechtsgrundlage

Zur Milderung von Umsatzrückgängen, welche durch Beeinträchtigungen ausgehend von außergewöhnlichen und besonders umfangreichen sowie lange andauernden Straßenbaumaßnahmen des Landes Berlin entstanden sind, gewährt das Land Berlin nach Maßgabe dieser Richtlinien Gewerbetreibenden Billigkeitsleistungen. Hierbei handelt es sich um freiwillige Leistungen des Landes Berlin im Rahmen von Billigkeitserwägungen auf der Grundlage von § 53 der Landeshaushaltsordnung (LHO) und den jeweils in den Haushaltsplänen des Landes Berlin dafür bereitgestellten Haushaltsmitteln.

Es besteht kein Rechtsanspruch auf Gewährung der Leistung. Die Bewilligungsbehörde entscheidet aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens diskriminierungsfrei im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

2 - Gegenstand der Billigkeitsleistungen

Durch eine Überbrückungshilfe soll Gewerbetreibenden, die durch Straßenbaumaßnahmen des Landes Berlin unvorhersehbar oder nur mittelbar betroffen sind sowie über ein zumutbares Maß hinaus beeinträchtigt werden, das Überdauern der Bauzeit erleichtert werden. Die aus Billigkeitserwägungen möglichen Zuschüsse sind auf die persönliche Belastung der Gewerbetreibenden abgestellt und dienen ausschließlich der Vermeidung von Existenzverlusten und dem Erhalt von Arbeitsplätzen (Existenzgefährdung). Es erfolgt kein pauschaler Ausgleich von Umsatzrückgängen. Reine Umsatzerwartungen werden bei der Festlegung der Höhe der Überbrückungshilfe nicht berücksichtigt.

3 - Empfänger der Billigkeitsleistungen

Empfänger sind ausschließlich hauptgewerblich tätige Gewerbetreibende (Geschäftsinhaber), natürliche Personen, zum Beispiel bei Gesellschaften in der Form einer GmbH oder einer GbR die einzelnen Personen der Betriebsgesellschaft. Angestellte eines Gewerbebetriebes sind nicht antragsberechtigt.

4 - Voraussetzungen

4.1 - Straßenbaumaßnahmen sind besonders umfangreich und lang andauernd, wenn sie eine grundlegende Sanierung bewirken sollen und eine Dauer von drei Monaten überschreiten.

4.2 - Umsatzrückgänge sind dann existenzgefährdend, wenn die betroffenen Gewerbetreibenden aus den verbleibenden Einnahmen der gesamten Geschäftstätigkeit ihren Lebensunterhalt nicht mehr decken können **oder** dafür auch keine weiteren Einkünfte und/oder privates Vermögen zur Verfügung steht. Die Gewerbetreibenden sind des Weiteren vorrangig verpflichtet, ihre zur Verfügung stehenden Kreditrahmen auszuschöpfen oder in zumutbarem und möglichem Umfang selbst eine Übergangsfinanzierung durch eine Kreditaufnahme sicher zu stellen. Bei der Ermittlung der Vermögensverhältnisse sind auch die Einkünfte und das Vermögen der jeweiligen Eheleute sowie der Personen einer Lebenspartnerschaft heranzuziehen.

4.3 - Die Straßenbaumaßnahmen müssen unmittelbar vom Land Berlin durchgeführt werden oder wegen seiner Beteiligung an den Leitungsbetrieben und mehrerer Dienststellen vom Land Berlin koordiniert werden.

4.4 - Maßnahmen der Betriebe des Landes Berlin und der Anstalten des öffentlichen Rechts, die einen massiven Eingriff ins Straßenland erfordern (zum Beispiel Bau einer Wasserleitung, U-Bahn-Bau, Tunneldeckensanierung usw.) sind den Straßenbaumaßnahmen gleichzusetzen. Förderfähig sind auch Maßnahmen privater Ver- und Entsorgungsunternehmen (zum Beispiel Vattenfall, Fernwärme GmbH, NBB-Netzgesellschaft Telekom usw.). Die Gewerbetreibenden haben bereits bei der Antragstellung offen zu legen, ob Entschädigungsleistungen im Zusammenhang mit

diesen Baumaßnahmen privater oder öffentlicher Stellen gezahlt wurden oder ob solche beantragt worden sind. Im Rahmen der Antragsbearbeitung sind derartige Ansprüche zu überprüfen. Die Prüfungsergebnisse hierzu fließen in die Entscheidungsvorlage für die Beratung im Ausschuss mit ein.

4.5 - Baumaßnahmen anderer Dienstleistungsunternehmen (zum Beispiel Deutsche Bahn usw.) wie reine Hochbaumaßnahmen (zum Beispiel Gebäudeeintrüstungen, Neubauten - unabhängig davon, ob es sich um private Personen, Firmen oder das Land Berlin oder den Bund handelt) begründen keinen Anspruch auf Überbrückungshilfe.

4.6 - Die Gewährung einer Überbrückungshilfe setzt voraus, dass die Beeinträchtigungen nicht durch eigenes Verhalten beziehungsweise eigene Möglichkeiten vermieden oder gemildert werden können.

4.7 - Die beantragenden Personen, über deren Vermögen ein Insolvenz- oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, sind nicht förderfähig.

4.8 - Die Antrag stellende Person selbst muss den Gewerbebetrieb beziehungsweise das Geschäft bereits **vor** Beginn der Baumaßnahme an dem betroffenen Standort betrieben haben.

5 - Notwendige Unterlagen

5.1 - Die Existenzbedrohung muss durch entsprechende Nachweise belegt werden. Die Antragsunterlagen sind an die Geschäftsstelle des Ausschusses für Räumungsbetroffene zu senden. Die ausgleichsfähigen nicht gedeckten Ausgaben sind durch folgende Unterlagen nachzuweisen:

5.1.1 - Umsatzrückgänge:

Die monatlichen Umsatzrückgänge sind mit entsprechenden Nachweisen der Buchhaltung durch die antragstellende Person zu belegen.

5.1.2 - Miet-, Steuer-, Lohn- und Zahlungsrückstände:

Sind Miet-, Steuer-, Lohn- oder Zahlungsrückstände während der Beeinträchtigungen durch die Straßenbauarbeiten entstanden, sind diese durch Vorlage einer entsprechenden Kopie nachzuweisen.

5.1.3 - Kontostände aller geschäftlichen und privaten Konten:

Bei Antragstellung ist der Saldo der geschäftlichen und privaten Konten durch einen entsprechenden Auszug des jeweiligen Kontos nachzuweisen.

5.1.4 - Im Rahmen der Antragstellung wird von der Bewilligungsbehörde überprüft, ob das antragsgegenständliche Geschäft im Gewerberegister der Stadt Berlin registriert ist und ob gegebenenfalls weitere Gewerbe der Antragstellenden vorhanden sind.

5.2 - Ein Antrag ist vollständig, wenn alle Fragen im Formular beantwortet sind.

Fragen, die nicht zutreffen, müssen entsprechend gekennzeichnet werden. Der Antrag muss außerdem mit Datum versehen und von der antragsberechtigten Person persönlich unterschrieben sein und die erforderlichen Nachweise müssen beigelegt werden.

6 - Umfang und Höhe der Billigkeitsleistung

6.1 - Bei der Finanzierungsart handelt es sich um einen teilweisen Ausgleich der Umsatzrückgänge, welche während der Beeinträchtigungen durch die Straßenbaumaßnahmen des Landes Berlin entstanden sind.

6.2 - Die Höhe der Überbrückungshilfe ist einzelfallabhängig und wird unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Gesamtsituation der beantragenden Person sowie der Eheleute oder der Personen einer Lebenspartnerschaft im Rahmen von Billigkeitsabwägungen festgesetzt. Die Überbrückungshilfe soll 35 000 Euro für 12 Monate Bauzeit grundsätzlich nicht übersteigen.

6.3 - Sollte sich die Höhe der gewährten Überbrückungshilfe als nicht auskömmlich für den Erhalt des betroffenen Standortes erweisen, so ist grundsätzlich nach Ablauf von drei Monaten nach Auszahlung einer gewährten Überbrückungshilfe ein Folgeantrag zulässig.

6.4 - Die Überbrückungshilfe darf von der beantragenden Person ausschließlich zweckgebunden zur Abwendung des drohenden Existenzverlustes - insbesondere zum Erhalt des betroffenen Gewerbebetriebes und der entsprechenden Arbeitsplätze - verwendet werden.

7 - Ermittlung der Existenzbedrohung

Die Ermittlung einer Existenzbedrohung ist durch die individuelle Betrachtung der gesamtwirtschaftlichen sowie finanziellen Lage der Gewerbetreibenden vorgeschrieben.

8 - Allgemeine Verfahrensvorschriften

8.1 - Anträge auf Gewährung einer Überbrückungshilfe sind unter Verwendung des dafür erarbeiteten Antragsformulars an die Geschäftsstelle des Ausschusses für Räumungsbetroffene bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - IV D 27 -, Martin-Luther-Straße 105, 10825 Berlin, zu richten. Dem Antrag sind die notwendigen Unterlagen beizufügen, welche eine Existenzbedrohung nachweisen. Unvollständige Anträge werden nach angemessener Fristsetzung abgelehnt.

8.2 - Über den Antrag berät der Ausschuss für Räumungsbetroffene in nicht öffentlicher Sitzung. Im Ausschuss für Räumungsbetroffene sind der Rat der Bürgermeister, die Senatsverwaltung für Finanzen, die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt, die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe sowie die Industrie- und Handelskammer zu Berlin und die Handwerkskammer Berlin vertreten.

8.3 - Um eine Beschleunigung des Antragsverfahrens zu gewährleisten werden vollständige Anträge dem Ausschuss im Umlaufverfahren zeitnah zur Votierung übermittelt.

8.4 - Als Ergebnis seiner Beratung beschließt der Ausschuss mit Stimmenmehrheit Empfehlungen zu den vorgelegten Anträgen. Bei Stimmengleichheit erfolgt eine ablehnende Empfehlung.

8.5 - Über die Anträge auf Überbrückungshilfe entscheidet abschließend die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe auf der Grundlage der Empfehlung des Ausschusses für Räumungsbetroffene.

8.6 - Eine Auszahlung kann erst nach Bestandskraft der Entscheidung erfolgen. Es sei denn die beantragende Person erklärt schriftlich, auf das Rechtsmittel zu verzichten.

8.7 - Die weiteren Modalitäten der Auszahlung werden im Bewilligungsbescheid näher geregelt.

9 - Kumulierbarkeit

9.1 - Eine Kumulierung mit anderen öffentlichen Hilfen ist zulässig, sofern im Einzelnen keine andere Regelung getroffen wurde.

9.2 - Etwaige Entschädigungsansprüche gegenüber privaten Versorgungsunternehmen (4.5) werden bei der Festsetzung der Höhe der Überbrückungshilfe berücksichtigt.

10 - Inkrafttreten

Dieser Runderlass tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft und am 31. Dezember 2027 außer Kraft. Änderungen bleiben vorbehalten.

Amtsgericht Pankow

Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises

Bekanntmachung vom 12. März 2026

AG P BI

Telefon: 90245-454 oder 90245-0, intern 9245-454

Der von der Präsidentin des Amtsgerichts Pankow/Weißensee (jetzt Präsident des Amtsgerichts Pankow) mit der Nummer SE4471904 ausgegebene Dienstausweis wird hiermit für ungültig erklärt.

Der unbefugte Gebrauch des Dienstausweises wird strafrechtlich verfolgt.

Sollte der Ausweis gefunden werden, wird gebeten, ihn an das Amtsgericht Pankow, Parkstraße 71, 13086 Berlin, zu senden oder dort abzugeben.

Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin (LAGeSo)

Rundschreiben über die Zulassung einer privaten Sachverständigen für die Untersuchung von amtlich zurückgelassenen Proben

Bekanntmachung vom 9. März 2026

LAGeSo IV G 1

Telefon: 90229-2409 oder 90229-0, intern 9229-2409

Frau Ann-Kathrin Prins wird gemäß § 3 Absatz 6 der Gegenproben-Verordnung vom 11. August 2009 (BGBl. I S. 2852), die zuletzt durch Artikel 3 der Verordnung vom 19. November 2019 (BGBl. I S. 1862) geändert worden ist, entsprechend ihrer Qualifikation als private Sachverständige für die Durchführung von chemischen und physikalisch-chemischen Untersuchungen von Lebensmitteln, kosmetischen Mitteln und Bedarfsgegenständen, die als amtliche Proben (§ 43 LFGB) entnommen und zurückgelassen wurden, zugelassen.

Frau Ann-Kathrin Prins führt die Untersuchungen im **Labor der Institut Kirchhoff Berlin GmbH, Oudenarder Straße 16, 13347 Berlin**, durch. Mit diesem Institut verfügt sie über ein Prüflaboratorium, das den Anforderungen des § 5 der Gegenproben-Verordnung entspricht.

Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin (LAGeSo)

Genehmigung zum Betrieb einer gentechnischen Anlage

Bekanntmachung vom 9. März 2026

LAGeSo IV C 21 - 140/07-Umbau UTKT

Telefon: 90229-2449 oder 90229-0, intern 9229-2449

Das Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin (LAGeSo) hat dem **Robert Koch-Institut** mit Bescheid vom 9. März 2026 die Genehmigung gemäß § 8 Absatz 4 des Gentechnikgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2066), das zuletzt durch Artikel 8 Absatz 7 des Gesetzes vom 27. September 2021 (BGBl. I S. 4530) geändert worden ist, zur wesentlichen Änderung einer gentechnischen Anlage, in der gentechnische Arbeiten der Sicherheitsstufe 4 („hohes Risiko“ gemäß § 7 Absatz 1 Nummer 4 GenTG) durchgeführt werden sollen, erteilt. Die Genehmigung ist mit Auflagen verbunden. Die Laborräume der Anlage befinden sich **Seestraße 10, 13353 Berlin**.

Gegen diesen Bescheid ist der Widerspruch zulässig. Der Widerspruch ist innerhalb eines Monats, nachdem der Verwaltungsakt dem Beschwerdeführer bekannt gegeben worden ist, schriftlich, in elektronischer Form nach § 3a Absatz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes, schriftformersetzend nach § 3a Absatz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes oder zur Niederschrift beim Landesamt für Gesundheit und Soziales, Turmstraße 21, 10559 Berlin, zu erheben.

Der Bescheid kann innerhalb von zwei Wochen nach der Veröffentlichung beim LAGeSo, Haus A, Turmstraße 21, 10559 Berlin, montags und donnerstags von 9 bis 15 Uhr und freitags von 9 bis 14 Uhr (beziehungsweise nach Rücksprache) eingesehen oder dort bis zum Ablauf der oben genannten Rechtsbehelfsfrist von den Beteiligten schriftlich angefordert werden.

Mit Ende der Auslegungsfrist gilt der Bescheid gegenüber Dritten als zugestellt.

Polizei Berlin

Sichergestellte Gegenstände (Essbesteck)

Bekanntmachung vom 9. März 2025

PolBln Dir 3 A 35 ZSD

Telefon: 4664-335663 oder 4664-0, intern 99400-335663

Sehr geehrter Herr Daniel Reichel, am 10. Januar 2026, wurden bei einem Polizeieinsatz Ihre persönlichen Gegenstände (Buttermesser, Gabel) sichergestellt. Die Gegenstände liegen auf dem Polizeiabschnitt 35 zur Abholung bereit. Zwei Wochen nach Veröffentlichung im Amtsblatt für Berlin gilt dieses Schreiben als zugestellt. Nach weiteren zwei Wochen werden die Gegenstände vernichtet.

Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin

Satzung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin

Bekanntmachung vom 29. November 2025

Telefon: 939358-0

Die Vertreterversammlung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin hat in ihrer Sitzung am 29. November 2025 auf Grund von § 22 Absatz 4 Satz 1 des Berliner Heilberufekammergesetzes vom 2. November 2018 (GVBl. S. 622), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 3. Juni 2025 (GVBl. S. 241, 242), in Verbindung mit § 3 Absatz 1 Satz 4 Nummer 6 der Satzung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin vom 30. November 2019 (ABl. 2020, S. 1709), die zuletzt am 11. November 2023 (ABl. 2024, S. 430) geändert worden ist, folgende Neufassung der Satzung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin beschlossen:

Inhalt

Teil I. Organisation

§ 1 Rechtsnatur, Sitz und Aufgaben

§ 2 Organe

§ 3 Vertreterversammlung

§ 4 Aufsichtsausschuss

§ 5 Verwaltungsausschuss

§ 6 Direktorium

Teil II. Mitgliedschaft

§ 7 Pflichtmitgliedschaft

§ 8 Befreiung von der Mitgliedschaft

§ 9 Befreiung von der Beitragspflicht

§ 10 Aufhebung der Befreiung

§ 11 Beendigung und Weiterführung der Mitgliedschaft

Teil III. Leistungen

§ 12 Leistungen und Zuschüsse

§ 13 Mitwirkungspflichten und Obliegenheiten

§ 14 Altersrente

§ 15 Berufsunfähigkeitsrente

§ 16 Höhe der Alters- und Berufsunfähigkeitsrente

- § 17 Rehabilitationsmaßnahmen
- § 18 Hinterbliebenenrente
- § 19 Witwen- und Witwerrente
- § 20 Waisenrente
- § 21 Höhe und Dauer der Hinterbliebenenrente
- § 22 Versorgungsausgleich
- § 23 Kapitalabfindung
- § 24 Abtretung, Verpfändung, Pfändung
- § 25 Leistungsausschluss

Teil IV. Beiträge

- § 26 Beiträge
- § 27 Besondere Beiträge
- § 28 Freiwillige Beiträge
- § 29 Beitragsverfahren
- § 30 Erstattung und Übertragung der Beiträge

Teil V. Nachversicherung

- § 31 Nachversicherung

Teil VI. Verwendung der Mittel und Rechnungslegung

- § 32 Verwendung der Mittel, Vermögensanlage
- § 33 Rechnungslegung, Leistungsverbesserungen

Teil VII. Verfahren

- § 34 Rechtsweg und Gebühren
- § 35 Informationspflicht des Versorgungswerkes
- § 36 Bekanntmachungen
- § 37 Auskunfts- und Mitteilungspflichten
- § 38 Geschäftsjahr
- § 39 Erfüllungsort, Gerichtsstand

Teil VIII. Übergangsbestimmungen

- § 40 Allgemeines
- § 41 Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger
- § 42 Mitglieder mit Beitragszeiten bis Dezember 2007
- § 43 Freiwillige Höherversorgung

Teil IX. Schlussbestimmungen

- § 44 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Anlage 1

Anlage 2

Teil I. Organisation

§ 1

Rechtsnatur, Sitz und Aufgaben

(1) Das Versorgungswerk führt den Namen: Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin (VZB). Es ist eine Einrichtung der Zahnärztekammer Berlin mit Sitz in Berlin. Das Versorgungswerk handelt im Rechtsverkehr unter eigenem Namen. Das Versorgungswerk wird gerichtlich und außergerichtlich durch zwei Mitglieder des Verwaltungsausschusses vertreten, unter denen sich die oder der Vorsitzende oder die oder der stellvertretende Vorsitzende befinden muss. Seine Mittel sind zweckgebunden und gesondert zu verwalten und dürfen nur zur Erfüllung der Zwecke nach Absatz 2 verwendet werden.

(2) Das Versorgungswerk hat die Aufgabe, seinen Mitgliedern, deren Hinterbliebenen und sonstigen zum Empfang von Leistungen des Versorgungswerkes Berechtigten (Leistungsberechtigten) Versorgungsleistungen gemäß den Bestimmungen des § 21 Absatz 1 Satz 1 des Berliner Heilberufekammergesetzes nach Maßgabe dieser Satzung zu gewähren.

(3) Das Versorgungswerk steht auch den Mitgliedern der Zahnärztekammer Bremen und der Landeszahnärztekammer Brandenburg offen, die durch Anschlusssatzung dem Versorgungswerk angeschlossen sind (beteiligte Kammern). Die Mitglieder der beteiligten Kammern haben als Mitglieder des Versorgungswerkes die gleichen Rechte und Pflichten wie die Mitglieder der Zahnärztekammer Berlin. Ihre Beteiligung an den Organen des Versorgungswerkes ist nach Maßgabe des § 21 Absatz 5 des Berliner Heilberufekammergesetzes in den Anschlusssatzungen der beteiligten Kammern zu regeln.

§ 2 Organe

(1) Organe des Versorgungswerks sind:

1. die Vertreterversammlung,
2. der Aufsichtsausschuss und
3. der Verwaltungsausschuss.

(2) Die Tätigkeit der Mitglieder der Organe ist ehrenamtlich.

(3) Die Mitglieder der Organe des Versorgungswerkes haften diesem nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.

(4) Mitglieder der Organe haben die jeweils für ihre Tätigkeit geltenden Gesetze, Richtlinien und internen Regelungen zu beachten und einzuhalten (z. B. Antikorruptionsrichtlinie, Complainceregeln, Geschäftsordnungen, Anlagerichtlinien, Richtlinien der Vertreterversammlung für den Aufsichts- bzw. Verwaltungsausschuss etc. in ihrer jeweils gültigen Fassung).

(5) Die Mitglieder der Organe sind in Angelegenheiten, die sie persönlich betreffen bzw. in denen ein Interessenkonflikt besteht, von Beratungen, Abstimmungen und Beschlussfassungen ausgeschlossen.

(6) Die Mitglieder der Organe unterliegen gegenüber Dritten der Verschwiegenheitspflicht über alle Angelegenheiten, die ihnen im Rahmen ihrer Amtsausübung bekannt werden. Dies gilt auch nach Beendigung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit. Der Umfang der Verschwiegenheitspflicht richtet sich in entsprechender Anwendung nach § 84 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (Bund) i. V. m. § 1 des Gesetzes über das Verfahren der Berliner Verwaltung. Für die Erteilung der Genehmigung zur Aussage bzw. Erklärung durch Mitglieder des Verwaltungs- und Aufsichtsausschusses gegenüber Dritten über Angelegenheiten, die der Verschwiegenheitspflicht unterliegen, ist die Vertreterversammlung in Abstimmung mit der für die Rechtsaufsicht zuständigen Berliner Senatsverwaltung zuständig; für die Erteilung der Genehmigung zur Aussage bzw. Erklärung durch Mitglieder der Vertreterversammlung ist die für die Rechtsaufsicht zuständige Berliner Senatsverwaltung zuständig. Nicht der Verschwiegenheitspflicht unterliegen insbesondere Mitteilungen im dienstlichen Verkehr, zwischen den Organen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und über Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen.

§ 3 Vertreterversammlung

(1) Die Vertreterversammlung ist das oberste Organ des Versorgungswerkes. Sie besteht aus zwölf Mitgliedern, die dem Versorgungswerk angehören müssen. Die Zahnärztekammer Berlin und die beteiligten Kammern benennen dem Versorgungswerk ihre jeweiligen Vertreterinnen oder Vertreter. Die Amtsperiode entspricht der Amtsperiode der Delegiertenversammlung der Zahnärztekammer Berlin. Die Vertreterversammlung wählt aus ihrer Mitte das vorsitzende Mitglied und dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter. Die Vertreterversammlung kann das vorsitzende Mitglied bzw. dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter mit einer 2/3-Mehrheit ihrer satzungsgemäßen Mitglieder abwählen. Die Vertreterversammlung gibt sich eine Geschäftsordnung, eine Wahlordnung zur Wahl des Aufsichts- und des Verwaltungsausschusses sowie eine Wahlordnung zur Wahl des vorsitzenden Mitgliedes und dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter der Vertreterversammlung. Ihr obliegen folgende Aufgaben:

1. Wahl und Abwahl der oder des Vorsitzenden, der oder des stellvertretenden Vorsitzenden und der weiteren vier Mitglieder des Aufsichtsausschusses,
2. Wahl und Abwahl der oder des Vorsitzenden, der oder des stellvertretenden Vorsitzenden und der weiteren vier Mitglieder des Verwaltungsausschusses,
3. die Entgegennahme und Feststellung des Jahresabschlusses,
4. die Entlastung der Mitglieder des Aufsichts- und des Verwaltungsausschusses des Versorgungswerkes,
5. die Beschlussfassung über die Verwendung von Überschüssen, über die Maßnahmen zur Deckung von Fehlbeträgen und über die allgemeine Rentenbemessungsgrundlage,
6. die Beschlussfassung über Änderungen dieser Hauptsatzung mit Zweidrittelmehrheit der satzungsgemäßen Mitglieder,
7. die Beschlussfassung über Richtlinien für die Vertreterversammlung sowie den Aufsichts- und den Verwaltungsausschuss, insbesondere Geschäftsordnungen für die Ausschüsse, Anlagerichtlinien,
8. die Beschlussfassung über die Entschädigungssatzung.

Beschlüsse nach Satz 7 Nummer 1 und 2 können nur gefasst werden, wenn die jeweils anstehende Beschlussfassung mit der Einladung auf der Tagesordnung unter Nennung der betroffenen organschaftlichen Position bekanntgegeben worden ist. Für die Abwahl von Mitgliedern des Aufsichts- oder des Verwaltungsausschusses nach Satz 7 Nummern 1 und 2 ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der satzungsgemäßen Mitglieder der Vertreterversammlung notwendig; weiterer Voraussetzungen bedarf es nicht.

(2) Die Vertreterversammlung wird nach Bedarf, mindestens aber einmal im Jahr, in Textform (inkl. E-Mail) mit einer Frist von mindestens zwei Wochen unter Beifügung der Tagesordnung einberufen. Sie muss einberufen werden, wenn mindestens ein Drittel der satzungsgemäßen Mitglieder der Vertreterversammlung oder der Verwaltungsausschuss dies verlangt. Die Vertreterversammlung ist für Mitglieder des Versorgungswerkes öffentlich, soweit nicht die Vertreterversammlung in Ausnahmefällen die Nichtöffentlichkeit beschließt.

Die Präsidentinnen oder Präsidenten der Zahnärztekammer Berlin und der beteiligten Kammern sowie die Aufsichtsbehörden sind zu den Vertreterversammlungen einzuladen. Sie haben Rederecht.

Ist ein Mitglied der Vertreterversammlung verhindert, an einer Sitzung der Vertreterversammlung teilzunehmen, hat es das vorsitzende Mitglied darüber vorab zu informieren.

Beratungen, Abstimmungen und Beschlussfassungen der Vertreterversammlung können in Präsenz, virtuell oder hybrid durchgeführt werden, wenn eine ausreichende, datenschutzkonforme, dem jeweils aktuellen Stand der Technik und der Datensicherheit entsprechende audiovisuelle Kommunikation zwischen den jeweiligen Teilnehmenden sichergestellt und die Ausübung der Beteiligtenrechte der teilnehmenden Mitglieder der Vertreterversammlung gewährleistet ist (§ 22 Absatz 5 Berliner Heilberufekammergesetz). Darüber hinaus ist erforderlich, dass die Öffentlichkeit der Sitzung für Mitglieder des Versorgungswerkes gewährleistet ist, soweit nicht die Vertreterversammlung in Ausnahmefällen die Nichtöffentlichkeit beschließt oder die Nichtöffentlichkeit von Rechts wegen geboten ist. Die Prüfung und Entscheidung über das Vorliegen dieser Voraussetzungen obliegen der für die Einberufung der jeweiligen Sitzung zuständigen Person gemäß nachfolgendem Absatz 3. Im Rahmen einer virtuellen Sitzung oder Hybrid-Sitzung gefasste und protokollierte Beschlüsse gelten als Beschlussfassung unter Anwesenden.

(3) Das vorsitzende Mitglied der Vertreterversammlung oder dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter hat die Sitzung einzuberufen und zu leiten (Versammlungsleitung). Abweichend von Satz 1 übt der oder die Vorsitzende des Aufsichtsausschusses diese Funktion aus, sofern und solange weder ein vorsitzendes Mitglied der Vertreterversammlung noch dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter im Amt ist.

Die Mitglieder des Aufsichtsausschusses und des Verwaltungsausschusses sowie das Direktorium nehmen an der Vertreterversammlung mit Rederecht teil. Die Versammlungsleitung ist berechtigt, weitere Nichtmitglieder der Vertreterversammlung an Versammlungen teilnehmen und sprechen zu lassen, sofern die Vertreterversammlung sich nicht durch einfachen Mehrheitsbeschluss dagegen ausspricht.

Der Aufsichtsausschuss und der Verwaltungsausschuss sind in der Vertreterversammlung antragsberechtigt. Daneben sind die Vorsitzenden des Aufsichtsausschusses und des Verwaltungsausschusses in der Vertreterversammlung antragsberechtigt. Näheres ist in der Geschäftsordnung zu regeln.

(4) Die Vertreterversammlung ist beschlussfähig, wenn sie nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung ordnungsgemäß einberufen wurde und mehr als die Hälfte ihrer satzungsgemäßen Mitglieder anwesend sind. Ist nicht mehr als die Hälfte der satzungsgemäßen Mitglieder der Vertreterversammlung zu einer Abstimmung anwesend, kann die Versammlungsleitung die Vertreterversammlung unterbrechen, um die Beschlussfähigkeit zu ermöglichen. Bleibt die Vertreterversammlung beschlussunfähig, ist eine neue Vertreterversammlung zu den in der letzten Tagesordnung nicht abgeschlossenen Tagesordnungspunkten einzuberufen, die dann ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlussfähig ist. Satz 1, 2. Halbsatz gilt nicht für Satzungsänderungen.

(5) Über jede Sitzung der Vertreterversammlung ist ein Protokoll anzufertigen und den Mitgliedern der Vertreterversammlung, des Verwaltungsausschusses und Aufsichtsausschusses auf elektronischem Weg von der Geschäftsstelle zu übermitteln.

(6) Beschlüsse der Vertreterversammlung können auch im schriftlichen Verfahren gefasst werden (§ 22 Absatz 5 Satz 4 Berliner Heilberufekammergesetz). Die Einleitung einer Beschlussfassung im schriftlichen Verfahren und Prüfung der Zulässigkeitsvoraussetzungen obliegen dem vorsitzenden Mitglied der Vertreterversammlung oder im Verhinderungsfall dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter. Eine Beschlussfassung im schriftlichen Verfahren ist nur in den Fällen ausgeschlossen, in denen ein Drittel der satzungsgemäßen Mitglieder der Vertreterversammlung einem Beschluss im schriftlichen Verfahren (Umlaufbeschluss) widerspricht oder einem solchen Umlaufbeschlussverfahren im konkreten Einzelfall der Grundsatz der Öffentlichkeit entgegensteht. Ergänzende Regelungen, insbesondere über die Form der Beschlussfassung sowie über die Dokumentation der Teilnehmenden, der erfolgten Abstimmungen und gefassten Beschlüsse, können in der Geschäftsordnung der Vertreterversammlung getroffen werden.

(7) Die Vertreterversammlung bleibt nach Ablauf ihrer Amtsdauer bis zur Wahl und konstituierenden Sitzung der neuen Vertreterversammlung im Amt und hat ihre Aufgaben bis dahin weiter auszuüben.

§ 4 Aufsichtsausschuss

(1) Der Aufsichtsausschuss besteht aus der oder dem Vorsitzenden, der oder dem stellvertretenden Vorsitzenden sowie vier weiteren Mitgliedern des Versorgungswerkes, von denen bei Wahl nicht mehr als die Hälfte Rentnerinnen oder Rentner sein dürfen. Die Mitglieder des Aufsichtsausschusses dürfen nicht dem Vorstand der Zahnärztekammer Berlin oder den Vorständen der beteiligten Kammern oder einem anderen Organ des Versorgungswerkes angehören.

(2) Die Mitglieder des Aufsichtsausschusses werden von der Vertreterversammlung nach Maßgabe der Wahlordnung einzeln und geheim gewählt. Ihre Amtsperiode entspricht der Amtsperiode der Vertreterversammlung.

Mitglieder des Aufsichtsausschusses sind nachzuwählen, wenn ein Mitglied ausscheidet. Nachwahlen sind in derselben oder spätestens der nächsten Sitzung der Vertreterversammlung durchzuführen, sie wirken bis zum Ende der regulären Amtsdauer des ausgeschiedenen Mitglieds. Wird ein Mitglied des Ausschusses abgewählt, so kann in derselben Sitzung der Vertreterversammlung, in der die Abwahl beschlossen wird, die Nachwahl durchgeführt werden.

(3) Der Aufsichtsausschuss führt die Geschäfte nach Ablauf seiner Amtsdauer bis zur Übernahme durch den von der Vertreterversammlung neu gewählten Aufsichtsausschuss weiter. Dies gilt nicht für Fälle der Abwahl gemäß § 3 Absatz 1 Satz 7 Nummer 1 dieser Satzung. Unbeschadet dessen ist es in diesen Fällen der Abwahl Aufgabe der Vertreterversammlung, unverzüglich und vorrangig für eine satzungsgemäße Besetzung des Aufsichtsausschusses durch Kandidatensuche und entsprechende Wahlen zu sorgen.

(4) Der Aufsichtsausschuss hat folgende Aufgaben:

1. die laufende Prüfung und Überwachung der Geschäftstätigkeit einschließlich aller Vermögensangelegenheiten, mit fachlicher Beratung durch Mitarbeitende des VZB, sowie bei Bedarf darüber hinaus im erforderlichen, den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entsprechenden Umfang und unter

der Voraussetzung der Zustimmung des vorsitzenden Mitglieds der Vertreterversammlung und dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter mit professioneller externer Beratung zwecks Prüfung und Beurteilung insbesondere der jeweiligen Anlagetätigkeiten,

2. im Einvernehmen mit dem vorsitzenden Mitglied der Vertreterversammlung und dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter die Bestimmung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss und den Lagebericht, der dann vom Verwaltungsausschuss zu beauftragen ist,
3. die Entscheidung über Widersprüche gegen Renten- und ähnliche Bescheide des Versorgungswerkes,
4. im Einvernehmen mit dem Verwaltungsausschuss die Beschlussfassung über die Bestellung der mathematischen Sachverständigen oder des mathematischen Sachverständigen, die oder der Diplom-Mathematikerin bzw. Diplom-Mathematiker sein muss und vom Verwaltungsausschuss zu bestellen ist,
5. die Mitwirkung an der Vorbereitung der Vertreterversammlung nebst Tagesordnung.

(5) Der Aufsichtsausschuss hält mindestens viermal pro Kalenderjahr eine Sitzung ab. Die Einladungsfrist für Aufsichtsausschusssitzungen beträgt zwei Wochen. Die oder der Vorsitzende hat den Aufsichtsausschuss einzuberufen, wenn zwei Mitglieder des Aufsichtsausschusses es verlangen. Abweichende Ladungsfristen sind in der Geschäftsordnung zu regeln. Mit der Einladung sind die Tagesordnung bekanntzugeben und das vorsitzende Mitglied der Vertreterversammlung oder dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter, die oder der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses sowie das Direktorium zu laden, die jeweils ein Rederecht in den Sitzungen und Teilnahmerecht an den Beratungen des Aufsichtsausschusses haben.

(6) Der Aufsichtsausschuss ist nur beschlussfähig, wenn mindestens vier Mitglieder anwesend sind, unter denen sich die oder der Vorsitzende oder die oder der stellvertretende Vorsitzende befinden muss. Beschlüsse werden vom Aufsichtsausschuss mit einfacher Mehrheit gefasst. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden oder der oder des stellvertretenden Vorsitzenden. Die Sitzungen des Aufsichtsausschusses sind nicht öffentlich.

(7) Beratungen, Abstimmungen und Beschlussfassungen des Aufsichtsausschusses können in Präsenz, virtuell oder hybrid durchgeführt werden, wenn eine ausreichende, datenschutzkonforme, dem jeweils aktuellen Stand der Technik und der Datensicherheit entsprechende audiovisuelle Kommunikation zwischen den jeweiligen Teilnehmenden sichergestellt und die Ausübung der Beteiligtenrechte der teilnehmenden Mitglieder gewährleistet ist (§ 22 Absatz 5 Berliner Heilberufekammergesetz). Die Prüfung und Entscheidung über das Vorliegen dieser Voraussetzungen obliegen dem bzw. der Vorsitzenden des Aufsichtsausschusses oder im Verhinderungsfall dem oder der stellvertretenden Vorsitzenden. Im Rahmen einer virtuellen Sitzung oder Hybrid-Sitzung gefasste und protokollierte Beschlüsse gelten als Beschlussfassung unter Anwesenden. Für Beschlüsse des Aufsichtsausschusses im schriftlichen Verfahren gilt § 3 Absatz 6 dieser Satzung entsprechend.

(8) Die Mitglieder des Aufsichtsausschusses erhalten eine Aufwandsentschädigung nach der jeweils geltenden Entschädigungssatzung.

§ 5

Verwaltungsausschuss

(1) Der Verwaltungsausschuss besteht aus der oder dem Vorsitzenden, der oder dem stellvertretenden Vorsitzenden sowie vier weiteren Mitgliedern des Versorgungswerkes, von denen bei der Wahl nicht mehr als die Hälfte Rentnerinnen oder Rentner sein dürfen. Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses dürfen nicht dem Vorstand der Zahnärztekammer Berlin oder den Vorständen der beteiligten Kammern oder einem anderen Organ des Versorgungswerkes angehören.

(2) Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses werden von der Vertreterversammlung nach Maßgabe der Wahlordnung einzeln und geheim gewählt. Ihre Amtsperiode entspricht der Amtsperiode der Vertreterversammlung.

Mitglieder des Verwaltungsausschusses sind nachzuwählen, wenn ein Mitglied ausscheidet. Nachwahlen sind in der derselben oder spätestens nächsten Sitzung der Vertreterversammlung durchzuführen, sie wirken bis zum Ende der regulären Amtsdauer des ausgeschiedenen Mitglieds. Wird ein Mitglied des Ausschusses abgewählt, so kann in derselben Sitzung der Vertreterversammlung, in der die Abwahl beschlossen wird, die Nachwahl durchgeführt werden.

(3) Der Verwaltungsausschuss führt die Geschäfte nach Ablauf seiner Amtsdauer bis zur Übernahme durch den von der Vertreterversammlung neu gewählten Verwaltungsausschuss weiter. Dies gilt nicht für Fälle der Abwahl gemäß § 3 Absatz 1 Satz 7 Nummer 2 dieser Satzung. Sofern derartige Abwahlen mangels Nachwahl einer entsprechenden Anzahl von neuen Mitgliedern zur Beschlussunfähigkeit des Verwaltungsausschusses führen würden (vgl. zur Beschlussfähigkeit: § 5 Absatz 6), ist die Vertreterversammlung verpflichtet, unverzüglich in der gleichen Sitzung durch vorübergehende Entsendung im Wege der Wahl einer entsprechenden Anzahl ihrer Mitglieder für eine kommissarische Übernahme der Organfunktionen im Verwaltungsausschuss und damit für die Beschlussfähigkeit im Verwaltungsausschuss zu sorgen. Der Verwaltungsausschuss muss in diesen Fällen vorübergehend mindestens aus vier Mitgliedern bestehen, unter denen sich der*die Vorsitzende oder dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter befinden muss. Für die Dauer der kommissarischen Übernahme der Organfunktion im Verwaltungsausschuss scheidet dieses Mitglied aus der Vertreterversammlung aus und wird vorübergehend durch ein nachrückendes Mitglied in der Vertreterversammlung unter Beachtung der insofern geltenden Regelungen ersetzt. Unbeschadet dessen besteht die Aufgabe der Vertreterversammlung weiterhin darin, vorrangig und mit der gebotenen Eile für eine satzungsgemäße Besetzung des Verwaltungsausschusses durch Kandidatensuche und entsprechende Nachwahlen zu sorgen. Sobald die kommissarische Organfunktion im Verwaltungsausschuss durch die Nachwahl eines anderen Kandidaten endet, lebt die Mitgliedschaft dieses vorübergehend aus der Vertreterversammlung ausgeschiedenen Mitglieds automatisch wieder auf, ohne dass es einer erneuten Wahl für die Vertreterversammlung bedarf; das nachgerückte Mitglied scheidet zu diesem Zeitpunkt automatisch aus der Vertreterversammlung aus.

(4) Der Verwaltungsausschuss führt die Geschäfte des Versorgungswerkes, soweit sie nicht anderen Organen obliegen. Der Verwaltungsausschuss kann für Teilbereiche seiner Aufgaben Kommissionen bilden. Zur Aufgabenerfüllung hat er sich vorrangig des Direktoriums und der Geschäftsstelle zu bedienen. Im Einvernehmen mit dem vorsitzenden Mitglied der Vertreterversammlung und dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter darf er im erforderlichen, den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entsprechenden Umfang professionelle externe Unterstützung in Anspruch nehmen.

(5) Der Verwaltungsausschuss hält mindestens viermal pro Kalenderjahr eine Sitzung ab. Die oder der Vorsitzende hat den Verwaltungsausschuss einzuberufen, wenn der Aufsichtsausschuss oder zwei Mitglieder des Verwaltungsausschusses es verlangen. Die Einladungsfrist für Ausschusssitzungen beträgt zwei Wochen. Abweichende Ladungsfristen sind in der Geschäftsordnung zu regeln. Mit der Einladung sind die Tagesordnung bekanntzugeben und die oder der Vorsitzende des Aufsichtsausschusses sowie das Direktorium zu laden.

(6) Der Verwaltungsausschuss ist nur beschlussfähig, wenn mindestens vier Mitglieder anwesend sind, unter denen sich die oder der Vorsitzende oder die oder der stellvertretende Vorsitzende befinden muss. Beschlüsse werden vom Verwaltungsausschuss mit einfacher Mehrheit gefasst. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden oder der oder des stellvertretenden Vorsitzenden. Die Sitzungen des Verwaltungsausschusses sind nicht öffentlich.

(7) § 4 Absatz 7 dieser Satzung gilt für den Verwaltungsausschuss entsprechend.

(8) Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses erhalten eine Aufwandsentschädigung nach der jeweils geltenden Entschädigungssatzung.

§ 6 Direktorium

(1) Das Direktorium besteht aus einer oder zwei Personen. Es wird jeweils auf Beschluss des Verwaltungsausschusses von dem oder der Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses bestellt.

(2) Das Direktorium leitet die Geschäftsstelle und führt die laufenden Verwaltungsgeschäfte nach den vom Verwaltungsausschuss bestimmten Grundsätzen. Es vollzieht die Beschlüsse des Verwaltungsausschusses und ist an Weisungen des Verwaltungsausschusses gebunden.

(3) Die Mitglieder des Direktoriums haben die jeweils für ihre Tätigkeit geltenden Gesetze, Richtlinien und internen Regelungen zu beachten und einzuhalten (z. B. Antikorruptionsrichtlinie, Complainceregeln, Geschäftsordnungen, Anlagerichtlinien etc. in ihrer jeweils gültigen Fassung).

(4) Die Mitglieder des Direktoriums sind grundsätzlich berechtigt und verpflichtet, an den Sitzungen der Organe teilzunehmen, es sei denn, es ergeht im Einzelfall eine gegenteilige Weisung bzw. Entscheidung des Verwaltungsausschusses.

(5) Der Verwaltungsausschuss ist berechtigt, eine leitende Angestellte oder einen leitenden Angestellten mit der Funktion einer stellvertretenden Direktorin oder eines stellvertretenden Direktors zu beauftragen und zu bestellen.

Teil II. Mitgliedschaft

§ 7

Pflichtmitgliedschaft

Pflichtmitglieder des Versorgungswerkes sind die Mitglieder der Zahnärztekammer Berlin und der nach § 1 Absatz 3 beteiligten Kammern, soweit sie bei Aufnahme der Kammermitgliedschaft das 67. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und nicht berufsunfähig im Sinne von § 15 sind.

§ 8

Befreiung von der Mitgliedschaft

(1) Auf Antrag wird von der Mitgliedschaft im Versorgungswerk vollständig befreit,

1. wer im öffentlichen Dienst als beamtete Dienstkraft tätig ist oder
2. wer eine vollständige Befreiung von der Beitragspflicht in einer anderen durch Gesetz angeordneten oder auf Gesetz beruhenden berufsständischen öffentlich-rechtlichen Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung erwirkt hat, solange der Tatbestand, der zur Befreiung geführt hat, noch besteht.

(2) Ein Befreiungsantrag kann nur schriftlich binnen einer Ausschlussfrist von sechs Monaten nach Eintritt der Voraussetzungen gestellt werden. Die Voraussetzungen sind nachzuweisen.

(3) Das Versorgungswerk kann jederzeit den Nachweis verlangen, dass die Gründe für eine Befreiung nach Absatz 1 noch bestehen. Wird dieser Nachweis nicht erbracht, so ist das Kammermitglied ab Wegfall des Befreiungsgrundes wieder Pflichtmitglied, sofern es noch nicht älter als 67 Jahre ist.

§ 9

Befreiung von der Beitragspflicht

(1) Auf Antrag werden von der Beitragspflicht befreit:

1. Mitglieder für Zeiten der gesetzlichen Mutterschutzfristen (sechs Wochen vor und acht Wochen unmittelbar nach der Entbindung) und bei Inanspruchnahme der gesetzlichen Elternzeit für deren Dauer, längstens bis zu 36 Monaten nach der Geburt, wenn nicht Dritte zur Beitragsentrichtung verpflichtet sind (Kinderbetreuungszeiten);
2. niedergelassene Mitglieder, die wenigstens einen Kalendermonat zusammenhängend arbeitsunfähig erkrankt sind, für jeden vollen Kalendermonat der Erkrankung; angestellte Mitglieder, die arbeitsunfähig erkrankt sind, nach Wegfall der Gehaltsfortzahlung durch die Arbeitgeberin oder den Arbeitgeber, soweit nicht Dritte zur Beitragsentrichtung verpflichtet sind;
3. Mitglieder für die Zeit, in der sie im Geltungsbereich des Sozialgesetzbuches keine zahnärztliche Berufstätigkeit ausüben;
4. Mitglieder, die als beamtete Dienstkraft tätig sind.

Eine Beitragsbefreiung für einen Zeitraum, für den die Deutsche Rentenversicherung eine Befreiung nach § 6 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch ausgesprochen hat, ist nicht möglich.

(2) Ein Befreiungsantrag kann nur schriftlich binnen einer Ausschlussfrist von zwölf Monaten nach Eintritt der Voraussetzungen gestellt werden. Die Voraussetzungen sind nachzuweisen.

(3) Das Versorgungswerk kann jederzeit den Nachweis verlangen, dass die Gründe für eine Befreiung nach Absatz 1 noch bestehen. Wird dieser Nachweis nicht erbracht, so ist das Kammermitglied ab Wegfall des Befreiungsgrundes wieder beitragspflichtig nach Maßgabe dieser Satzung.

§ 10

Aufhebung der Befreiung

Wer von der Mitgliedschaft befreit worden ist, kann bis zur Vollendung des 45. Lebensjahres beantragen, dass die Befreiung ab Beginn des auf den Antrag folgenden Monats aufgehoben und sie oder er Pflichtmitglied wird. Der Antrag ist schriftlich zu stellen. Die Antragstellerin oder der Antragsteller hat auf eigene Kosten ein Gutachten einer Vertrauensärztin oder eines Vertrauensarztes des Versorgungswerkes beizufügen, aus dem sich ergibt, dass der Gesundheitszustand der Antragstellerin oder des Antragstellers zum Zeitpunkt der Antragstellung keinen Anlass zu Bedenken gibt. Über den Antrag entscheidet der Verwaltungsausschuss. Er kann auf Kosten des Versorgungswerkes weitere Gutachten einholen.

§ 11

Beendigung und Weiterführung der Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft im Versorgungswerk endet

1. mit dem Tode des Mitglieds,
2. wenn das Mitglied nicht mehr der Zahnärztekammer Berlin oder einer der beteiligten Kammern angehört, sofern es nicht Berufsunfähigkeits- oder Altersrente des Versorgungswerkes bezieht.

(2) Das Mitglied, dessen Kammermitgliedschaft nach Absatz 1 Nummer 2 beendet ist, kann die Mitgliedschaft im Versorgungswerk mit allen Rechten und Pflichten fortsetzen, wenn dies innerhalb einer Ausschlussfrist von sechs Monaten nach dem Ausscheiden beantragt wird, sofern das Mitglied nicht beitragspflichtiges Pflichtmitglied in einer anderen berufsständischen Versorgungseinrichtung im Bundesgebiet ist. Der Antrag kann nicht mehr zurückgenommen werden, wenn über ihn durch Bescheid entschieden ist. Der Antrag kann nach Eintritt der Voraussetzungen für den Leistungsfall nicht mehr gestellt werden, es sei denn, die Voraussetzungen für den Leistungsfall sind bereits vor dem Zeitpunkt der Beendigung der Kammermitgliedschaft nach Absatz 1 Nummer 2 eingetreten. Der Antrag auf Fortsetzung der Mitgliedschaft im Versorgungswerk ist ausgeschlossen, wenn eine Erstattung nach § 30 Absatz 1 oder 2 rechtskräftig erfolgt ist.

Teil III. Leistungen

§ 12

Leistungen und Zuschüsse

(1) Das Versorgungswerk erbringt auf Antrag seinen Mitgliedern und sonstigen Leistungsberechtigten nach Erfüllung der Voraussetzungen folgende Leistungen:

1. Altersrente,
2. Berufsunfähigkeitsrente,
3. Hinterbliebenenrente,
4. Erstattung oder Übertragung von Beiträgen,
5. Kapitalabfindungen,
6. Leistung aus Versorgungsausgleich.

(2) Auf die Leistungen besteht ein Rechtsanspruch.

(3) Die in Absatz 1 aufgeführten Leistungen werden jeweils zu Beginn eines Monats gezahlt. Die Zahlung beginnt mit dem Monat, der auf den Monat folgt, in dem der Anspruch entsteht, wenn der Antrag binnen sechs Kalendermonaten nach Ablauf des Monats, in dem der Anspruch entsteht, beim Versorgungswerk eingeht, sonst vom Beginn des Antragsmonats an. Die Zahlung endet mit Ablauf des Monats, in dem der Anspruch entfällt.

(4) Das Versorgungswerk kann Zuschüsse für medizinische Rehabilitationsmaßnahmen zur Abwendung einer drohenden Berufsunfähigkeit oder zur Wiederherstellung der Berufsfähigkeit gemäß § 17 gewähren.

(5) Rückständige Leistungen des Versorgungswerkes nach Absatz 1 sind mit vier Prozent zu verzinsen. Die Verzinsung beginnt frühestens nach Ablauf von sechs Kalendermonaten nach Eingang des vollständigen Leistungsantrages im Versorgungswerk sowie nach Erfüllung sämtlicher Beitragsforderungen des Versorgungswerkes.

(6) Anträge auf Leistungen und Zuschüsse sind nur wirksam, wenn sie schriftlich oder zur Niederschrift beim Versorgungswerk gestellt werden. Über Leistungen und

Zuschüsse wird durch Bescheid entschieden. Die Schriftform gilt als gewahrt, wenn Antragsstellungen und Mitteilungen über ein vom Versorgungswerk zur Verfügung gestelltes digitales Mitgliederportal eingehen.

§ 13

Mitwirkungspflichten und Obliegenheiten

(1) Wer Leistungen nach § 12 beantragt oder erhält, hat

1. alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erheblich sind, und auf Verlangen des Versorgungswerkes der Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte zuzustimmen,
2. Änderungen in den Verhältnissen, die für die Leistung erheblich sind oder über die im Zusammenhang mit der Leistung Erklärungen abgegeben worden sind, unverzüglich mitzuteilen und
3. Beweismittel zu bezeichnen und auf Verlangen des Versorgungswerkes Beweisurkunden vorzulegen oder ihrer Vorlage durch Dritte zuzustimmen.

(2) Wer Leistungen nach § 12 beantragt oder bezieht, soll sich auf Verlangen des Versorgungswerkes ärztlichen, psychologischen oder psychotherapeutischen Untersuchungsmaßnahmen und Begutachtungen unterziehen, soweit diese für die Entscheidung über die Leistung erforderlich sind.

(3) Wer wegen Berufsunfähigkeit Leistungen beantragt oder bezieht, soll sich auf Verlangen des Versorgungswerkes einer Heilbehandlung unterziehen, wenn zu erwarten ist, dass sie eine Verbesserung des Gesundheitszustandes herbeiführen und den Eintritt einer Berufsunfähigkeit verhindern oder die Berufsfähigkeit wiederherstellen wird.

(4) Auf die Grenzen der Mitwirkung ist § 65 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch entsprechend anzuwenden.

(5) Wer einem Verlangen des Versorgungswerkes nach den Absätzen 2 und 3 nachkommt, erhält auf Antrag Ersatz seiner notwendigen Auslagen.

(6) Kommt eine Person, die Leistungen beantragt oder bezieht, ihren Mitwirkungspflichten nicht nach, kann das Versorgungswerk ohne weitere Ermittlungen die Leistungen bis zur Nachholung der Mitwirkung ganz oder teilweise versagen oder entziehen, soweit die Voraussetzungen der Leistungen nicht nachgewiesen sind, diese Person auf die Folgen schriftlich hingewiesen worden und ihrer Mitwirkungspflicht nicht innerhalb einer gesetzten angemessenen Frist nachgekommen ist.

(7) Hat das Versorgungswerk auf Grund eines Schadensereignisses Leistungen an ein Mitglied der Versorgungseinrichtung zu erbringen, geht ein Anspruch des Mitglieds auf Ersatz des Schadens bis zur Höhe der erbrachten Versorgungsleistungen auf das Versorgungswerk über. Dies gilt auch für einen Anspruch auf Ersatz des Beitragsausfalls mit Ausnahme desjenigen Zeitraumes, für den Lohnfortzahlung oder sonstige der Beitragspflicht unterliegende Leistungen erbracht werden. Durch die Berücksichtigung rentenrechtlicher Zeiten im Falle des schadensbedingten Eintritts einer Berufsunfähigkeit wird ein Anspruch auf Schadensersatz nicht ausgeschlossen. Die Vorschriften des § 116 Absatz 2 bis 7 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch und der §§ 399 bis 404 und 412 des Bürgerlichen Gesetzbuches sind entsprechend anzuwenden.

§ 14

Altersrente

(1) Mit Vollendung des 67. Lebensjahres hat jedes Mitglied auf Antrag Anspruch auf lebenslange Altersrente (Regelaltersrente).

(2) Auf Antrag wird die Altersrente mit Vollendung eines früheren Lebensjahres als nach Absatz 1, jedoch frühestens ab dem Folgemonat der Vollendung des 60. Lebensjahres, für Mitglieder, die nach dem 31.12.2011 Mitglied geworden sind, des 62. Lebensjahres an, in verminderter Höhe gewährt. Die Minderung beträgt 0,4 Prozent für jeden Monat, für den die Rente früher in Anspruch genommen wird. Die Minderung gilt nach Vollendung des 67. Lebensjahres fort.

(3) Wird kein Antrag auf Altersrente gemäß § 14 Absatz 1 gestellt, wird der Beginn der Rentenzahlung über die Altersgrenze des § 14 Absatz 1 hinaus aufgeschoben, jedoch längstens bis zur Vollendung des 72. Lebensjahres. Das Mitglied ist berechtigt, über die Regelaltersgrenze gemäß § 14 Absatz 1 hinaus Beiträge nach § 28 zu entrichten, wobei an die Stelle des Vielfachen des Entrichtungsjahres das Vielfache

des 67. Lebensjahres tritt. Für jeden Monat der späteren Inanspruchnahme der Regelaltersrente erhält das Mitglied einen Zuschlag in Höhe von 0,5 Prozent auf die zum Rentenbeginn insgesamt erworbene Altersrente.

(4) Ein Antrag auf Altersrente kann frühestens 6 Monate vor Vollendung der jeweiligen Altersgrenze gestellt werden.

§ 15

Berufsunfähigkeitsrente

(1) Ein Mitglied, das mindestens für einen Monat vor Eintritt der Berufsunfähigkeit Beiträge geleistet hat, und das vor Erreichen der vorgezogenen Altersgrenze nach § 14 Absatz 2 Satz 1 wegen Krankheit oder eines körperlichen Gebrechens oder wegen Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte zur Ausübung der zahnärztlichen Tätigkeit unfähig ist, erhält Berufsunfähigkeitsrente:

1. bei vorübergehender Berufsunfähigkeit, wenn diese länger als fünf Kalendermonate gedauert hat, vom Beginn des sechsten Kalendermonats nach dem Monat des Eintritts der Berufsunfähigkeit (Wartezeit), sofern die nachfolgend bestimmten Voraussetzungen vorliegen; bei einem Versuch der Wiederaufnahme zahnärztlicher Berufstätigkeit von nicht länger als drei Kalendermonaten im Anschluss an eine vorübergehende Berufsunfähigkeit bedarf es keiner erneuten Wartezeit; bei vorübergehender Berufsunfähigkeit wird die Berufsunfähigkeitsrente längstens für die Dauer von vier Jahren zeitlich befristet gewährt;
2. bei dauernder Berufsunfähigkeit von deren Beginn, sofern die in den folgenden Absätzen bestimmten Voraussetzungen vorliegen.

(2) Der Rentenanspruch beginnt mit der Einstellung der beruflichen Tätigkeit, wenn der Antrag auf Berufsunfähigkeitsrente im Falle des Absatz 1 Nummer 1 innerhalb von neun Monaten, im Falle des Absatz 1 Nummer 2 innerhalb von drei Monaten nach Eintritt der Berufsunfähigkeit gestellt wurde, andernfalls mit Beginn des Monats der Antragstellung. Der Antrag auf Berufsunfähigkeitsrente kann nicht mehr berücksichtigt werden, wenn die medizinischen Voraussetzungen nach Absatz 1 zwischenzeitlich entfallen sind. Die berufliche Tätigkeit ist im Sinne dieser Vorschrift eingestellt,

1. bei angestellten Zahnärztinnen und Zahnärzten nach Fortfall der Gehaltszahlung,
2. bei niedergelassenen bzw. selbständig tätigen Zahnärztinnen und Zahnärzten nach Einstellung der gesamten zahnärztlichen Tätigkeit, frühestens jedoch bei Verzicht auf die Zulassung nach § 28 der Zulassungsverordnung oder die Ermächtigung nach § 31 der Zulassungsverordnung.

Das Ruhen der Zulassung oder der Ermächtigung steht im Falle

1. der Gewährung einer Rente wegen vorübergehender Berufsunfähigkeit nach Absatz 1 Nummer 1 nicht entgegen,
2. der Gewährung einer Rente wegen dauernder Berufsunfähigkeit nach Absatz 1 Nummer 2 nicht entgegen, sofern der Verzicht auf die Zulassung oder die Ermächtigung bis zum Ende des Kalendermonats erfolgt, der auf den Monat der Zustellung des Bescheides an das Mitglied über die Zuerkennung dieser Rente folgt.

(3) Berufsunfähigkeit nach Absatz 1 ist bei Antragstellung durch einen ärztlichen Befundbericht nach einem vom Versorgungswerk vorgeschriebenen Muster auf Kosten des Mitgliedes nachzuweisen. Der Verwaltungsausschuss kann bereits aufgrund des Ergebnisses dieser Untersuchung entscheiden. Er kann vor seiner Entscheidung auf Kosten des Versorgungswerkes erneute ärztliche Untersuchungen der Antragstellerin oder des Antragstellers durchführen lassen.

(4) Das Versorgungswerk kann Nachuntersuchungen anordnen. Es kann die Gutachterin oder den Gutachter dafür bestimmen. Die Kosten der Nachuntersuchung trägt das Versorgungswerk.

(5) Ab dem Ersten des Monats nach Erreichen der vorgezogenen Altersgrenze nach § 14 Absatz 2 Satz 1 tritt an die Stelle einer Berufsunfähigkeitsrente die Altersrente in gleicher Höhe.

(6) Der Anspruch auf Berufsunfähigkeitsrente endet

1. mit dem Ablauf des Monats, in dem die Voraussetzungen des Absatz 1 nicht mehr erfüllt sind,

2. mit Ablauf des Monats, in dem die oder der Leistungsberechtigte verstirbt, oder
3. bei Gewährung einer befristeten Rente mit Ablauf des Bewilligungszeitraumes.

Im Falle des Satz 1 Nummer 1 ist das Mitglied verpflichtet, mit Beginn des folgenden Monats wieder Beiträge zu leisten, wenn die Mitgliedschaft zum Versorgungswerk fortbesteht.

§ 16

Höhe der Alters- und Berufsunfähigkeitsrente

(1) Die allgemeine Rentenbemessungsgrundlage wird jährlich aufgrund der versicherungsmathematischen Bilanz auf Vorschlag des Verwaltungsausschusses von der Vertreterversammlung für das folgende Kalenderjahr festgesetzt. Die jeweils gültigen Rentenbemessungsgrundlagen ergeben sich aus Anlage 1.

(2) Jedes Mitglied erwirbt durch seine Beitragszahlung für Zeiten ab dem 1. Januar 2008 je Geschäftsjahr eine Steigerungszahl, die mit vier Stellen nach dem Komma kaufmännisch gerundet berechnet wird. Diese jährliche Steigerungszahl ist das durch sein Eintrittsalter bestimmte Vielfache des Wertes, der sich wie folgt errechnet: Der im Geschäftsjahr insgesamt geleistete Versorgungsbeitrag wird geteilt durch den mit 12 multiplizierten am 1. Januar des gleichen Geschäftsjahres geltenden Regelbeitrag gemäß § 26 Absatz 1 Nummer 1. Besteht die Mitgliedschaft nicht während des gesamten Geschäftsjahres, so ergibt sich die jährliche Steigerungszahl aus dem durch das Eintrittsalter bestimmten Vielfachen des Quotienten aus den im Geschäftsjahr geleisteten Beiträgen und der Summe der auf den Zeitraum der Mitgliedschaft entfallenen monatlichen Regelbeiträge, multipliziert mit dem Verhältnis aus dem Zeitraum der Mitgliedschaft zum gesamten Geschäftsjahr. Das Eintrittsalter bestimmt sich nach dem erstmaligen Eintritt in eine Versorgungseinrichtung gemäß Absatz 3 Satz 2 Nummer 2, frühestens aber nach dem 1. des Monats der Entrichtung des ersten Beitrages. Als Eintrittsalter wird das Alter an dem Geburtstag angesehen, der dem Eintritt bzw. dem 1. des Monats der Entrichtung des ersten Beitrages am nächsten liegt; gibt es keinen nächstliegenden Geburtstag, so ist der auf den Eintritt folgende Geburtstag maßgebend. Das durch das Eintrittsalter und das Geburtsjahr des Mitgliedes bestimmte Vielfache ergibt sich aus der Tabelle in Anlage 2.

(3) Für die Errechnung des Monatsbetrages der individuellen Alters- und Berufsunfähigkeitsrente für jeden Anspruchsberechtigten ist die Summe seiner erworbenen Steigerungszahlen zugrunde zu legen.

Für die Errechnung des Monatsbetrages der Berufsunfähigkeitsrente gilt:

1. zu den nach Absatz 2 anzurechnenden Steigerungszahlen ist bei Mitgliedern, die nicht § 11 Absatz 1 unterfallen, die Steigerungszahl hinzuzurechnen, die die bzw. der Anspruchsberechtigte erworben hätte, wenn sie bzw. er den Durchschnitt ihrer bzw. seiner bis zum Eintritt der Berufsunfähigkeit erworbenen Steigerungszahlen bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres jährlich weiter erworben hätte (Hochrechnung);
2. ist ein früheres Mitglied mit Anwartschaften im Versorgungswerk bei Eintritt des Versorgungsfalles beitragspflichtiges Mitglied bei anderen auf Gesetz beruhenden Versorgungsträgern im Geltungsbereich der Verordnung (EG) Nummer 883/2004, wird abweichend von Nummer 1 die Hochrechnung anteilig entsprechend der Mitgliedschaft beim Versorgungswerk zur gesamten Versicherungszeit bei allen auf Gesetz beruhenden Versorgungsträgern entsprechend Artikel 52 Absatz 1 lit. B) Ziff. I) der Verordnung (EG) Nummer 883/2004 gewährt, wenn auch die anderen beteiligten Versorgungsträger ihre Versorgungsleistungen nach dieser Regelung berechnen; besitzt ein Mitglied im Falle der Nummer 1 auch bei anderen auf Gesetz beruhenden Versorgungsträgern im Geltungsbereich der Verordnung (EG) Nummer 883/2004 Anrechte für den Fall der Berufsunfähigkeit oder des Todes, wird die Hochrechnung nur anteilig gewährt;
3. die Summe aller ermittelten Steigerungszahlen ist für jeden angefangenen Kalendermonat nach dem Kalendermonat des Eintritts der Berufsunfähigkeit vor dem 67. Lebensjahr um 0,4 Prozent zu mindern, mindestens um 24 Prozent, höchstens um 33,6 Prozent.

(4) Bei der Berechnung der durchschnittlich erworbenen Steigerungszahl nach Absatz 3 bleiben, sofern dies einen höheren Wert ergibt, unberücksichtigt:

1. Zeiten des Bezuges einer Berufsunfähigkeitsrente,
2. Zeiten einer Beitragsfreistellung wegen Arbeitsunfähigkeit,
3. Zeiten in der sich das Mitglied ab dem Tage der Geburt des Kindes bis zur Vollendung des 36. Lebensmonats dessen Betreuung und Erziehung zugewandt hat (Kinderbetreuungszeiten) und
4. auf Antrag die Zeit, in der ein gesetzliches Beschäftigungsverbot nach § 3 Absatz 1, Absatz 2 oder § 6 Absatz 1 des Mutterschutzgesetzes oder entsprechenden Regelungen bestand oder nach § 3 Absatz 1, Absatz 2 oder § 6 Absatz 1 des Mutterschutzgesetzes bestanden hätte, wenn das betroffene Mitglied nicht selbständig, sondern unselbständig gewesen wäre.

Von den nach Satz 1 Nummer 4 nicht zu berücksichtigenden Zeiten bleibt diejenige Zeit ausgenommen, in der das Mitglied eine berufliche Tätigkeit ausgeübt hat oder in der aufgrund gesetzlicher Bestimmungen von dritter Seite für das Mitglied Beiträge geleistet worden sind. Sofern während der in Satz 1 Nummer 2 bis 4 genannten Zeiten freiwillige Beiträge geleistet worden sind, werden, soweit diese Zeiten unberücksichtigt bleiben, die aus diesen Beiträgen nach Absatz 2 sich ergebende Steigerungszahlen nicht bei der Berechnung der durchschnittlichen Steigerungszahl, sondern bei der Ermittlung der Gesamtsumme der Steigerungszahlen berücksichtigt.

(5) Die Gesamtsumme der vorstehend jeweils ermittelten Steigerungszahlen ergibt den Rentenbetrag als vom Hundertsatz der allgemeinen Bemessungsgrundlage nach Absatz 1.

(6) Für Mitglieder, die bei Eintritt in die Altersrente keine anspruchsberechtigte Ehepartnerin oder keinen anspruchsberechtigten Ehepartner im Sinne des § 19 haben, erhöht sich die nach Absatz 5 ermittelte Altersrente um 10 Prozent (Ledigenzuschlag). Mit Rechtskraft des Bescheides über die erhöhte Zahlung nach Satz 1 sind Ansprüche nach § 19 ausgeschlossen.

§ 17

Rehabilitationsmaßnahmen

(1) Einem Mitglied des Versorgungswerks, das mindestens für drei Monate Beiträge geleistet hat oder Berufsunfähigkeitsrente bezieht, kann vor Erreichen der vorgezogenen Altersgrenze nach § 14 Absatz 2 auf Antrag ein Zuschuss zu den Kosten notwendiger und besonders aufwendiger medizinischer Rehabilitationsmaßnahmen gewährt werden, wenn seine Berufsfähigkeit infolge Krankheit oder eines körperlichen Gebrechens oder wegen Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte gefährdet, gemindert oder ausgeschlossen ist und durch diese Rehabilitationsmaßnahmen voraussichtlich erhalten, wesentlich gebessert oder wiederhergestellt werden kann. Der Zuschuss ist vor Einleitung der Maßnahme schriftlich zu beantragen.

(2) Zuschüsse werden zur Durchführung von Heilbehandlungen gewährt, so kein Ausschlussgrund vorliegt. Die Erfolgsaussicht der beabsichtigten Maßnahme ist durch ärztliches Attest, dessen Kosten der Antragssteller zu tragen hat, nachzuweisen.

(3) Zuschüsse können nicht gewährt werden,

1. wenn der mit der beabsichtigten Maßnahme bezweckte Erfolg durch einen Erholungsaufenthalt erzielt werden kann;
2. bei akut verlaufenden Erkrankungen;
3. bei Krankenhausaufenthalten einschließlich einer Anschlussheilbehandlung und bei Behandlung zur Entgiftung;
4. in Fällen, in denen mit einer wesentlichen Besserung der Berufsfähigkeit bei der Durchführung der Maßnahme auch während längerer Zeit nicht zu rechnen ist.

(4) Wegen derselben Erkrankung ist die Wiederholung eines Antrages auf Gewährung von Zuschüssen zulässig. Innerhalb eines Zeitraumes von zwei Jahren seit Bedingung der vorhergehenden Rehabilitationsmaßnahme kann die Wiederholung eines solchen Antrags jedoch nur dann berücksichtigt werden, wenn besondere Umstände die Rehabilitationsmaßnahme angezeigt erscheinen lassen.

(5) Zuschüsse werden in Form von Geldleistungen zu den Aufwendungen für die jeweilige Rehabilitationsmaßnahme gewährt. Sie können nur auf den Teil der entstandenen Aufwendungen gewährt werden, der nicht von einem anderen nach Gesetz, Satzung oder Vertrag zuständigen oder verpflichteten Kostenträger übernommen wird.

(6) Die Höhe der Zuschüsse durch Geldleistung richtet sich nach dem Gesamtbetrag der Aufwendungen, für welche das Mitglied selbst aufzukommen hat abzüglich gesetzlicher Zuzahlungsverpflichtungen. Von diesem Gesamtbetrag kann der Zuschuss bis zu 60 Prozent decken. Zur Vermeidung außergewöhnlicher Härten kann nach Prüfung aller mit der Rehabilitationsmaßnahme zusammenhängender Umstände ein Zuschuss bis zu 100 Prozent gewährt werden.

(7) Außer den Aufwendungen für medizinische Leistungen sind die notwendigen Aufenthaltsaufwendungen, insbesondere die Kosten für die Unterbringung des Mitglieds einschließlich einer Verpflegungspauschale, sowie Reisekosten in Höhe einer Bahnfahrt 1. Klasse erstattungsfähig.

(8) Zuschüsse können auch den Empfängern von Berufsunfähigkeitsrente zur Durchführung von gesundheitsfördernden Maßnahmen gewährt werden.

§ 18

Hinterbliebenenrente

(1) Hinterbliebenenrenten sind

1. Witwenrente,
2. Witwerrente,
3. Vollwaisenrente,
4. Halbwaisenrente.

(2) Hinterbliebenenrenten werden gewährt, wenn das Mitglied zum Zeitpunkt des Todes mindestens für einen Monat Beiträge geleistet hat.

§ 19

Witwen- und Witwerrente

(1) Nach dem Tode des Mitgliedes erhält die Witwe eine Witwenrente und der Witwer eine Witwerrente. Hinterbliebene aus gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften sind den Berechtigten nach Satz 1 gleichgestellt.

(2) Wurde die Ehe nach Eintritt der Berufsunfähigkeit oder nach der Vollendung des 60. Lebensjahres eines Mitgliedes geschlossen und bestand sie zum Zeitpunkt des Todes des Mitglieds nicht mindestens drei Jahre, so besteht kein Anspruch auf Rente. Ist in einer solchen Ehe das Mitglied mehr als zehn Jahre älter als die Ehepartnerin oder der Ehepartner, so muss die Ehe mindestens vier Jahre, ist es mehr als zwanzig Jahre älter, so muss die Ehe mindestens fünf Jahre bestanden haben, um einen Rentenanspruch zu begründen. Unabhängig davon besteht Anspruch auf Witwen- oder Witwerrente, wenn aus der Ehe mindestens ein waisenrentenberechtigtes Kind hervorgegangen ist, welches vom Mitglied abstammt.

(3) Wurde die Ehe nach Eintritt der Bestandskraft des Bescheides über die Altersrente geschlossen, besteht kein Anspruch auf Rente.

§ 20

Waisenrente

(1) Waisenrente erhalten nach dem Tode des Mitgliedes dessen Kinder bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres. Über diesen Zeitpunkt hinaus wird die Waisenrente längstens bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres für dasjenige Kind gewährt, das sich in Schul- oder Berufsausbildung befindet oder das bei Vollendung des 18. Lebensjahres infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen außerstande ist, sich selbst zu unterhalten, so lange dieser Zustand andauert.

(2) Wird die Schul- oder Berufsausbildung durch Ableistung des Pflichtwehrdienstes, des zivilen Ersatzdienstes oder des Pflichtdienstes im zivilen Bevölkerungsschutz oder eines gleichstehenden Dienstes verzögert, so wird die Waisenrente für einen der Zeit dieses Pflichtdienstes entsprechenden Zeitraum über das 27. Lebensjahr hinaus gewährt, soweit der Pflichtdienst vor Vollendung des 27. Lebensjahres geleistet worden ist. Für Unterbrechungszeiträume zwischen zwei Ausbildungen von längstens vier Kalendermonaten wird die Waisenrente weitergezahlt.

(3) Waisenrente nach Absatz 1 erhalten:

1. eheliche Kinder,
2. die von einem Mitglied geborenen Kinder,
3. die von einem Mitglied als Kind angenommenen Kinder, sofern die Annahme vor Vollendung des 55. Lebensjahres des Mitgliedes erfolgte,

4. Kinder eines männlichen Mitgliedes in den nicht von Nummer 1 erfassten Fällen, sofern dessen Unterhaltspflicht anerkannt oder rechtskräftig festgestellt worden ist.

§ 21

Höhe und Dauer der Hinterbliebenenrente

- (1) Die Witwen- und Witwerrente beträgt 60 Prozent der Rente, die dem Mitglied zum Todeszeitpunkt zustand oder zugestanden hätte, wenn es berufsunfähig gewesen wäre.
- (2) Die Witwen- und Witwerrenten fallen mit dem Ablauf des Monats weg, in dem der Leistungsberechtigte wieder heiratet.
- (3) Die Waisenrente beträgt bei Halbweisen ein Sechstel, bei Vollweisen ein Drittel der Rente, die dem Mitglied zum Todeszeitpunkt zustand oder zugestanden hätte, wenn es berufsunfähig gewesen wäre.
- (4) Die Hinterbliebenenrenten werden auch gewährt, wenn das Mitglied für tot erklärt wird oder die Voraussetzungen des § 49 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch erfüllt sind. Das Versorgungswerk kann die in § 49 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch bestimmten Unterlagen fordern.
- (5) Ansprüche nach § 18 beginnen mit dem Ersten des auf den Sterbemonat des Mitglieds folgenden Monats, für nachgeborene Waisen mit dem Ersten des Monats nach der Geburt.
- (6) Die Summe der Hinterbliebenenrenten darf 100 Prozent der Rente, die dem Mitglied zum Todeszeitpunkt zustand oder zugestanden hätte, wenn es berufsunfähig gewesen wäre, nicht übersteigen. Bei Überschreitung sind die einzelnen Renten im gleichen Verhältnis zu kürzen.

§ 22

Versorgungsausgleich

- (1) Ist ein Mitglied in einem Versorgungsausgleichsverfahren ausgleichspflichtig, findet die interne Teilung nach dem Versorgungsausgleichsgesetz (VersAusglG) statt.
- (2) Hat das Familiengericht die Rentenanwartschaft oder den Rentenanspruch rechtskräftig begründet, werden die zugrundeliegenden Beiträge und Steigerungszahlen ermittelt, dem verpflichteten Ehe(e)teil (Mitglied) gekürzt und dem berechtigten Ehe(e)teil zugeteilt (Leistung aus dem Versorgungsausgleich). Sofern der Versorgungsfall noch nicht eingetreten ist, kann das ausgleichsverpflichtete Mitglied die Kürzung durch einen binnen einer Ausschlussfrist von sechs Monaten nach Erhalt der Mitteilung vom Versorgungswerk über den Kürzungsbetrag zu stellenden Antrag ganz oder teilweise unter Anwendung der Bewertungsvorschrift des § 28 Absatz 2 durch Leistung eines Zahlbetrags abwenden, der sich wie folgt errechnet: (Kürzungsbetrag*Regelbeitrag gemäß § 26 Absatz 1 Nummer 1 zum Entrichtungszeitpunkt*12)/(Rentenbemessungsgrundlage zum Entrichtungszeitpunkt*Vielfaches zum Entrichtungszeitpunkt/100). Sind beide Ehegatten Mitglied des Versorgungswerkes und sind derer beider Anrechte geteilt, findet eine Verrechnung statt, die Absätze 3 und 4 finden in diesem Fall keine Anwendung.
- (3) Durch die interne Teilung wird eine Versorgungsausgleichsberechtigte oder ein Versorgungsausgleichsberechtigter, die oder der Anwartschaft oder Anspruch auf Rente allein durch den Versorgungsausgleich erhalten hat, nicht Mitglied. Für einen Anspruch aus interner Teilung für Versorgungsausgleichsberechtigte, die nicht Mitglied des Versorgungswerkes sind, gelten ausschließlich die § 12 Absatz 1 Nummer 1 und 2, § 12 Absatz 2 bis 6, §§ 13 bis 15, § 16 Absatz 1, 3 Satz 2 Nummer 3 und Absatz 5 und 6, § 29 Absatz 5 und 6, § 33 Absatz 3 und 4, §§ 34 und 35, § 37 Absatz 1 und 2 sowie § 39 sinngemäß; Entsprechendes gilt bei Anwendung der §§ 18, 20 und 21 für Kinder aus der Ehe mit dem Mitglied.
- (4) Wer versorgungsausgleichsberechtigt aber nicht Mitglied ist, ist im Unterschied zu § 15 Absatz 1 Satz 1 berufsunfähig, wenn sie oder er infolge Gebrechen oder Schwäche der körperlichen oder geistigen Kräfte außerstande ist, eine Erwerbstätigkeit in gewisser Regelmäßigkeit auszuüben und mehr als nur geringfügige Einkünfte durch Erwerbstätigkeit zu erzielen. Bei der Beurteilung bleiben andere als medizinische Gründe außer Betracht.

§ 23

Kapitalabfindung

- (1) Witwen oder Witwer, die Anspruch auf Hinterbliebenenrente (§ 18) haben und wieder heiraten, erhalten auf Antrag folgende Kapitalabfindung:

1. bei Wiederverheiratung vor Vollendung des 35. Lebensjahres das Sechzigfache ihrer zuletzt bezogenen Monatsrente;
2. bei Wiederverheiratung bis zum vollendeten 45. Lebensjahr das Achtundvierzigfache ihrer zuletzt bezogenen Monatsrente;
3. bei Wiederverheiratung bis zum vollendeten 60. Lebensjahr das Sechsendreißigfache ihrer zuletzt bezogenen Monatsrente;
4. bei Wiederverheiratung nach Vollendung des 60. Lebensjahres das Vierundzwanzigfache ihrer zuletzt bezogenen Monatsrente.

Mit der Zahlung der Kapitalabfindung erlischt der Anspruch auf Hinterbliebenenrente. Der Antrag auf Kapitalabfindung kann nur innerhalb einer Ausschlussfrist von sechs Monaten nach Eheschließung gestellt werden und wirkt auf den Tag der Eheschließung zurück; die seitdem gezahlte Rente ist auf die Abfindung anzurechnen. Der Antrag kann nicht mehr zurückgenommen werden, wenn über ihn durch Bescheid entschieden ist.

(2) Renten, die einen Monatsbetrag von 1 Prozent der Bezugsgröße nach § 18 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch unterschreiten, werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen abgefunden und erlöschen mit der Zahlung der Abfindung.

§ 24

Abtretung, Verpfändung, Pfändung

Ansprüche auf Leistungen können weder abgetreten noch verpfändet werden. Für die Pfändung gilt § 54 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch entsprechend.

§ 25

Leistungsausschluss

(1) Wer sich vorsätzlich berufsunfähig macht, hat keinen Anspruch auf Berufsunfähigkeitsrente.

(2) Hinterbliebene haben keinen Anspruch auf Rente, wenn sie den Tod des Mitgliedes vorsätzlich herbeigeführt haben.

Teil IV. Beiträge

§ 26

Beiträge

(1)

1. Selbständig tätige Mitglieder entrichten einen monatlichen Regelbeitrag, der 19 Prozent der jeweils maßgeblichen monatlichen Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung entspricht (Regelbeitrag).
2. Sofern das durch zwölf geteilte Berufseinkommen des letzten Kalenderjahres die monatliche Beitragsbemessungsgrenze gemäß § 159 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch des laufenden Kalenderjahres nachweislich unterschreitet, ist der Beitrag auf Antrag entsprechend dem durch zwölf geteilten Berufseinkommen des letzten Kalenderjahres, mindestens jedoch nach einem Zehntel dieser monatlichen Beitragsbemessungsgrenze zu bemessen. Auf Antrag tritt an die Stelle des Berufseinkommens des letzten Kalenderjahres nach Satz 1 das Berufseinkommen des laufenden Kalenderjahres, sofern dieses das Berufseinkommen des letzten Kalenderjahres um mehr als 30 Prozent unterschreitet. Als Berufseinkommen gelten die durch Steuerbescheid nachgewiesenen gesamten Einnahmen aus zahnärztlicher Tätigkeit nach Abzug der Betriebsausgaben (§ 18 des Einkommensteuergesetzes). Ein Antrag kann nach Ablauf des Kalenderjahres, für den er gelten soll, nicht mehr wirksam gestellt werden.
3. Im Kalenderjahr der ersten Niederlassung in eigener Praxis sowie auf Antrag im darauffolgenden Kalenderjahr ist abweichend von Satz 1 ein Zehntel des Regelbeitrages zu entrichten.
4. Selbständig tätige Mitglieder entrichten ab dem Kalendermonat nach der Vollendung des 60. Lebensjahres auf Antrag für die Dauer bis zum Beginn der Altersrente nach den Vorschriften des § 14 unwiderruflich einen Pflichtbeitrag in Höhe des halben Regelbeitrages nach Nummer 1. Ein Antrag kann nach Ablauf des Kalenderjahres, für den er gelten soll, nicht mehr wirksam gestellt werden.

(2) Nichtselbständig beschäftigte Mitglieder (§ 19 des Einkommensteuergesetzes) sowie nach dem Sechsten Buch Sozialgesetzbuch versicherungspflichtige Selbständige, die nach § 6 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch von der gesetzlichen Rentenversicherung befreit wurden, entrichten den Beitrag in der Höhe, wie er gemäß §§ 158 ff. des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch an die gesetzliche Rentenversicherung zu entrichten wäre. Mitglieder nach Satz 1, die nicht von der gesetzlichen Rentenversicherung befreit sind, zahlen ein Zehntel des Regelbeitrages nach Absatz 1 Nummer 1, solange sie aus ihrer gesamten berufsbezogenen Tätigkeit pflichtversichert in der gesetzlichen Rentenversicherung sind.

(3) Für Mitglieder, bei denen die Summe der positiven Einkünfte nach § 18 des Einkommensteuergesetzes des letzten Kalenderjahres und § 19 des Einkommensteuergesetzes des laufenden Kalenderjahres die Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung nach § 159 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch des laufenden Kalenderjahres übersteigt, tritt für die Bestimmung ihres Beitrages die Beitragsbemessungsgrenze gemäß § 159 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch an die Stelle des nachgewiesenen Einkommens, wobei die Einkünfte aus § 19 des Einkommensteuergesetzes vorrangig vor den Einkünften aus § 18 des Einkommensteuergesetzes zur Beitragspflicht herangezogen werden.

(4) Mitglieder, die nicht unter die vorstehenden Regelungen fallen, entrichten als Pflichtbeitrag den jeweils geltenden Höchstbeitrag in der gesetzlichen Rentenversicherung nach § 158 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch wobei der den Regelbeitrag (gemäß Absatz 1 Nummer 1 oder § 40 Absatz 4) übersteigende Beitragsanteil nach § 28 Absatz 2 bewertet wird.

(5) Unbeschadet der Bestimmung des § 23 Absatz 3 des Berliner Heilberufekammergesetzes werden Einkommensnachweise wie folgt erbracht:

1. durch Vorlage des Einkommensteuerbescheides des jeweiligen Kalenderjahres. Sofern noch kein Einkommensteuerbescheid vorliegt, kann der Nachweis vorläufig durch Vorlage einer Bescheinigung einer oder eines Angehörigen der steuerberatenden Berufe oder durch sonstigen vom Versorgungswerk zu bestimmenden geeigneten Nachweis erbracht werden;
2. bei unselbständig Erwerbstätigen durch Vorlage einer von der Arbeitgeberin oder vom Arbeitgeber ausgestellten Bescheinigung über das sozialversicherungspflichtige Bruttoeinkommen.

§ 27

Besondere Beiträge

(1) Von der Versicherungspflicht in der Deutschen Rentenversicherung gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch befreite Mitglieder, die Sozialleistungen beziehen, für die der Leistungsträger Beiträge zu der berufsständischen Versorgungseinrichtung gewährt, haben für diese Zeiten den Beitrag zu zahlen, der ohne die Befreiung an die Deutsche Rentenversicherung zu entrichten wäre.

(2) Wehrpflichtige, die

1. gemäß § 6 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch von der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht befreit sind, leisten während des Wehrdienstes einen Beitrag in Höhe des jeweils gültigen höchsten Pflichtbeitrages zur gesetzlichen Rentenversicherung gemäß §§ 158 und 159 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch,
2. nicht gemäß § 6 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch von der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht befreit sind, leisten einen Beitrag in Höhe von 40 vom Hundert des jeweiligen gesetzlichen Rentenversicherungsbeitrages,

höchstens jedoch einen Beitrag in der Höhe, in der ihnen während der Wehrpflichtzeit Beiträge von dritter Seite zu gewähren sind. Entsprechendes gilt für den zivilen Ersatzdienst, den Pflichtdienst im zivilen Bevölkerungsschutz oder einen gleichgestellten Dienst.

§ 28

Freiwillige Beiträge

(1) Es können freiwillige Beiträge entrichtet werden, sofern keine Pflichtbeiträge rückständig sind; § 29 Absatz 5 Satz 2 gilt entsprechend. Freiwillige Beiträge dürfen jedoch zusammen mit den Pflichtbeiträgen 200 Prozent des Beitrages nach § 26 Absatz 4 nicht überschreiten; Pflichtbeiträge für Vorjahre bleiben unberücksichtigt.

(2) Freiwillige Beiträge nach dieser Vorschrift werden mit der Maßgabe bewertet, dass an die Stelle des nach § 16 Absatz 2 Satz 6 geltenden Vielfachen das Vielfache tritt, welches bei Eintritt am 1. Januar des jeweiligen Entrichtungsjahres gelten würde.

(3) Freiwillige Beiträge können nur für das laufende Kalenderjahr entrichtet werden. Sie sind nach Schluss des Kalenderjahres, für das sie entrichtet werden, auf später fällige Pflichtbeiträge nicht verrechenbar.

§ 29

Beitragsverfahren

(1) Die Beiträge sind Monatsbeiträge. Sie sind zu Beginn eines jeden Monats fällig und bis zum dritten Werktag desselben Monats zu entrichten. Die Beitragspflicht beginnt mit dem Kalendermonat, der dem Tag der Erlangung der Mitgliedschaft folgt.

(2) Bei Mitgliedern, die nach § 6 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung befreit sind, beginnt unbeschadet der Bestimmung des Absatz 1 die Beitragspflicht zum Versorgungswerk mit dem Tag, für den die Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung wirksam wird.

(3) Bei Mitgliedern, die nach § 11 Absatz 1 aus dem Versorgungswerk ausscheiden, endet die Beitragspflicht mit dem Tage des Ausscheidens.

(4) Beitragsrückstände werden gemäß § 366 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches getilgt. Das Bestimmungsrecht der Schuldnerin oder des Schuldners entfällt. Besteht am Ende des Geschäftsjahres ein Beitragsrückstand, so ist ein im Laufe des Geschäftsjahres entrichteter freiwilliger Beitrag auf diesen Rückstand zu verrechnen.

(5) Nach Eintritt des Rentenfalles können Beiträge nicht mehr geleistet werden. Nach Erreichen der Altersgrenze gemäß § 14 Absatz 1 können keine Beiträge gemäß § 26 mehr entrichtet werden. Dies gilt nicht für rückständige Pflichtbeiträge, die nach Befreiung gemäß § 6 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch erstattet oder von Dritten gemäß § 27 entrichtet werden; § 31 Absatz 3 und 4 bleiben unberührt.

(6) Auf Beiträge, die am Ende eines Kalendermonats im Rückstand sind, wird jeweils ein Säumniszuschlag für jeden angefangenen Monat der Säumnis in Höhe von monatlich 1 Prozent der rückständigen Beiträge erhoben. Auf gestundete Beiträge wird jeweils ein Stundungszins für jeden angefangenen Monat der Stundung in Höhe von 0,5 Prozent der gestundeten Beiträge erhoben. Das Mitglied hat die durch die Mahnung und Beitreibung der Beiträge entstehenden Kosten zu tragen. Säumniszuschlag, Stundungszins und Kosten werden entsprechend § 367 Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches getilgt. Das Bestimmungsrecht der Schuldnerin oder des Schuldners entfällt.

(7) Beiträge und Nebenforderungen, mit denen ein Mitglied sich in Verzug befindet, werden aufgrund eines Beitragsbescheides, der den Rückstand beziffert, beigetrieben, die Beiträge jedoch nur bis zum Eintritt des Rentenfalles. Soweit die rückständigen Beiträge nicht beitreibar sind, hat das Mitglied nur Anspruch auf Leistungen, die seinen erworbenen durchschnittlichen Steigerungszahlen (§ 16) entsprechen.

(8) Das Versorgungswerk kann zur Tilgung von Beitragsrückständen, deren Beitreibung zu einer besonders unbilligen Härte führen würde, Absprachen treffen und gegebenenfalls Beitragsrückstände stunden, niederschlagen oder erlassen. Der Verwaltungsausschuss beschließt dazu Härtefallrichtlinien.

(9) Das Versorgungswerk kann uneinbringbare Beiträge von Amts wegen mittels Bescheid erlassen. Dem Mitglied sind die entsprechenden Auswirkungen auf die Anwartschaft mitzuteilen.

(10) Ansprüche auf Beiträge verjähren in vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahrs, in dem sie fällig geworden sind. Ansprüche auf vorsätzlich vorenthaltene Beiträge verjähren in dreißig Jahren nach Ablauf des Kalenderjahrs, in dem sie fällig geworden sind.

(11) Wird mit dem Antrag nach § 26 Absatz 1 Nummer 2 kein Steuerbescheid vorgelegt, kann der Beitrag ganz oder teilweise gegen Berechnung von Stundungszinsen nach Absatz 6 bis zur Vorlage des Steuerbescheides gestundet werden. Dieser muss spätestens bis zum Ende des auf den Zugang des Steuerbescheides beim Mitglied oder seiner/m Bevollmächtigten folgenden Kalendermonats vorgelegt werden. Für die nur teilweise Stundung kann das Versorgungswerk zur Ermittlung eines voraussichtlichen Beitrages die Vorlage einer Bescheinigung einer oder eines Angehörigen der steuerberatenden Berufe oder einen sonstigen vom Versorgungswerk zu

bestimmenden geeigneten Nachweises verlangen. Bei einem Antrag nach § 26 Absatz 1 Nummer 2 Satz 2 muss eine solche Bescheinigung wenigstens die ersten 6 Kalendermonate des laufenden Jahres umfassen. Nach diesem Absatz gestundete Beiträge werden mit Ablauf des Kalendermonats nach Zugang des entsprechenden Steuerbescheides beim Mitglied oder seiner oder seinem Bevollmächtigten fällig. Das Mitglied ist mit dem Stundungsbescheid hierauf hinzuweisen.

§ 30 Erstattung und Übertragung der Beiträge

(1) Frühere Mitglieder, die nicht dem persönlichen Geltungsbereich des Artikel 2 der Verordnung (EG) Nummer 883/2004 unterfallen und deren Mitgliedschaft weniger als 60 Monate bestand, erhalten auf Antrag und nach Ablauf einer Wartefrist von 24 Monaten 60 Prozent ihrer geleisteten Beiträge zurückerstattet mit Ausnahme von Beitragsteilen, die auf gesetzlichen Zahlungen beruhen. Der Antrag auf Beitrags-erstattung muss binnen sechs Monaten nach der Beendigung der Mitgliedschaft gestellt sein. Der Antrag kann nicht mehr zurückgenommen werden, wenn über ihn durch Bescheid entschieden ist. Die Beitrags-erstattung ist ausgeschlossen, sofern das Mitglied Berufsunfähigkeits- oder Altersrente des Versorgungswerkes bezieht. Soweit Beitragsrückstände bestehen, ist das Versorgungswerk zur Verrechnung oder Nachforderung berechtigt. Nach Eintritt des Rentenfalles kann der Antrag nach Satz 1 nicht mehr zurückgenommen werden.

(2) Erlischt die Mitgliedschaft und wird die oder der Berufsangehörige Mitglied einer anderen auf Gesetz beruhenden Versorgungseinrichtung, so werden auf ihren oder seinen Antrag die von ihr oder ihm oder für sie oder ihn geleisteten Beiträge ohne Zinsen an diese Versorgungseinrichtung übergeleitet, sofern

1. der Antrag beim Versorgungswerk oder der anderen Versorgungseinrichtung binnen sechs Monaten seit Beginn der Mitgliedschaft bei der aufnehmenden Versorgungseinrichtung eingegangen ist,
2. die beitragspflichtige Mitgliedschaft 96 Kalendermonate nicht überschritten hat,
3. ein Überleitungsabkommen mit der anderen Versorgungseinrichtung besteht und
4. die Bestimmungen dieses Abkommens einer Überleitung nicht entgegenste-
hen.

Neben den Beiträgen werden Zinsen übergeleitet, sofern das jeweilige Überleitungs-
abkommen das vorsieht. Soweit die Überleitung erfolgt ist, erlöschen sämtliche An-
sprüche der oder des Berufsangehörigen gegen das Versorgungswerk.

(3) Erlischt die Mitgliedschaft einer oder eines Berufsangehörigen bei einer auf
Gesetz beruhenden Versorgungseinrichtung und tritt die Pflichtmitgliedschaft zum
Versorgungswerk ein, so werden auf ihren oder seinen Antrag die von ihr oder ihm
oder für sie oder ihn geleisteten Beiträge ohne Zinsen an das Versorgungswerk über-
geleitet, wenn

1. der Antrag beim Versorgungswerk oder der anderen Versorgungseinrichtung
binnen sechs Monaten seit Eintritt der Pflichtmitgliedschaft eingegangen ist,
2. die beitragspflichtige Mitgliedschaft bei der abgebenden Versorgungseinrich-
tung 96 Kalendermonate nicht überschritten hat,
3. die oder der Berufsangehörige zum Zeitpunkt des Eintritts der Pflichtmitglied-
schaft das 50. Lebensjahr noch nicht vollendet hat,
4. ein Überleitungsabkommen mit der anderen Versorgungseinrichtung besteht
und
5. die Bestimmungen dieses Abkommens einer Überleitung nicht entgegenste-
hen.

Neben den Beiträgen werden Zinsen übergeleitet, sofern das jeweilige Überleitungs-
abkommen das vorsieht. Die übergeleiteten Beiträge, nicht jedoch übergeleitete
Zinsen, werden auch für Zeiten vor dem 1. Januar 2008 als Pflichtbeiträge nach § 26
bzw. freiwillige Beiträge nach § 28 behandelt und nach § 16 bewertet. Enthält die
Überleitung Nachversicherungsbeiträge, finden insoweit die für die Nachversicherung
geltenden Bestimmungen Anwendung.

(4) Der Inhalt von Überleitungsabkommen nach den Absätzen 2 und 3 ist im Mit-
teilungsblatt der Zahnärztekammer Berlin und im Amtsblatt für Berlin bekannt zu

machen. Die Mitglieder der beteiligten Kammern sind mittels Veröffentlichung in den Mitteilungsblättern der beteiligten Kammer oder mittels Rundschreiben zu informieren.

Teil V. Nachversicherung

§ 31

Nachversicherung

(1) Wird ein Antrag auf Durchführung der Nachversicherung gemäß § 186 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch gestellt, wird die Nachversicherung entsprechend den nachfolgenden Bestimmungen durchgeführt.

(2) Mitglieder, deren Mitgliedschaft beim Versorgungswerk beim Ausscheiden aus der für die Nachversicherung maßgebenden Beschäftigung kraft Gesetzes begründet war oder innerhalb eines Jahres nach dem Ausscheiden aus der für die Nachversicherung maßgebenden Beschäftigung begründet wird, können nachversichert werden, sofern sie das 40. Lebensjahr zu Beginn der für die Nachversicherung maßgebenden Beschäftigung noch nicht vollendet hatten.

(3) Der Antrag auf Durchführung der Nachversicherung ist innerhalb von zwölf Monaten nach dem Eintritt der Voraussetzungen für die Nachversicherung zu stellen. Ist die oder der Nachzuversichernde verstorben, so steht das Antragsrecht der Witwe oder dem Witwer zu. Ist eine Witwe oder ein Witwer nicht vorhanden, so können alle Waisen gemeinsam oder, wenn auch keine Waisen vorhanden sind, jeder frühere Ehegatte den Antrag stellen.

(4) Das Versorgungswerk nimmt die Nachversicherungsbeiträge entgegen und behandelt diese, als ob sie als Beiträge gemäß § 26 rechtzeitig in der Zeit entrichtet worden wären, für die die Nachversicherung durchgeführt wird. Diese Beiträge werden auch für Zeiten vor dem 1. Januar 2008 nach § 16 bewertet. Die Zuschläge nach § 181 Absatz 4 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch führen nicht zu einer Erhöhung der persönlichen Anwartschaft. Die während der Nachversicherungszeit tatsächlich entrichteten Beiträge gelten als freiwillige Beiträge im Sinne des § 28 oder werden auf Antrag ohne Zinsen zurückerstattet. § 29 bleibt unberührt.

(5) Die oder der Nachversicherte gilt rückwirkend zum Zeitpunkt des Beginnes der Nachversicherungszeit auch dann als Mitglied des Versorgungswerks, wenn die Mitgliedschaft beim Versorgungswerk erst innerhalb eines Jahres nach dem Ausscheiden aus der für die Nachversicherung maßgebenden Beschäftigung begründet wird. Das Ruhen der Beitragspflicht und der Eintritt des Versorgungsfalles stehen der Nachversicherung nicht entgegen.

Teil VI. Verwendung der Mittel und Rechnungslegung

§ 32

Verwendung der Mittel, Vermögensanlage

(1) Die Mittel des Versorgungswerks dürfen nur für satzungsgemäße Leistungen, notwendige Verwaltungskosten und sonstige zur Erfüllung der Aufgaben des Versorgungswerks erforderliche Aufwendungen sowie zur Bildung erforderlicher Rücklagen und Rückstellungen verwendet werden.

(2) Das gebundene Vermögen des Versorgungswerks ist, soweit es nicht zur Deckung der laufenden Ausgaben bereitzuhalten ist, gemäß § 215 des Versicherungsaufsichtsgesetzes sowie der hierzu ergangenen Rechtsverordnung und den Richtlinien der Aufsichtsbehörde anzulegen. Zu diesen Anlagegrundsätzen gehören der Grundsatz der möglichst großen Sicherheit und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität unter Wahrung angemessener Mischung und Streuung sowie der Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht. Darüber hinaus sind die internen Anlagevorschriften und Compliance-Richtlinien des VZB in ihrer jeweiligen Fassung sowie die Vorgaben des Risikomanagementsystems zu beachten. Bei etwaigen Widersprüchen ist eine Entscheidung der Vertreterversammlung herbeizuführen. Im Einvernehmen mit dem vorsitzenden Mitglied der Vertreterversammlung und dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter ist bei der Vermögensanlage und -verwaltung professionelle Unterstützung durch unabhängige externe Experten im erforderlichen Umfang hinzuziehen, die hinsichtlich der diesen Anlagen inhärenten Risiken über einschlägige Kenntnisse, Erfahrungen und Einblicke verfügen.

(3) Das Versorgungswerk hat spätestens alle drei Jahre eine versicherungsmathematische Bilanz durch einen versicherungsmathematischen Sachverständigen aufstellen zu lassen. Die Bilanz ist der Aufsichtsbehörde vorzulegen.

§ 33

Rechnungslegung, Leistungsverbesserungen

(1) Der Verwaltungsausschuss hat nach Ablauf des Geschäftsjahres einen Jahresabschluss nebst Lagebericht nach der Rechtsverordnung gem. § 25 Absatz 3 Berliner Heilberufekammergesetz aufzustellen. Die in den Jahresabschluss einzustellende Deckungsrückstellung ist gemäß § 32 Absatz 3 spätestens alle drei Jahre durch die oder den versicherungsmathematischen Sachverständigen im Rahmen eines Gutachtens zu errechnen. Der Jahresabschluss nebst Lagebericht sowie das versicherungsmathematische Gutachten und der Prüfungsbericht des Wirtschaftsprüfers sind der Aufsichtsbehörde vorzulegen. Die Feststellung des Jahresabschlusses nebst Lagebericht und die Entlastung des Aufsichts- und Verwaltungsausschusses durch die Vertreterversammlung sind der Aufsichtsbehörde nachzuweisen.

(2) Zur Deckung von Fehlbeträgen ist eine Verlustrücklage zu bilden. Dieser Rücklage sind jeweils mindestens fünf Prozent des sich nach der Gewinn- und Verlustrechnung zu errechnenden Rohüberschusses zuzuführen, bis sie mindestens fünf Prozent der Deckungsrückstellung erreicht oder nach Inanspruchnahme wieder erreicht hat. Die Bildung weiterer Rücklagen sowie die Höhe der Mittelzuführung sind in dem von der Aufsichtsbehörde zu genehmigenden technischen Geschäftsplan zu regeln. Ein sich darüber hinaus ergebender Rohüberschuss ist der Rückstellung für satzungsgemäße Überschussbeteiligung zuzuführen.

(3) Die Rückstellung für satzungsgemäße Überschussbeteiligung ist - soweit sie nicht zur Deckung eines Fehlbetrages heranzuziehen ist - nur zur Verbesserung der Versorgungsleistungen zu verwenden. Eine Verbesserung der Versorgungsleistungen ist durchzuführen, wenn sie zu nennenswerten Ergebnissen führt. Darüber entscheidet auf Vorschlag des Verwaltungsausschusses die Vertreterversammlung gemäß § 3 Absatz 1 Satz 7 Nummer 5. Der Beschluss bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Die Grundsätze für die Verbesserung der Versorgungsleistungen sind im technischen Geschäftsplan zu regeln, wobei der technische Geschäftsplan vorsehen kann, dass Anwartschaften und Renten unterschiedlich dynamisiert werden; ebenso hat bezüglich der Verwendung eines unterschiedlichen Rechnungszinses eine Regelung zur Dynamisierung im technischen Geschäftsplan zu erfolgen.

(4) Ein sich ergebender Fehlbetrag ist aus der Verlustrücklage und - soweit diese nicht ausreicht - aus der Rückstellung für satzungsgemäße Überschussbeteiligung zu decken. Ein danach verbleibender Bilanzverlust ist durch Herabsetzung der Leistungen oder durch Erhöhung der Beiträge oder durch beide Maßnahmen auszugleichen. Absatz 3 Satz 3 und 4 gilt entsprechend.

(5) Der Jahresabschluss nebst Lagebericht ist unter Einbeziehung der Buchführung durch eine Wirtschaftsprüferin oder einen Wirtschaftsprüfer zu prüfen.

Teil VII. Verfahren

§ 34

Rechtsweg und Gebühren

(1) Die Bescheide des Versorgungswerkes sind im Verwaltungsrechtsweg anfechtbar.

(2) Vor einer Verwaltungsgerichtsklage ist das Widerspruchsverfahren durchzuführen. Für das Widerspruchsverfahren wird eine Verwaltungsgebühr erhoben.

(3) Das Versorgungswerk kann für die Bearbeitung und Erfüllung von Aufgaben, auch nach dem Berliner Informationsfreiheitsgesetz, Gebühren erheben, soweit diese nicht das Mitgliedschaftsverhältnis selbst betreffen. Das Nähere regelt die Gebührenordnung.

§ 35

Informationspflicht des Versorgungswerkes

Das Versorgungswerk hat seine Mitglieder und sonstige Leistungsberechtigte über ihre Rechte und Pflichten allgemein aufzuklären.

§ 36

Bekanntmachungen

(1) Bekanntmachungen des Versorgungswerks erfolgen durch Veröffentlichungen im Mitteilungsblatt der Zahnärztekammer Berlin oder durch Rundschreiben des Versorgungswerkes. Entgegenstehende Regelungen des Berliner Heilberufekammergesetzes bleiben unberührt.

(2) Die Mitglieder der beteiligten Kammern sind durch Veröffentlichungen in den Mitteilungsblättern der beteiligten Kammer oder durch Rundschreiben zu informieren.

(3) Das Versorgungswerk kann bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 10 Absatz 1 des Verwaltungszustellungsgesetzes eine öffentliche Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung durchführen. Das zuzustellende Schriftstück ist in der Geschäftsstelle des Versorgungswerkes unter der Überschrift „Öffentliche Bekanntmachungen“ auszuhängen. Das Schriftstück gilt an dem Tage als zugestellt, an dem seit dem Tage des Aushängens zwei Wochen verstrichen sind.

§ 37

Auskunfts- und Mitteilungspflichten

(1) Mitglieder und sonstige Leistungsberechtigte sind verpflichtet, dem Versorgungswerk diejenigen Auskünfte zu erteilen, die für die Feststellung der Mitgliedschaft sowie von Art und Umfang der Beitragspflicht oder Versorgungsleistungen erforderlich sind.

(2) Wohnsitzwechsel und nachträgliche Veränderungen, die für die Feststellung von Art und Umfang der Beitragspflicht oder der Versorgungsleistungen erheblich sind, sind dem Versorgungswerk unaufgefordert und unverzüglich mitzuteilen.

(3) Die Mitglieder haben auf ihre Ersterfassung hinzuwirken, sofern das Versorgungswerk ihnen nicht innerhalb von zwei Monaten ab Erwerb der Mitgliedschaft eine Mitgliedsnummer zugeteilt hat.

§ 38

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 39

Erfüllungsort, Gerichtsstand

Erfüllungsort und Gerichtsstand ist der Sitz des Versorgungswerkes.

Teil VIII. Übergangsbestimmungen

§ 40

Allgemeines

(1) Die aufgrund der bis zum 31. Dezember 2007 geltenden Satzung des Versorgungswerkes gewährten Befreiungen von der Mitgliedschaft oder Beitragszahlung gelten unverändert fort, solange die Voraussetzungen, die zur Befreiung geführt haben, weiter vorliegen.

(2) Mitglieder der Zahnärztekammer Berlin und der beteiligten Kammern, die nach Absatz 1 von der Mitgliedschaft befreit wurden oder ausgenommen sind, können bis zum 30. Juni 2008 die Aufnahme als Pflichtmitglied beantragen. Der Antrag kann nicht mehr zurückgenommen werden, wenn über ihn durch Bescheid entschieden ist. Eine spätere Antragstellung ist ausgeschlossen.

(3) Mitglieder, die nach § 18 Absatz 3 der bis zum 31. Dezember 2007 geltenden Satzung des Versorgungswerkes von der Hinterbliebenenversorgung befreit worden sind, können bis zum 31. Dezember 2008 beantragen, dass die Befreiung ab dem 1. Januar 2008 weiter gelten soll und keine Ansprüche nach §§ 18 bis 21 bestehen. In diesem Fall besteht Anspruch auf Ledigenzuschlag für Beitragszeiten ab dem 1. Januar 2008 nach § 16 Absatz 6. Der Antrag kann nicht mehr zurückgenommen werden, wenn über ihn durch Bescheid entschieden ist.

(4) Mitglieder, die am 31. Dezember 2007 bereits Beiträge nach § 18 der bis zum 31. Dezember 2007 geltenden Satzung entrichtet haben, können beantragen, dass abweichend von § 26 Absatz 1 der bisherige Regelbeitrag als persönlicher Regelbeitrag weiter gilt. Der Antrag kann bis zum 31. Dezember 2008 gestellt werden und wirkt auf den 1. Januar 2008 zurück. Der Antrag kann nicht mehr zurückgenommen werden, wenn über ihn durch Bescheid entschieden ist. Der individuelle Regelbeitrag nach Satz 1 verändert sich zum 1. Januar jedes Jahres entsprechend der prozentualen Veränderung des Regelbeitrages nach § 26 Absatz 1.

§ 41

Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger

Für Mitglieder des Versorgungswerkes, die am 31. Dezember 2007 eine Leistung beziehen, gilt Folgendes:

1. sie erhalten diese Leistung weiter, solange die Voraussetzungen nach der bis zum 31. Dezember 2007 geltenden Satzung weiter vorliegen;
2. ihnen werden Leistungsverbesserungen nur in Höhe von 50 Prozent des Betrages gewährt, der nach § 33 Absatz 3 zu gewähren wäre; dies gilt solange, bis der unter Anwendung des § 12a Absatz 1 der bis zum 31. Dezember 2007 geltenden Satzung ermittelte Rentenbetrag bei Ansatz einer vollen Leistungsverbesserung seit dem 1. Januar 2003 den Rentenzahlbetrag erreicht;
3. die Witwen- und Witwerrenten aus Beiträgen nach § 18 und § 18a der bis zum 31. Dezember 2007 geltenden Satzung betragen abweichend von § 21 Absatz 1 nur 50 Prozent der Rente, die dem Mitglied zum Todeszeitpunkt zustand.

§ 42

Mitglieder mit Beitragszeiten bis Dezember 2007

(1) Für Mitglieder, die am 31. Dezember 2007 bereits Mitglied des Versorgungswerkes waren, gelten die folgenden Absätze.

(2) Aus sämtlichen für Zeiten vor dem 1. Januar 2008 geleisteten Pflichtbeiträgen werden für jedes Mitglied die erworbenen monatlichen beitragsfreien Anwartschaften auf Altersrente nach den bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Satzungsvorschriften des Versorgungswerkes ermittelt. Diese Anwartschaften nehmen durch entsprechende prozentuale Erhöhung auch zukünftig an Leistungsveränderungen nach § 33 Absatz 3 und 4 der vorliegenden Satzung teil. Eine auf dieser Grundlage ermittelte Altersrente erhöht sich bei Vorliegen der Voraussetzungen um den Zuschlag nach § 18 Absatz 5 der bis zum 31. Dezember 2007 geltenden Satzung des Versorgungswerkes. Die Anwartschaften nach diesem Absatz sind dem Mitglied durch Bescheid rechtsverbindlich mitzuteilen. Auf die Berechnung von Renten wegen Berufsunfähigkeit aus sämtlichen für Zeiten vor dem 1. Januar 2008 geleisteten Pflichtbeiträgen findet § 16 Absatz 3 Satz 2 Nummer 3 Anwendung.

(3) Für die Berechnung einer Hinterbliebenenrente nach dieser Vorschrift ist die nach Absatz 2 ermittelte Anwartschaft um die Anwartschaft zu vermindern, für die keine Hinterbliebenenrentenansprüche nach der bis zum 31. Dezember 2007 geltenden Satzung erworben wurden.

(4) Bei der Ermittlung des Durchschnitts der erworbenen Steigerungszahlen für die Hochrechnung nach § 16 Absatz 3 Satz 2 sind die Zeiten bis 31. Dezember 2007, sofern der Anspruchsberechtigte am 31. Dezember 2007 aktives Mitglied des Versorgungswerkes war und in den 24 Kalendermonaten vor Eintritt des Versorgungsfalles monatlich Beiträge entrichtet hat - wobei bei der Ermittlung dieses Zeitraumes § 16 Absatz 4 sinngemäß Anwendung findet - wie folgt zu berücksichtigen: die nach Absatz 2 oder 3 ermittelte Anwartschaft zum 31. Dezember 2007 ohne die Anwartschaft nach § 43 wird in Steigerungsfaktoren umgerechnet, indem sie durch die am 1. Januar 2008 gültige Rentenbemessungsgrundlage geteilt, mit 100 multipliziert und mit den dazugehörigen Mitgliedschaftsmonaten berücksichtigt wird.

(5) Für Mitglieder, die bis zum 31. Dezember 1992 Beiträge an das Versorgungswerk aus eigener Niederlassung entrichtet haben und vor Vollendung des 67. Lebensjahres sterben, gilt für diese Beiträge:

1. stirbt ein Mitglied vor Beginn der Zahlung der Altersrente oder der Kapitalabfindung nach Absatz 3, so können seine Erben oder Erben - sofern sie natürliche Personen sind und ihre Erbenstellung nachweisen - einen schriftlichen Antrag auf Beitragsrückgewähr stellen, sofern das Mitglied zum Zeitpunkt des Todes das 67. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte; die Beitragsrückgewähr stellt die Summe aller während der Zugehörigkeit zum Versorgungswerk bis 31. Dezember 2004 gezahlten Individualbeiträge für die Alters- und Berufsunfähigkeitsrente und für die Beitragsrückgewähr ohne Zinsen dar; Beiträge innerhalb eines Zeitraums, in dem das Mitglied wegen seiner Mitgliedschaft im Versorgungswerk von der gesetzlichen Rentenversicherung befreit worden ist, bleiben hierbei unberücksichtigt; der Antrag muss innerhalb von sechs Monaten nach dem Tode des Mitglieds beim Versorgungswerk eingegangen sein; sind mehrere Erbberechtigte vorhanden, so ist der Antrag von allen Erben zu stellen; die Beitragsrückgewähr erfolgt an den von allen Erben schriftlich zu benennenden Zahlungsempfänger; mit Auszahlung der Beitragsrückgewähr erlöschen alle Anwartschaften und Rechte dem Versorgungswerk gegenüber;
2. hat das verstorbene Mitglied bereits Berufsunfähigkeitsrente bezogen, so steht das der Beitragsrückgewähr nicht entgegen; die gezahlten Berufsun-

fähigkeitsrenten sind jedoch auf den Zahlbetrag der Beitragsrückgewähr anzurechnen;

3. ein Anspruch auf Beitragsrückgewähr besteht nicht, wenn zur Zeit des Todes kein Testament oder Erbvertrag vorliegt und bei gesetzlicher Erbfolge weder Verwandte noch ein Ehegatte des Mitgliedes vorhanden ist.

(6) Für Mitglieder, die am 31. Dezember 2007 das 62. Lebensjahr bereits vollendet haben und nach diesem Datum in Altersrente gehen, gilt § 41 Nummer 2 entsprechend.

(7) Bei Eintritt einer Berufsunfähigkeit bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres und vor dem Kalenderjahr 2018 für Mitglieder, die unter die Regelungen des Absatz 4 fallen, wird die zum 31. Dezember 2007 festgestellte Anwartschaft auf Berufsunfähigkeitsrente unter Berücksichtigung des nachfolgenden Abschlages gezahlt, sofern diese höher ist als die nach § 16 ermittelte Berufsunfähigkeitsrente. Die nach Satz 1 festgestellte Anwartschaft nimmt erst ab Eintritt der Berufsunfähigkeit an Leistungsveränderungen nach § 33 Absatz 3 und 4 teil. Der Abschlag beträgt

bei Eintritt der Berufsunfähigkeit im Kalenderjahr	2008 =	2	Prozent
	2009 =	4	Prozent
	2010 =	6	Prozent
	2011 =	8	Prozent
	2012 =	10	Prozent
	2013 =	12	Prozent
	2014 =	14	Prozent
	2015 =	16	Prozent
	2016 =	18	Prozent
	2017 =	20	Prozent.

(8) Mitglieder, die nach dem 31. Dezember 2007 heiraten, können für Beiträge, die vor dem 1. Januar 2008 zur Alters- und Berufsunfähigkeitsversorgung entrichtet wurden, durch schriftlichen Antrag bewirken, dass diese so aufgeteilt werden, als wären sie unter dem Geltungsbereich der bis zum 31. Dezember 2007 geltenden Satzung für Alters- und Berufsunfähigkeitsrente sowie Hinterbliebenenversorgung entrichtet worden; der Antrag ist binnen zwölf Monaten nach der Eheschließung zu stellen; der Antrag kann nicht mehr zurückgenommen werden, wenn über ihn durch Bescheid entschieden ist; die sich nach Absatz 1 ergebende Anwartschaftsreduzierung ist dem Mitglied durch Bescheid rechtsverbindlich mitzuteilen.

(9) Im Falle, dass ein Antrag auf Kapitalabfindung zwei Jahre vor Rentenbeginn gestellt wird, wird die aus den bis 31. Dezember 2004 entrichteten Beiträgen ermittelte Altersrente, sofern der Beginn der Rentenzahlung erlebt wird, zu diesem Zeitpunkt durch eine einmalige Zahlung in Höhe des Hundertfachen der sonst aus den Beiträgen bis 31. Dezember 2004 entrichteten Beiträgen nach Absatz 1 zu zahlenden monatlichen Altersrente abgelöst.

§ 43

Freiwillige Höherversorgung

(1) Ansprüche aus Beiträgen, die als freiwillige Höherversorgung nach § 18a der bis zum 31. Dezember 2007 geltenden Satzung entrichtet wurden, bleiben in der unter Anwendung des § 12a der bis zum 31. Dezember 2007 geltenden Satzung zum 31. Dezember 2007 festgestellten Höhe erhalten. § 41 Nummer 3 gilt entsprechend.

(2) Eine weitere Beitragsentrichtung für freiwillige Höherversorgung nach dem in Absatz 1 genannten Zeitpunkt ist nicht möglich.

(3) Die Anwartschaften nach Absatz 1 nehmen an Leistungsveränderungen nach § 33 Absatz 3 und 4 teil.

Teil IX. Schlussbestimmungen

§ 44

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt für Berlin in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin in der Fassung vom 30. November 2019 (veröffentlicht im Amtsblatt für Berlin, Num-

mer 13, Ausgabe vom 20. März 2020, Seite 1709 ff.) mit der Änderung vom 11. November 2023 (veröffentlicht im Amtsblatt für Berlin, Nummer 8, Ausgabe vom 23. Februar 2024, Seite 430 ff.) außer Kraft.

Anlage 1 und 2 auf den Folgeseiten

Anlage 1

1. Die allgemeine Rentenbemessungsgrundlage betrug für das Jahr 2008 und für das folgende Jahr bis zur ersten Festsetzung durch die Vertreterversammlung 1.500,00 EUR.
2. Für die folgenden Jahre ergeben sich aufgrund der Festsetzungen durch die Vertreterversammlung folgende Werte:

Ab 2010:	1.500,00 EUR
Ab 2012:	1.544,11 EUR
Ab 2015:	1.620,40 EUR
Ab 2018:	1.668,04 EUR
Ab 2020:	1.748,94 EUR
Ab 2021:	1.783,41 EUR
Ab 2023:	1.855,64 EUR

Anlage 2

Geburts-
jahrgang

Eintrittsalter

	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43
1939	6,152	6,039	5,928	5,819	5,713	5,609	5,507	5,408	5,310	5,215	5,123	5,032	4,944	4,857	4,773	4,690	4,609	4,530	4,453	4,378	4,304	4,232	4,161	4,093
1940	6,129	6,016	5,905	5,797	5,691	5,588	5,487	5,387	5,291	5,196	5,104	5,013	4,925	4,839	4,755	4,673	4,592	4,513	4,437	4,361	4,288	4,216	4,146	4,078
1941	6,106	5,993	5,883	5,776	5,670	5,567	5,466	5,368	5,271	5,177	5,085	4,995	4,907	4,822	4,738	4,656	4,575	4,497	4,421	4,346	4,273	4,201	4,131	4,063
1942	6,083	5,971	5,862	5,755	5,650	5,547	5,447	5,348	5,252	5,158	5,067	4,977	4,890	4,804	4,721	4,639	4,559	4,481	4,405	4,330	4,257	4,186	4,117	4,049
1943	6,062	5,950	5,841	5,734	5,629	5,527	5,427	5,329	5,234	5,140	5,049	4,960	4,873	4,787	4,704	4,623	4,543	4,465	4,389	4,315	4,243	4,172	4,102	4,035
1944	6,040	5,929	5,820	5,714	5,610	5,508	5,408	5,311	5,215	5,122	5,031	4,943	4,856	4,771	4,688	4,607	4,528	4,450	4,374	4,300	4,228	4,157	4,088	4,021
1945	6,019	5,908	5,800	5,694	5,590	5,489	5,390	5,293	5,198	5,105	5,014	4,926	4,839	4,755	4,672	4,591	4,512	4,435	4,360	4,286	4,214	4,143	4,075	4,007
1946	5,998	5,888	5,780	5,675	5,571	5,470	5,371	5,275	5,180	5,088	4,997	4,909	4,823	4,739	4,656	4,576	4,497	4,420	4,345	4,272	4,200	4,130	4,061	3,994
1947	5,978	5,868	5,761	5,656	5,553	5,452	5,354	5,257	5,163	5,071	4,981	4,893	4,807	4,723	4,641	4,561	4,483	4,406	4,331	4,258	4,186	4,116	4,048	3,981
1948	5,958	5,849	5,742	5,637	5,534	5,434	5,336	5,240	5,146	5,054	4,965	4,877	4,792	4,708	4,626	4,546	4,468	4,392	4,317	4,244	4,173	4,103	4,035	3,968
1949	5,939	5,830	5,723	5,619	5,516	5,417	5,319	5,223	5,130	5,038	4,949	4,862	4,776	4,693	4,612	4,532	4,454	4,378	4,303	4,231	4,160	4,090	4,022	3,956
1950	5,920	5,811	5,705	5,601	5,499	5,399	5,302	5,207	5,113	5,022	4,933	4,846	4,761	4,678	4,597	4,518	4,440	4,364	4,290	4,217	4,147	4,077	4,010	3,944
1951	5,901	5,793	5,687	5,583	5,482	5,382	5,285	5,190	5,097	5,007	4,918	4,831	4,747	4,664	4,583	4,504	4,426	4,351	4,277	4,205	4,134	4,065	3,998	3,932
1952	5,882	5,775	5,669	5,566	5,465	5,366	5,269	5,174	5,082	4,991	4,903	4,817	4,732	4,650	4,569	4,490	4,413	4,338	4,264	4,192	4,122	4,053	3,986	3,920
1953	5,864	5,757	5,652	5,549	5,448	5,349	5,253	5,159	5,066	4,976	4,888	4,802	4,718	4,636	4,555	4,477	4,400	4,325	4,251	4,179	4,109	4,041	3,974	3,908
1954	5,847	5,739	5,634	5,532	5,432	5,333	5,237	5,143	5,051	4,961	4,874	4,788	4,704	4,622	4,542	4,463	4,387	4,312	4,239	4,167	4,097	4,029	3,962	3,897
1955	5,829	5,722	5,618	5,515	5,415	5,318	5,222	5,128	5,036	4,947	4,859	4,774	4,690	4,608	4,529	4,450	4,374	4,299	4,226	4,155	4,085	4,017	3,951	3,886
1956	5,812	5,705	5,601	5,499	5,400	5,302	5,207	5,113	5,022	4,933	4,845	4,760	4,677	4,595	4,515	4,438	4,361	4,287	4,214	4,143	4,074	4,006	3,939	3,874
1957	5,795	5,689	5,585	5,483	5,384	5,287	5,192	5,098	5,007	4,918	4,831	4,746	4,663	4,582	4,503	4,425	4,349	4,275	4,202	4,131	4,062	3,994	3,928	3,864
1958	5,778	5,672	5,569	5,468	5,369	5,272	5,177	5,084	4,993	4,904	4,818	4,733	4,650	4,569	4,490	4,413	4,337	4,263	4,191	4,120	4,051	3,983	3,917	3,853
1959	5,762	5,656	5,553	5,452	5,353	5,257	5,162	5,070	4,979	4,891	4,804	4,720	4,637	4,557	4,478	4,400	4,325	4,251	4,179	4,109	4,040	3,972	3,907	3,842
1960	5,745	5,640	5,537	5,437	5,338	5,242	5,148	5,056	4,965	4,877	4,791	4,707	4,625	4,544	4,465	4,388	4,313	4,239	4,168	4,097	4,029	3,962	3,896	3,832
1961	5,730	5,625	5,522	5,422	5,324	5,228	5,134	5,042	4,952	4,864	4,778	4,694	4,612	4,532	4,453	4,376	4,301	4,228	4,156	4,086	4,018	3,951	3,886	3,822
1962	5,714	5,609	5,507	5,407	5,309	5,214	5,120	5,028	4,939	4,851	4,765	4,682	4,600	4,520	4,441	4,365	4,290	4,217	4,145	4,075	4,007	3,940	3,875	3,811
1963	5,698	5,594	5,492	5,393	5,295	5,200	5,106	5,015	4,925	4,838	4,753	4,669	4,587	4,508	4,430	4,353	4,279	4,206	4,134	4,065	3,997	3,930	3,865	3,801
1964	5,683	5,579	5,478	5,378	5,281	5,186	5,093	5,002	4,912	4,825	4,740	4,657	4,575	4,496	4,418	4,342	4,268	4,195	4,124	4,054	3,986	3,920	3,855	3,792
1965	5,668	5,565	5,463	5,364	5,267	5,172	5,079	4,989	4,900	4,813	4,728	4,645	4,564	4,484	4,407	4,331	4,257	4,184	4,113	4,044	3,976	3,910	3,845	3,782
1966	5,653	5,550	5,449	5,350	5,253	5,159	5,066	4,976	4,887	4,800	4,716	4,633	4,552	4,473	4,395	4,320	4,246	4,173	4,103	4,034	3,966	3,900	3,835	3,772
1967	5,639	5,536	5,435	5,336	5,240	5,146	5,053	4,963	4,875	4,788	4,704	4,621	4,540	4,462	4,384	4,309	4,235	4,163	4,092	4,023	3,956	3,890	3,826	3,763
1968	5,624	5,522	5,421	5,323	5,227	5,133	5,041	4,951	4,862	4,776	4,692	4,610	4,529	4,450	4,373	4,298	4,224	4,152	4,082	4,013	3,946	3,881	3,816	3,754
1969	5,610	5,508	5,408	5,310	5,214	5,120	5,028	4,938	4,850	4,764	4,680	4,598	4,518	4,439	4,363	4,287	4,214	4,142	4,072	4,004	3,937	3,871	3,807	3,744
1970	5,596	5,494	5,394	5,296	5,201	5,107	5,016	4,926	4,838	4,753	4,669	4,587	4,507	4,429	4,352	4,277	4,204	4,132	4,062	3,994	3,927	3,862	3,798	3,735

Anlage 2

Geburts-
jahrgang

Eintrittsalter

	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43
1971	5,582	5,480	5,381	5,283	5,188	5,095	5,003	4,914	4,827	4,741	4,658	4,576	4,496	4,418	4,341	4,267	4,194	4,122	4,052	3,984	3,918	3,852	3,789	3,726
1972	5,569	5,467	5,368	5,271	5,175	5,082	4,991	4,902	4,815	4,730	4,646	4,565	4,485	4,407	4,331	4,257	4,184	4,112	4,043	3,975	3,908	3,843	3,780	3,718
1973	5,555	5,454	5,355	5,258	5,163	5,070	4,979	4,891	4,804	4,719	4,635	4,554	4,475	4,397	4,321	4,247	4,174	4,103	4,033	3,965	3,899	3,834	3,771	3,709
1974	5,542	5,441	5,342	5,245	5,151	5,058	4,968	4,879	4,792	4,707	4,625	4,543	4,464	4,387	4,311	4,237	4,164	4,093	4,024	3,956	3,890	3,825	3,762	3,700
1975	5,529	5,428	5,330	5,233	5,139	5,046	4,956	4,868	4,781	4,697	4,614	4,533	4,454	4,377	4,301	4,227	4,155	4,084	4,015	3,947	3,881	3,817	3,753	3,692
1976	5,516	5,416	5,317	5,221	5,127	5,035	4,945	4,856	4,770	4,686	4,603	4,523	4,444	4,367	4,291	4,217	4,145	4,074	4,006	3,938	3,872	3,808	3,745	3,683
1977	5,503	5,403	5,305	5,209	5,115	5,023	4,933	4,845	4,759	4,675	4,593	4,512	4,434	4,357	4,281	4,208	4,136	4,065	3,997	3,929	3,864	3,799	3,737	3,675
1978	5,491	5,391	5,293	5,197	5,104	5,012	4,922	4,834	4,749	4,665	4,583	4,502	4,424	4,347	4,272	4,198	4,126	4,056	3,988	3,921	3,855	3,791	3,728	3,667
1979	5,478	5,379	5,281	5,186	5,092	5,001	4,911	4,824	4,738	4,654	4,572	4,492	4,414	4,337	4,262	4,189	4,117	4,047	3,979	3,912	3,846	3,783	3,720	3,659
1980	5,466	5,367	5,269	5,174	5,081	4,990	4,900	4,813	4,728	4,644	4,562	4,482	4,404	4,328	4,253	4,180	4,108	4,038	3,970	3,903	3,838	3,774	3,712	3,651
1981	5,454	5,355	5,258	5,163	5,070	4,979	4,890	4,803	4,717	4,634	4,552	4,473	4,395	4,318	4,244	4,171	4,099	4,030	3,962	3,895	3,830	3,766	3,704	3,643
1982	5,442	5,343	5,246	5,152	5,059	4,968	4,879	4,792	4,707	4,624	4,543	4,463	4,385	4,309	4,235	4,162	4,091	4,021	3,953	3,887	3,822	3,758	3,696	3,635
1983	5,430	5,332	5,235	5,140	5,048	4,957	4,869	4,782	4,697	4,614	4,533	4,454	4,376	4,300	4,226	4,153	4,082	4,013	3,945	3,878	3,814	3,750	3,688	3,628
1984	5,419	5,320	5,224	5,130	5,037	4,947	4,858	4,772	4,687	4,604	4,523	4,444	4,367	4,291	4,217	4,144	4,073	4,004	3,936	3,870	3,806	3,742	3,681	3,620
1985	5,407	5,309	5,213	5,119	5,027	4,936	4,848	4,762	4,677	4,595	4,514	4,435	4,358	4,282	4,208	4,136	4,065	3,996	3,928	3,862	3,798	3,735	3,673	3,613
1986	5,396	5,298	5,202	5,108	5,016	4,926	4,838	4,752	4,668	4,585	4,505	4,426	4,349	4,273	4,199	4,127	4,057	3,988	3,920	3,854	3,790	3,727	3,665	3,605
1987	5,385	5,287	5,191	5,098	5,006	4,916	4,828	4,742	4,658	4,576	4,495	4,417	4,340	4,265	4,191	4,119	4,048	3,980	3,912	3,847	3,782	3,719	3,658	3,598
1988	5,374	5,276	5,181	5,087	4,996	4,906	4,818	4,733	4,649	4,567	4,486	4,408	4,331	4,256	4,182	4,111	4,040	3,972	3,904	3,839	3,775	3,712	3,651	3,591
1989	5,363	5,266	5,170	5,077	4,986	4,896	4,809	4,723	4,639	4,557	4,477	4,399	4,322	4,247	4,174	4,102	4,032	3,964	3,897	3,831	3,767	3,705	3,643	3,584
1990	5,352	5,255	5,160	5,067	4,976	4,886	4,799	4,714	4,630	4,548	4,469	4,390	4,314	4,239	4,166	4,094	4,024	3,956	3,889	3,824	3,760	3,697	3,636	3,577
1991	5,342	5,245	5,150	5,057	4,966	4,877	4,790	4,704	4,621	4,540	4,460	4,382	4,305	4,231	4,158	4,086	4,016	3,948	3,881	3,816	3,753	3,690	3,629	3,570
1992	5,331	5,234	5,140	5,047	4,956	4,867	4,780	4,695	4,612	4,531	4,451	4,373	4,297	4,223	4,150	4,078	4,009	3,941	3,874	3,809	3,745	3,683	3,622	3,563
1993	5,321	5,224	5,130	5,037	4,946	4,858	4,771	4,686	4,603	4,522	4,443	4,365	4,289	4,214	4,142	4,071	4,001	3,933	3,867	3,802	3,738	3,676	3,615	3,556
1994	5,311	5,214	5,120	5,027	4,937	4,849	4,762	4,677	4,594	4,513	4,434	4,357	4,281	4,206	4,134	4,063	3,993	3,926	3,859	3,794	3,731	3,669	3,609	3,549
1995	5,300	5,204	5,110	5,018	4,928	4,839	4,753	4,668	4,586	4,505	4,426	4,348	4,273	4,199	4,126	4,055	3,986	3,918	3,852	3,787	3,724	3,662	3,602	3,543
1996	5,290	5,194	5,100	5,008	4,918	4,830	4,744	4,660	4,577	4,496	4,418	4,340	4,265	4,191	4,118	4,048	3,979	3,911	3,845	3,780	3,717	3,656	3,595	3,536
1997	5,281	5,185	5,091	4,999	4,909	4,821	4,735	4,651	4,569	4,488	4,409	4,332	4,257	4,183	4,111	4,040	3,971	3,904	3,838	3,773	3,710	3,649	3,589	3,530
1998	5,271	5,175	5,081	4,990	4,900	4,812	4,727	4,643	4,560	4,480	4,401	4,324	4,249	4,175	4,103	4,033	3,964	3,897	3,831	3,767	3,704	3,642	3,582	3,523
1999	5,261	5,166	5,072	4,981	4,891	4,804	4,718	4,634	4,552	4,472	4,393	4,317	4,241	4,168	4,096	4,026	3,957	3,890	3,824	3,760	3,697	3,636	3,576	3,517
2000	5,252	5,156	5,063	4,972	4,882	4,795	4,710	4,626	4,544	4,464	4,385	4,309	4,234	4,160	4,089	4,018	3,950	3,883	3,817	3,753	3,690	3,629	3,569	3,511
2001	5,242	5,147	5,054	4,963	4,874	4,786	4,701	4,618	4,536	4,456	4,378	4,301	4,226	4,153	4,081	4,011	3,943	3,876	3,810	3,746	3,684	3,623	3,563	3,504
2002	5,233	5,138	5,045	4,954	4,865	4,778	4,693	4,609	4,528	4,448	4,370	4,294	4,219	4,146	4,074	4,004	3,936	3,869	3,804	3,740	3,677	3,616	3,557	3,498

Anlage 2

Geburts-
jahrgang
Eintrittsalter

	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43
2003	5,224	5,129	5,036	4,945	4,857	4,770	4,685	4,601	4,520	4,440	4,362	4,286	4,212	4,139	4,067	3,997	3,929	3,862	3,797	3,733	3,671	3,610	3,551	3,492
2004	5,214	5,120	5,027	4,937	4,848	4,761	4,676	4,593	4,512	4,433	4,355	4,279	4,204	4,131	4,060	3,991	3,922	3,856	3,791	3,727	3,665	3,604	3,545	3,486
2005	5,205	5,111	5,019	4,928	4,840	4,753	4,668	4,586	4,504	4,425	4,347	4,271	4,197	4,124	4,053	3,984	3,916	3,849	3,784	3,721	3,659	3,598	3,538	3,480
2006	5,197	5,102	5,010	4,920	4,831	4,745	4,660	4,578	4,497	4,417	4,340	4,264	4,190	4,117	4,046	3,977	3,909	3,843	3,778	3,714	3,652	3,592	3,533	3,475
2007	5,188	5,094	5,002	4,911	4,823	4,737	4,653	4,570	4,489	4,410	4,333	4,257	4,183	4,111	4,040	3,970	3,903	3,836	3,772	3,708	3,646	3,586	3,527	3,469
2008	5,179	5,085	4,993	4,903	4,815	4,729	4,645	4,562	4,482	4,403	4,325	4,250	4,176	4,104	4,033	3,964	3,896	3,830	3,765	3,702	3,640	3,580	3,521	3,463
2009	5,170	5,077	4,985	4,895	4,807	4,721	4,637	4,555	4,474	4,395	4,318	4,243	4,169	4,097	4,026	3,957	3,890	3,824	3,759	3,696	3,634	3,574	3,515	3,457
2010	5,162	5,068	4,977	4,887	4,799	4,714	4,630	4,547	4,467	4,388	4,311	4,236	4,162	4,090	4,020	3,951	3,883	3,817	3,753	3,690	3,628	3,568	3,509	3,452
2011	5,153	5,060	4,969	4,879	4,792	4,706	4,622	4,540	4,460	4,381	4,304	4,229	4,156	4,084	4,013	3,944	3,877	3,811	3,747	3,684	3,623	3,562	3,504	3,446
2012	5,145	5,052	4,961	4,871	4,784	4,698	4,615	4,533	4,453	4,374	4,297	4,222	4,149	4,077	4,007	3,938	3,871	3,805	3,741	3,678	3,617	3,557	3,498	3,441
2013	5,137	5,044	4,953	4,863	4,776	4,691	4,607	4,525	4,445	4,367	4,291	4,216	4,142	4,071	4,000	3,932	3,865	3,799	3,735	3,672	3,611	3,551	3,493	3,435
2014	5,129	5,036	4,945	4,856	4,769	4,683	4,600	4,518	4,438	4,360	4,284	4,209	4,136	4,064	3,994	3,926	3,859	3,793	3,729	3,667	3,605	3,546	3,487	3,430
2015	5,121	5,028	4,937	4,848	4,761	4,676	4,593	4,511	4,431	4,353	4,277	4,202	4,129	4,058	3,988	3,920	3,853	3,787	3,723	3,661	3,600	3,540	3,482	3,425
2016	5,113	5,020	4,929	4,840	4,754	4,669	4,586	4,504	4,425	4,347	4,270	4,196	4,123	4,052	3,982	3,913	3,847	3,781	3,718	3,655	3,594	3,535	3,476	3,419
2017	5,105	5,012	4,922	4,833	4,746	4,661	4,578	4,497	4,418	4,340	4,264	4,189	4,117	4,045	3,976	3,907	3,841	3,776	3,712	3,650	3,589	3,529	3,471	3,414
2018	5,097	5,004	4,914	4,826	4,739	4,654	4,571	4,490	4,411	4,333	4,257	4,183	4,110	4,039	3,970	3,902	3,835	3,770	3,706	3,644	3,583	3,524	3,466	3,409
2019	5,089	4,997	4,907	4,818	4,732	4,647	4,565	4,484	4,404	4,327	4,251	4,177	4,104	4,033	3,964	3,896	3,829	3,764	3,701	3,639	3,578	3,519	3,461	3,404
2020	5,081	4,989	4,899	4,811	4,725	4,640	4,558	4,477	4,398	4,320	4,245	4,170	4,098	4,027	3,958	3,890	3,823	3,759	3,695	3,633	3,573	3,513	3,455	3,399
2021	5,074	4,982	4,892	4,804	4,718	4,633	4,551	4,470	4,391	4,314	4,238	4,164	4,092	4,021	3,952	3,884	3,818	3,753	3,690	3,628	3,567	3,508	3,450	3,394
2022	5,066	4,974	4,885	4,797	4,711	4,627	4,544	4,464	4,385	4,308	4,232	4,158	4,086	4,015	3,946	3,878	3,812	3,748	3,684	3,622	3,562	3,503	3,445	3,389
2023	5,059	4,967	4,877	4,790	4,704	4,620	4,538	4,457	4,378	4,301	4,226	4,152	4,080	4,009	3,940	3,873	3,807	3,742	3,679	3,617	3,557	3,498	3,440	3,384
2024	5,051	4,960	4,870	4,783	4,697	4,613	4,531	4,451	4,372	4,295	4,220	4,146	4,074	4,004	3,935	3,867	3,801	3,737	3,674	3,612	3,552	3,493	3,435	3,379
2025	5,044	4,953	4,863	4,776	4,690	4,606	4,524	4,444	4,366	4,289	4,214	4,140	4,068	3,998	3,929	3,862	3,796	3,731	3,668	3,607	3,547	3,488	3,430	3,374

Anlage 2

Geburts-
jahrgang

Eintrittsalter

	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67
1939	4.025	3.959	3.895	3.832	3.770	3.710	3.651	3.593	3.537	3.482	3.428	3.376	3.324	3.273	3.223	3.172	3.121	3.074	3.027	2.982	2.936	2.891	2.847	2.776
1940	4.011	3.945	3.881	3.818	3.757	3.697	3.638	3.580	3.524	3.470	3.416	3.364	3.312	3.262	3.211	3.161	3.110	3.063	3.017	2.971	2.926	2.882	2.837	2.767
1941	3.996	3.931	3.867	3.804	3.743	3.683	3.625	3.568	3.512	3.457	3.404	3.352	3.301	3.250	3.200	3.150	3.099	3.052	3.007	2.961	2.916	2.872	2.828	2.758
1942	3.982	3.917	3.853	3.791	3.730	3.670	3.612	3.555	3.500	3.445	3.392	3.340	3.289	3.239	3.189	3.139	3.088	3.042	2.996	2.951	2.907	2.863	2.819	2.749
1943	3.968	3.903	3.840	3.778	3.717	3.658	3.600	3.543	3.488	3.433	3.380	3.329	3.278	3.228	3.179	3.129	3.078	3.032	2.987	2.942	2.897	2.853	2.810	2.741
1944	3.955	3.890	3.827	3.765	3.704	3.645	3.588	3.531	3.476	3.422	3.369	3.318	3.267	3.217	3.168	3.119	3.068	3.022	2.977	2.932	2.888	2.844	2.801	2.732
1945	3.941	3.877	3.814	3.752	3.692	3.633	3.576	3.519	3.464	3.411	3.358	3.307	3.256	3.207	3.158	3.108	3.058	3.013	2.968	2.923	2.879	2.835	2.792	2.724
1946	3.928	3.864	3.801	3.740	3.680	3.621	3.564	3.508	3.453	3.399	3.347	3.296	3.246	3.197	3.148	3.099	3.049	3.003	2.958	2.914	2.870	2.827	2.784	2.716
1947	3.916	3.852	3.789	3.728	3.668	3.610	3.552	3.497	3.442	3.389	3.336	3.285	3.236	3.186	3.138	3.089	3.039	2.994	2.949	2.905	2.861	2.818	2.775	2.708
1948	3.903	3.839	3.777	3.716	3.656	3.598	3.541	3.485	3.431	3.378	3.326	3.275	3.225	3.177	3.128	3.079	3.030	2.985	2.940	2.896	2.853	2.810	2.767	2.700
1949	3.891	3.827	3.765	3.705	3.645	3.587	3.530	3.475	3.420	3.367	3.316	3.265	3.216	3.167	3.118	3.070	3.021	2.976	2.931	2.888	2.844	2.802	2.759	2.692
1950	3.879	3.816	3.754	3.693	3.634	3.576	3.519	3.464	3.410	3.357	3.306	3.255	3.206	3.157	3.109	3.061	3.012	2.967	2.923	2.879	2.836	2.794	2.751	2.685
1951	3.867	3.804	3.742	3.682	3.623	3.565	3.509	3.454	3.400	3.347	3.296	3.245	3.196	3.148	3.100	3.052	3.003	2.958	2.914	2.871	2.828	2.786	2.744	2.677
1952	3.856	3.793	3.731	3.671	3.612	3.554	3.498	3.443	3.390	3.337	3.286	3.236	3.187	3.139	3.091	3.043	2.994	2.950	2.906	2.863	2.820	2.778	2.736	2.670
1953	3.844	3.781	3.720	3.660	3.601	3.544	3.488	3.433	3.380	3.327	3.276	3.226	3.178	3.130	3.082	3.034	2.986	2.941	2.898	2.855	2.812	2.770	2.728	2.663
1954	3.833	3.770	3.709	3.649	3.591	3.534	3.478	3.423	3.370	3.318	3.267	3.217	3.168	3.121	3.073	3.026	2.977	2.933	2.890	2.847	2.804	2.762	2.721	2.655
1955	3.822	3.759	3.699	3.639	3.581	3.524	3.468	3.413	3.360	3.308	3.258	3.208	3.159	3.112	3.064	3.017	2.969	2.925	2.882	2.839	2.797	2.755	2.713	2.648
1956	3.811	3.749	3.688	3.629	3.570	3.514	3.458	3.404	3.351	3.299	3.248	3.199	3.151	3.103	3.056	3.009	2.961	2.917	2.874	2.831	2.789	2.748	2.706	2.641
1957	3.800	3.738	3.678	3.618	3.560	3.504	3.448	3.394	3.341	3.290	3.239	3.190	3.142	3.095	3.048	3.001	2.953	2.909	2.866	2.824	2.782	2.740	2.699	2.634
1958	3.790	3.728	3.667	3.608	3.551	3.494	3.439	3.385	3.332	3.281	3.230	3.181	3.133	3.086	3.039	2.992	2.945	2.901	2.859	2.816	2.774	2.733	2.692	2.628
1959	3.779	3.718	3.657	3.598	3.541	3.484	3.429	3.376	3.323	3.272	3.222	3.173	3.125	3.078	3.031	2.984	2.937	2.894	2.851	2.809	2.767	2.726	2.685	2.621
1960	3.769	3.708	3.648	3.589	3.531	3.475	3.420	3.366	3.314	3.263	3.213	3.164	3.117	3.070	3.023	2.977	2.929	2.886	2.844	2.802	2.760	2.719	2.678	2.614
1961	3.759	3.698	3.638	3.579	3.522	3.466	3.411	3.358	3.305	3.254	3.205	3.156	3.108	3.061	3.015	2.969	2.922	2.879	2.836	2.794	2.753	2.712	2.671	2.608
1962	3.749	3.688	3.628	3.570	3.513	3.457	3.402	3.349	3.297	3.246	3.196	3.148	3.100	3.054	3.007	2.961	2.914	2.871	2.829	2.787	2.746	2.705	2.665	2.601
1963	3.739	3.678	3.619	3.560	3.503	3.448	3.393	3.340	3.288	3.237	3.188	3.139	3.092	3.046	3.000	2.954	2.907	2.864	2.822	2.780	2.739	2.698	2.658	2.595
1964	3.730	3.669	3.609	3.551	3.494	3.439	3.384	3.331	3.280	3.229	3.180	3.131	3.084	3.038	2.992	2.946	2.899	2.857	2.815	2.773	2.732	2.692	2.652	2.589
1965	3.720	3.659	3.600	3.542	3.485	3.430	3.376	3.323	3.271	3.221	3.172	3.124	3.076	3.030	2.984	2.939	2.892	2.850	2.808	2.766	2.726	2.685	2.645	2.582
1966	3.711	3.650	3.591	3.533	3.477	3.421	3.367	3.315	3.263	3.213	3.164	3.116	3.069	3.023	2.977	2.931	2.885	2.843	2.801	2.760	2.719	2.679	2.639	2.576
1967	3.701	3.641	3.582	3.524	3.468	3.413	3.359	3.306	3.255	3.205	3.156	3.108	3.061	3.015	2.970	2.924	2.878	2.836	2.794	2.753	2.713	2.672	2.633	2.570
1968	3.692	3.632	3.573	3.516	3.459	3.404	3.351	3.298	3.247	3.197	3.148	3.100	3.054	3.008	2.963	2.917	2.871	2.829	2.787	2.747	2.706	2.666	2.626	2.564
1969	3.683	3.623	3.564	3.507	3.451	3.396	3.342	3.290	3.239	3.189	3.140	3.093	3.046	3.001	2.955	2.910	2.864	2.822	2.781	2.740	2.700	2.660	2.620	2.558
1970	3.674	3.614	3.556	3.499	3.443	3.388	3.334	3.282	3.231	3.181	3.133	3.085	3.039	2.993	2.948	2.903	2.857	2.816	2.774	2.734	2.693	2.654	2.614	2.553

Anlage 2

Geburts-
jahrgang

Eintrittsalter

	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67
1971	3.665	3.606	3.547	3.490	3.434	3.380	3.326	3.274	3.223	3.174	3.125	3.078	3.032	2.986	2.941	2.896	2.851	2.809	2.768	2.727	2.687	2.648	2.608	2.547
1972	3.657	3.597	3.539	3.482	3.426	3.372	3.319	3.267	3.216	3.166	3.118	3.071	3.025	2.979	2.935	2.890	2.844	2.803	2.762	2.721	2.681	2.642	2.602	2.541
1973	3.648	3.589	3.531	3.474	3.418	3.364	3.311	3.259	3.208	3.159	3.111	3.064	3.018	2.973	2.928	2.883	2.838	2.796	2.755	2.715	2.675	2.636	2.597	2.536
1974	3.640	3.580	3.522	3.466	3.410	3.356	3.303	3.251	3.201	3.152	3.104	3.057	3.011	2.966	2.921	2.877	2.831	2.790	2.749	2.709	2.669	2.630	2.591	2.530
1975	3.631	3.572	3.514	3.458	3.403	3.348	3.296	3.244	3.194	3.145	3.097	3.050	3.004	2.959	2.915	2.870	2.825	2.784	2.743	2.703	2.663	2.624	2.585	2.525
1976	3.623	3.564	3.506	3.450	3.395	3.341	3.288	3.237	3.187	3.137	3.090	3.043	2.997	2.952	2.908	2.864	2.819	2.777	2.737	2.697	2.657	2.618	2.580	2.519
1977	3.615	3.556	3.499	3.442	3.387	3.333	3.281	3.230	3.179	3.131	3.083	3.036	2.991	2.946	2.902	2.857	2.812	2.771	2.731	2.691	2.652	2.613	2.574	2.514
1978	3.607	3.548	3.491	3.435	3.380	3.326	3.274	3.222	3.172	3.124	3.076	3.030	2.984	2.939	2.895	2.851	2.806	2.765	2.725	2.685	2.646	2.607	2.569	2.509
1979	3.599	3.540	3.483	3.427	3.372	3.319	3.266	3.215	3.165	3.117	3.069	3.023	2.978	2.933	2.889	2.845	2.800	2.760	2.720	2.680	2.640	2.602	2.563	2.503
1980	3.591	3.533	3.476	3.420	3.365	3.312	3.259	3.208	3.159	3.110	3.063	3.016	2.971	2.927	2.883	2.839	2.794	2.754	2.714	2.674	2.635	2.596	2.558	2.498
1981	3.583	3.525	3.468	3.412	3.358	3.304	3.252	3.202	3.152	3.103	3.056	3.010	2.965	2.921	2.877	2.833	2.788	2.748	2.708	2.668	2.629	2.591	2.553	2.493
1982	3.576	3.518	3.461	3.405	3.351	3.297	3.245	3.195	3.145	3.097	3.050	3.004	2.959	2.914	2.871	2.827	2.783	2.742	2.702	2.663	2.624	2.586	2.548	2.488
1983	3.568	3.510	3.454	3.398	3.344	3.291	3.239	3.188	3.139	3.090	3.043	2.997	2.952	2.908	2.865	2.821	2.777	2.737	2.697	2.658	2.619	2.580	2.542	2.483
1984	3.561	3.503	3.446	3.391	3.337	3.284	3.232	3.181	3.132	3.084	3.037	2.991	2.946	2.902	2.859	2.815	2.771	2.731	2.691	2.652	2.613	2.575	2.537	2.478
1985	3.554	3.496	3.439	3.384	3.330	3.277	3.225	3.175	3.126	3.078	3.031	2.985	2.940	2.896	2.853	2.810	2.766	2.725	2.686	2.647	2.608	2.570	2.532	2.473
1986	3.546	3.489	3.432	3.377	3.323	3.270	3.219	3.168	3.119	3.071	3.025	2.979	2.934	2.891	2.847	2.804	2.760	2.720	2.681	2.642	2.603	2.565	2.527	2.469
1987	3.539	3.482	3.425	3.370	3.316	3.264	3.212	3.162	3.113	3.065	3.019	2.973	2.929	2.885	2.842	2.799	2.755	2.715	2.675	2.636	2.598	2.560	2.522	2.464
1988	3.532	3.475	3.418	3.363	3.310	3.257	3.206	3.156	3.107	3.059	3.013	2.967	2.923	2.879	2.836	2.793	2.749	2.709	2.670	2.631	2.593	2.555	2.518	2.459
1989	3.525	3.468	3.412	3.357	3.303	3.251	3.200	3.150	3.101	3.053	3.007	2.961	2.917	2.874	2.831	2.788	2.744	2.704	2.665	2.626	2.588	2.550	2.513	2.454
1990	3.518	3.461	3.405	3.350	3.297	3.244	3.193	3.143	3.095	3.047	3.001	2.956	2.911	2.868	2.825	2.782	2.739	2.699	2.660	2.621	2.583	2.545	2.508	2.450
1991	3.511	3.454	3.398	3.344	3.290	3.238	3.187	3.137	3.089	3.041	2.995	2.950	2.906	2.862	2.820	2.777	2.733	2.694	2.655	2.616	2.578	2.541	2.503	2.445
1992	3.505	3.448	3.392	3.337	3.284	3.232	3.181	3.131	3.083	3.035	2.989	2.944	2.900	2.857	2.814	2.772	2.728	2.689	2.650	2.611	2.573	2.536	2.499	2.441
1993	3.498	3.441	3.385	3.331	3.278	3.226	3.175	3.125	3.077	3.030	2.984	2.939	2.895	2.852	2.809	2.766	2.723	2.684	2.645	2.607	2.569	2.531	2.494	2.436
1994	3.491	3.435	3.379	3.325	3.272	3.220	3.169	3.119	3.071	3.024	2.978	2.933	2.889	2.846	2.804	2.761	2.718	2.679	2.640	2.602	2.564	2.527	2.490	2.432
1995	3.485	3.428	3.373	3.319	3.266	3.214	3.163	3.114	3.066	3.018	2.973	2.928	2.884	2.841	2.799	2.756	2.713	2.674	2.635	2.597	2.559	2.522	2.485	2.428
1996	3.478	3.422	3.367	3.312	3.259	3.208	3.157	3.108	3.060	3.013	2.967	2.922	2.879	2.836	2.794	2.751	2.708	2.669	2.630	2.592	2.555	2.518	2.481	2.423
1997	3.472	3.416	3.360	3.306	3.254	3.202	3.151	3.102	3.054	3.007	2.962	2.917	2.873	2.831	2.788	2.746	2.703	2.664	2.626	2.588	2.550	2.513	2.476	2.419
1998	3.466	3.409	3.354	3.300	3.248	3.196	3.146	3.097	3.049	3.002	2.956	2.912	2.868	2.826	2.783	2.741	2.699	2.659	2.621	2.583	2.546	2.509	2.472	2.415
1999	3.459	3.403	3.348	3.294	3.242	3.190	3.140	3.091	3.043	2.997	2.951	2.907	2.863	2.821	2.779	2.736	2.694	2.655	2.616	2.579	2.541	2.504	2.468	2.411
2000	3.453	3.397	3.342	3.289	3.236	3.185	3.135	3.086	3.038	2.991	2.946	2.901	2.858	2.816	2.774	2.732	2.689	2.650	2.612	2.574	2.537	2.500	2.463	2.407
2001	3.447	3.391	3.336	3.283	3.230	3.179	3.129	3.080	3.033	2.986	2.941	2.896	2.853	2.811	2.769	2.727	2.684	2.646	2.607	2.570	2.532	2.496	2.459	2.403
2002	3.441	3.385	3.331	3.277	3.225	3.174	3.124	3.075	3.027	2.981	2.936	2.891	2.848	2.806	2.764	2.722	2.680	2.641	2.603	2.565	2.528	2.491	2.455	2.399

Anlage 2

Geburts-
jahrgang

Eintrittsalter

	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67
2003	3.435	3.379	3.325	3.271	3.219	3.168	3.118	3.070	3.022	2.976	2.930	2.886	2.843	2.801	2.759	2.718	2.675	2.637	2.599	2.561	2.524	2.487	2.451	2.395
2004	3.429	3.374	3.319	3.266	3.214	3.163	3.113	3.064	3.017	2.971	2.925	2.881	2.838	2.796	2.755	2.713	2.671	2.632	2.594	2.557	2.520	2.483	2.447	2.391
2005	3.424	3.368	3.314	3.260	3.208	3.157	3.108	3.059	3.012	2.966	2.921	2.877	2.834	2.792	2.750	2.708	2.666	2.628	2.590	2.552	2.516	2.479	2.443	2.387
2006	3.418	3.362	3.308	3.255	3.203	3.152	3.102	3.054	3.007	2.961	2.916	2.872	2.829	2.787	2.745	2.704	2.662	2.623	2.586	2.548	2.511	2.475	2.439	2.383
2007	3.412	3.357	3.302	3.249	3.197	3.147	3.097	3.049	3.002	2.956	2.911	2.867	2.824	2.782	2.741	2.699	2.657	2.619	2.581	2.544	2.507	2.471	2.435	2.379
2008	3.406	3.351	3.297	3.244	3.192	3.142	3.092	3.044	2.997	2.951	2.906	2.862	2.820	2.778	2.736	2.695	2.653	2.615	2.577	2.540	2.503	2.467	2.431	2.375
2009	3.401	3.346	3.292	3.239	3.187	3.136	3.087	3.039	2.992	2.946	2.901	2.858	2.815	2.773	2.732	2.691	2.649	2.611	2.573	2.536	2.499	2.463	2.427	2.371
2010	3.395	3.340	3.286	3.233	3.182	3.131	3.082	3.034	2.987	2.941	2.897	2.853	2.810	2.769	2.728	2.686	2.645	2.606	2.569	2.532	2.495	2.459	2.423	2.368
2011	3.390	3.335	3.281	3.228	3.177	3.126	3.077	3.029	2.982	2.937	2.892	2.848	2.806	2.764	2.723	2.682	2.640	2.602	2.565	2.528	2.491	2.455	2.420	2.364
2012	3.385	3.330	3.276	3.223	3.172	3.121	3.072	3.024	2.977	2.932	2.887	2.844	2.802	2.760	2.719	2.678	2.636	2.598	2.561	2.524	2.487	2.451	2.416	2.360
2013	3.379	3.324	3.271	3.218	3.167	3.116	3.067	3.020	2.973	2.927	2.883	2.839	2.797	2.756	2.715	2.674	2.632	2.594	2.557	2.520	2.484	2.448	2.412	2.357
2014	3.374	3.319	3.265	3.213	3.162	3.112	3.063	3.015	2.968	2.923	2.878	2.835	2.793	2.751	2.710	2.669	2.628	2.590	2.553	2.516	2.480	2.444	2.408	2.353
2015	3.369	3.314	3.260	3.208	3.157	3.107	3.058	3.010	2.964	2.918	2.874	2.831	2.788	2.747	2.706	2.665	2.624	2.586	2.549	2.512	2.476	2.440	2.405	2.350
2016	3.363	3.309	3.255	3.203	3.152	3.102	3.053	3.005	2.959	2.914	2.869	2.826	2.784	2.743	2.702	2.661	2.620	2.582	2.545	2.508	2.472	2.436	2.401	2.346
2017	3.358	3.304	3.250	3.198	3.147	3.097	3.048	3.001	2.954	2.909	2.865	2.822	2.780	2.739	2.698	2.657	2.616	2.578	2.541	2.505	2.469	2.433	2.398	2.343
2018	3.353	3.299	3.245	3.193	3.142	3.093	3.044	2.996	2.950	2.905	2.861	2.818	2.776	2.735	2.694	2.653	2.612	2.574	2.537	2.501	2.465	2.429	2.394	2.339
2019	3.348	3.294	3.241	3.189	3.138	3.088	3.039	2.992	2.946	2.900	2.856	2.814	2.772	2.730	2.690	2.649	2.608	2.571	2.534	2.497	2.461	2.426	2.390	2.336
2020	3.343	3.289	3.236	3.184	3.133	3.083	3.035	2.987	2.941	2.896	2.852	2.809	2.767	2.726	2.686	2.645	2.604	2.567	2.530	2.494	2.458	2.422	2.387	2.332
2021	3.338	3.284	3.231	3.179	3.128	3.079	3.030	2.983	2.937	2.892	2.848	2.805	2.763	2.722	2.682	2.641	2.600	2.563	2.526	2.490	2.454	2.419	2.384	2.329
2022	3.333	3.279	3.226	3.174	3.124	3.074	3.026	2.979	2.933	2.888	2.844	2.801	2.759	2.718	2.678	2.638	2.597	2.559	2.523	2.486	2.450	2.415	2.380	2.326
2023	3.329	3.274	3.222	3.170	3.119	3.070	3.021	2.974	2.928	2.883	2.840	2.797	2.755	2.714	2.674	2.634	2.593	2.556	2.519	2.483	2.447	2.412	2.377	2.322
2024	3.324	3.270	3.217	3.165	3.115	3.065	3.017	2.970	2.924	2.879	2.836	2.793	2.751	2.711	2.670	2.630	2.589	2.552	2.515	2.479	2.444	2.408	2.373	2.319
2025	3.319	3.265	3.212	3.161	3.110	3.061	3.013	2.966	2.920	2.875	2.832	2.789	2.747	2.707	2.666	2.626	2.586	2.548	2.512	2.476	2.440	2.405	2.370	2.316

Nach § 22 Absatz 4 in Verbindung mit § 25 Absatz 1 und § 19 Absatz 1 des Berliner Heilberufekammergesetzes vom 2. November 2018 (GVBl. S. 622), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 03.06.2025 (GVBl. S. 241, 242), genehmigt.

Berlin, den 3. März 2026

Im Auftrag

Strohsal
Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege

Ausgefertigt:

Berlin, den 11. März 2026

Für das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin K.d.ö.R.

Thomas Schieritz
Vorsitzender
des Verwaltungsausschusses

Alexander Klutke
stellvertretender Vorsitzender
des Verwaltungsausschusses

Friedrichshain-Kreuzberg

**Einziehung als Grün- und Erholungsanlage
und Widmung von öffentlichem Straßenland**

Bekanntmachung vom 10. März 2026

SGA III D 5

Telefon: 90298-8049 oder 90298-0, intern 9298-8049

Gemäß § 2 des Grünanlagengesetzes (GrünanlG) vom 24. November 1997 (GVBl. S. 612), das zuletzt durch Artikel 7 Nummer 4 des Gesetzes vom 11. Dezember 2025 (GVBl. S. 590, 626) geändert worden ist, wird das Flurstück 21 der Flur 14 mit 271 m² der Gemarkung Friedrichshain, Lagebezeichnung: **Friedenstraße, Palisadenstraße**, als öffentliche Grün- und Erholungsanlage eingezogen und gemäß § 4 des Berliner Straßengesetzes vom 13. Juli 1999 (GVBl. S. 380), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 11. Dezember 2024 (GVBl. S. 614, 618) geändert worden ist, als öffentliches Straßenland gewidmet.

Begründung

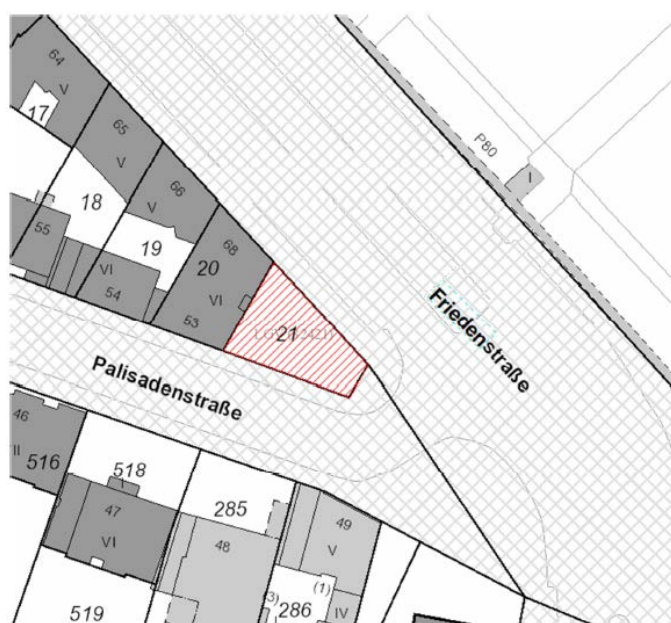
Die Fläche ist als befestigter Stadtplatz gestaltet und als öffentliche Grünanlage entbehrlich.

Die Widmung gilt gemäß § 41 Absatz 4 Satz 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nummer 236) geändert worden ist, einen Tag nach Veröffentlichung des Amtsblattes für Berlin als bekannt gegeben.

Die Unterlagen über die Einziehung und Widmung können nach vorheriger telefonischer Absprache bei nachstehend genannter Dienststelle eingesehen werden.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid ist der Widerspruch zulässig. Er ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe dieses Bescheides schriftlich oder zur Niederschrift beim Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, Abteilung Verkehr, Grünflächen, Ordnung und Umwelt, Straßen- und Grünflächenamt, Fachbereich Öffentlicher Raum, Postanschrift: Postfach 35 07 01, 10216 Berlin, Sitz: Zimmer 606, Dienstgebäude Yorckstraße 4-11, 10965 Berlin, zu erheben. Bei schriftlicher Einlegung des Widerspruches ist die Widerspruchsfrist nur dann gegeben, wenn der Widerspruch innerhalb dieser Frist eingeht.



Quelle: ALKIS Geobasisdaten

Friedrichshain-Kreuzberg

Grundstücksnummerierungen

Bekanntmachung vom 12. März 2026

Verm 104

Telefon: 90298-2214 oder 90298-0, intern 9298-2214

Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, Abteilung für Bauen, Planen, Kooperative Stadtentwicklung, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Vermessung, hat für die nachstehend aufgeführten Grundstücke Grundstücksnummern festgesetzt, aufgehoben oder neu zugeordnet:

Straßen	Grundstücksnummern alt (bisher)	Grundstücksnummern neu
Ortsteil Friedrichshain		
Eckertstraße Mühsamstraße	11 -	9, 9 A, 9 B, 10, 11, 11 A 48, 50, 52
Holzmarktstraße (Flurstück 239, 481)	25	26
Matternstraße (Flurstück 568)	13	13 A
Höchste Straße Weinstraße	- 9	18 9
Ortsteil Kreuzberg		
Audre-Lorde-Straße Skalitzer Straße	85 107	79 107
Dudenstraße Mehringdamm	2, 4, 8 120, 122, 124, 126, 128	2, 2 A, 2 B, 2 C, 4, 8 120, 122, 124, 126, 128

Die Nummerierungsunterlagen können beim Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, Abteilung für Bauen, Planen, Kooperative Stadtentwicklung, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Vermessung, Zimmer 471, Yorckstraße 4-11, 10965 Berlin, eingesehen werden.

Marzahn-Hellersdorf

Beabsichtigte Einziehung von Straßenland

Bekanntmachung vom 9. März 2026

Str 122

Telefon: 90293-7529 oder 90293-0, intern 9293-7529

Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin, Abteilung WiFöSGAUmNat, Fachbereich Straßen - Str 122 -, hat gemäß § 4 Absatz 1 des Berliner Straßengesetzes (BerlStrG) vom 13. Juli 1999 (GVBl. S. 380), das zuletzt durch Gesetz vom 11. Dezember 2024 (GVBl. S. 614, 618) geändert worden ist, die Absicht, die Fläche des Flurstücks 177, Flur 238, Gemarkung Marzahn, mit der Lagebezeichnung **Wiesenburger Weg** rückwirkend zum 1. September 2025 dem öffentlichen Verkehr zu entziehen (siehe Lageplan).

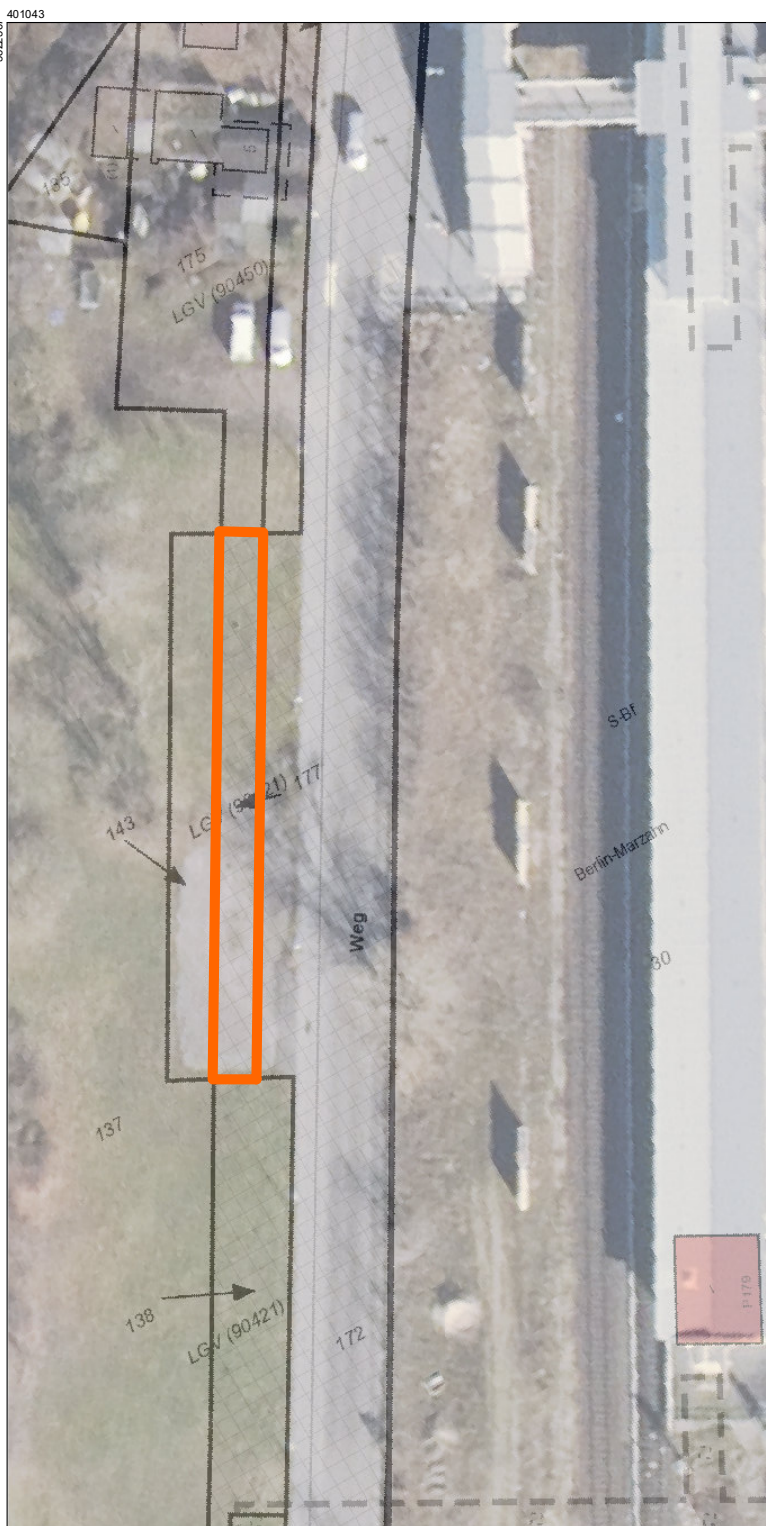
Die Unterlagen zum Einziehungsvorgang können nach vorheriger telefonischer Vereinbarung bei nachstehend genannter Dienststelle eingesehen werden.

Die Einziehungsabsicht gilt einen Tag nach Erscheinen des Amtsblattes für Berlin als bekannt gegeben.

Etwaige Bedenken und Gegenvorstellungen können innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung beim Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin, Straßen- und Grünflächenamt, Schkopauer Ring 2, 12681 Berlin, vorgebracht werden.

(siehe Karte auf der Folgeseite - Quelle: ALKIS)

Geoinformation Berlin Kartenausschnitt 1:500		Bearbeiter: Christian Reisberg Datum: 10.03.2026 Uhrzeit: 10:16



Marzahn-Hellersdorf

Widmung von Straßenland

Bekanntmachung vom 12. März 2026

Str 121

Telefon: 90293-7517 oder 90293-0, intern 9293-7517

Gemäß § 3 des Berliner Straßengesetzes (BerlStrG) vom 13. Juli 1999 (GVBl. S. 380), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 11. Dezember 2024 (GVBl. S. 614, 618) geändert worden ist, gibt das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin, Abteilung WiFöSGAUmNat, Straßen und Grünflächen, Fachbereich Straßen, die Widmung des Flurstücks 6188, Flur 175, Gemarkung Marzahn, mit der Lagebezeichnung **Altentreptower Straße** rückwirkend zum 17. Oktober 2025 als öffentliches Straßenland bekannt.

Die Widmung gilt einen Tag nach Erscheinen des Amtsblattes für Berlin als bekannt gegeben.

Die Unterlagen über die Widmung können nach vorheriger telefonischer Vereinbarung bei nachstehend genannter Dienststelle eingesehen werden.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch beim Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin, Straßen- und Grünflächenamt, 12591 Berlin, erhoben werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung

Bei schriftlicher Einlegung des Widerspruchs ist die Widerspruchsfrist nur dann gewahrt, wenn der Widerspruch innerhalb dieser Frist eingegangen ist. Der Widerspruch kann schriftlich, in elektronischer Form nach § 3a Absatz 2 oder schriftformerzetzend nach § 3a Absatz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) und § 9a Absatz 5 des Onlinezugangsgesetzes oder zur Niederschrift bei der oben genannten Behörde erhoben werden. Eine einfache E-Mail genügt den gesetzlichen Anforderungen nicht und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen. Der elektronische Zugang nach § 3a Absatz 2 VwVfG beim Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin ist durch: Post@ba-mh.berlin.de und Post@ba-mh.berlin.de-mail.de eröffnet.

Mitte

Widerruf einer Teileinziehung von öffentlichem Straßenland

Bekanntmachung vom 24. Februar 2026

Bau 1115 TE 636/21-Mi

Telefon: 9018-22781 oder 9018-20, intern 918-22781

Das Bezirksamt Mitte von Berlin, Abteilung Ordnung, Umwelt, Natur, Straßen und Grünflächen, Straßen- und Grünflächenamt, hat mit Verfügung vom 24. Februar 2026 die Allgemeinverfügung vom 18. Januar 2023 für die Teileinziehung der **Friedrichstraße** im Ortsteil Mitte im Abschnitt zwischen der nördlich gelegenen Französischen Straße und der südlich gelegenen Leipziger Straße, veröffentlicht im Amtsblatt für Berlin vom 27. Januar 2023 (ABl. S. 412), gemäß § 49 des Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nummer 236) geändert worden ist, widerrufen.

Begründung

Die Planung für die Neu- und Umgestaltung der Friedrichstraße haben sich zwischenzeitlich verändert; eine Einschränkung im Nutzerkreis ist für die Friedrichstraße nicht mehr vorgesehen. Die aktuell 12,50 Meter breite Fahrbahn soll auf 7,50 Meter verschlankt werden; gegebenenfalls wird ein Tempolimit von 30 km/h angeordnet.

Es ist vorgesehen, die Bürgersteige zu verbreitern und dafür auf Parkflächen zu verzichten. Es soll außerdem Platz für zusätzliche Straßenbäume entstehen, aber auch für Sitzgelegenheiten etwa vor Cafés. Das mit der Teileinziehung ursprünglich verfolgte Ziel der Verschaffung dieses Abschnitts der Friedrichstraße zu mehr Attraktivität ist mit diesen Plänen obsolet geworden und wird nun mit anderen Mitteln erreicht.

Da auch die bisherige Teileinziehung infolge eingegangener Widersprüche ausgesetzt war, hat auch bis zur konkreten baulichen Umsetzung eine Teileinziehung keinen Sinn mehr, zumal der aktuelle Status quo bereits seit weit über zwei Jahren andauert. Insofern ist eine Rückkehr zur Teileinziehung nicht mehr angebracht, ein etwaiger Vertrauensschutz auf den kurzen Zeitraum der aktiven Umsetzung der hiermit aufgehobenen Teileinziehung im Frühjahr 2023 besteht daher nicht.

Der Widerruf gilt am Tag nach Erscheinen im Amtsblatt für Berlin als bekannt gegeben.

Rechtsbehelf

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Bezirksamt Mitte von Berlin, Abteilung Ordnung, Umwelt, Natur, Straßen und Grünflächen, Straßen- und Grünflächenamt, mit Sitz Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, eingelegt werden.

Mitte

Öffentliche Zustellung eines Bescheides

Bekanntmachung vom 9. März 2026

BüD 3 106 - 01/02/229422

Telefon: 9018-34536 oder 9018-20, intern 918-34536

Durch öffentliche Zustellung wird bekannt gegeben, dass das Bezirksamt Mitte von Berlin, Abteilung Soziales und Bürgerdienste, Wohnungsamt, in der unter oben genanntem Aktenzeichen geführten Wohngeldangelegenheit von Frau Lea Bilke, geboren am 6. November 1999, Wiciefstraße 44, 10551 Berlin, am 9. März 2026 ein Schreiben erlassen hat.

Das Schreiben liegt im Bezirksamt Mitte von Berlin, Wohnungsamt, Kapweg 3, 13405 Berlin, zur Einsicht und Abholung bereit.

Ein Übergabetermin kann per E-Mail an: wohngeldstelle@ba-mitte.berlin.de vereinbart werden.

Das Schreiben gilt zwei Wochen nach Erscheinen des Amtsblattes für Berlin als bekannt gegeben. Es wird darauf hingewiesen, dass durch die öffentliche Zustellung Fristen in Gang gesetzt werden können, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Reinickendorf

Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises

Bekanntmachung vom 13. März 2026

PS 23

Telefon: 90294-2299 oder 90294-0, intern 9294-2299

Dienstausweis mit der Nummer **695**, ausgestellt auf Frau Jasmine Jouda

Gültigkeit des Dienstausweises: bis 31. Oktober 2030

Funktion der Ausweisinhaberin: Sozialpädagogin

Beschreibung des Dienstausweises:

gelb, 7,4 x 10,5 cm (Format DIN A7)

Der Dienstausweis wird für ungültig erklärt.

Steglitz-Zehlendorf**Grundstücksnummerierungen**

Bekanntmachung vom 12. März 2026

Verm 45

Telefon: 90299-7743 oder 90299-0, intern 9299-7743

Das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin, Abteilung Stadtentwicklung, Fachbereich Vermessung und Kataster, hat aufgrund § 1 beziehungsweise § 5 der Nummerierungsverordnung (NrVO) vom 9. Dezember 1975 (GVBl. S. 2947), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 1. September 2023 (GVBl. S. 319, 320) geändert worden ist, folgende Grundstücksnummern festgesetzt oder aufgehoben:

Straßen	Grundstücksnummern alt (bisher)	Grundstücksnummern neu
Ortsteil Lichterfelde		
Goerzallee	305	305 A, 305 B, 305 C, 305 D, 305 E
Moltkestraße	41	40 A, 40 B, 41
Ortsteil Wannsee		
Am Großen Wannsee	-	58 E
Braschzeile	-	50
Braschzeile	-	51
Ortsteil Zehlendorf		
Badeweg	-	5
Havelchaussee	-	15
Havelchaussee	-	25
Havelchaussee	-	51

Die Nummerierungspläne können im Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin, Abteilung Stadtentwicklung, Fachbereich Vermessung und Kataster, Dienstgebäude Rathaus Zehlendorf, Kirchstraße 1/3, 14163 Berlin, eingesehen werden.

Treptow-Köpenick

**Strategisches Konzept
zur Landschafts- und Freiraumentwicklung Treptow-Köpenick**

Bekanntmachung vom 10. März 2026

Stapl 1, Stapl 14

Telefon: 90297-2344 oder 90297-0, intern 9297-2344

**Beschlussfassung des Bezirksamtes und der Bezirksverordnetenversammlung
über die Bereichsentwicklungsplanung, Fachplan „Grün- und Freiraum“,
Teilplan**

**Strategisches Konzept zur Landschafts- und Freiraumentwicklung
in Treptow-Köpenick 2025**

Die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin hat das bezirkliche strategische Konzept zur Landschafts- und Freiraumentwicklung in Treptow-Köpenick - Strategie Grün - Stand Oktober 2025 am 19. Februar 2026 auf der Grundlage des Bezirksamtsbeschlusses Nummer 769/25 vom 25. November 2025 (Drucksache Nummer: IX/1192) als fachlichen Teilplan der Bereichsentwicklungsplanung beschlossen (Beschluss Nummer: 0672/41/26).

Damit ist dieses Konzept für die bezirkliche Verwaltung und Politik eine wichtige Entscheidungsgrundlage bei der Steuerung von Freiraumentwicklung und -sicherung sowie eine Grundlage für weiterführende Planungen.

Die Unterlagen stehen im Internet unter folgendem Link zur Verfügung:

<https://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/politik-und-verwaltung/aemter/stadtentwicklungsamt/stadtplanung/artikel.1485216.php>

Das Vorhaben „Strategie Grün Machbarkeitsstudie“ (Projektlaufzeit: 06/2024 bis 12/2025) wurde im Berliner Programm für Nachhaltige Entwicklung 2 (BENE 2) gefördert aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung und des Landes Berlin (Förderkennzeichen 2175-B5-G).



Kofinanziert von der
Europäischen Union



Hauptstadt machen - Das Berliner Karriereportal:
www.berlin.de/karriereportal

Alice Salomon Hochschule Berlin

Bezeichnung: IT-Systemadministratorin/IT-Systemadministrator
(m/w/d)

Besoldungs-/Entgeltgruppe: 11 TV-L BHS

Besetzbar ab: schnellstmöglich

Befristung: befristet bis 17. März 2028

Kennzahl: 02/2026

Vollzeit/Teilzeit: Vollzeit mit 39,4 Stunden/Woche

Arbeitsgebiet: Ihre Aufgaben: • Konzeption, Einführung und Weiterentwicklung eines zentralen Identitäts- und Berechtigungsmanagementsystems (IDM) als technische Grundlage für die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems (DMS) an der Hochschule • Analyse und Modellierung von Identitäten, Rollen und Berechtigungen für Beschäftigte, Studierende und externe Nutzergruppen • Anbindung und Integration vorhandener Quellsysteme (zum Beispiel Personalverwaltung, Studierendenverwaltung, Verzeichnisdienste) an das IDM-System • Planung und Umsetzung automatisierter Prozesse für Benutzerlebenszyklen (Anlage, Änderung, Deaktivierung von Konten und Berechtigungen) • enge Zusammenarbeit mit Hochschulabteilungen, Datenschutz, Personalvertretung und IT-Sicherheit bei der Definition von Rollen- und Zugriffskonzepten • technische Unterstützung der Einführung eines DMS, insbesondere im Hinblick auf Authentifizierung, Autorisierung und Rollenmodelle • Betrieb, Wartung und Dokumentation des IDM-Systems sowie Unterstützung bei Störungen und Weiterentwicklungen • Mitwirkung an der Weiterentwicklung der IT-Architektur der Hochschule im Bereich Identity & Access Management (IAM) und Dokumentenmanagement. BIPoC, Menschen mit Migrationsgeschichte und Antisemitismus-/Rassismuserfahrungen, Frauen, trans-, intergeschlechtliche und (andere) nicht-binäre Personen werden nachdrücklich eingeladen sich zu bewerben. Bewerbungen von Menschen mit Nachweis einer Schwerbehinderung und ihnen Gleichgestellte werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungsfrist: 20. März 2026

Kontaktdaten: Bitte richten Sie Ihre aussagekräftige Bewerbung unter Angabe der oben genannten Kennzahl ausschließlich per E-Mail an:
personalbuero@ash-berlin.eu
(1 PDF-Dateianhang mit maximal 3 MB mit folgendem Dateinamen: Name_Kennzahl 02_2026)
Alice Salomon Hochschule Berlin
Bereich Personal
Alice-Salomon-Platz 5, 12627 Berlin

Internetadresse: Ausführliche Informationen zur Stellenausschreibung, insbesondere eine Beschreibung der Anforderungen, finden Sie unter:
<https://www.ash-berlin.eu/hochschule/job-karriere/jobangebote/verwaltung-und-technik/>

Alice Salomon Hochschule Berlin

Bezeichnung: IT-Systemadministratorin/IT-Systemadministrator (m/w/d)

Besoldungs-/Entgeltgruppe: 11 TV-L BHS

Besetzbar ab: schnellstmöglich

Befristung: befristet bis 31. Januar 2031

Kennzahl: 03/2026

Vollzeit/Teilzeit: Teilzeit mit 75 % (29,55 Stunden/Woche)

Arbeitsgebiet: Ihre Aufgaben: • Administration und Betrieb von zentralen IT-Diensten (Finanz-, Sachmittel- und Gebäudeverwaltungssysteme, Schließanlage, Videokonferenzsystem) • First- und Second-Level-Support für Studierende, Lehrkräfte und Mitarbeiter/-innen • qualifizierte Störungsannahme zu Software- und Hardwareproblemen • Fehler-/Problemanalyse mit nachfolgender Priorisierung, Lösung oder Weitervermittlung an zuständige Mitarbeiter/-innen • Betreuung der Medien- und Präsentationstechnik in den Seminarräumen • Betreuung der TK-Anlage • Mitarbeit im Software- und Lizenzmanagement • Erstellung von Dokumentationen und Lösungsbearbeitungen zu Standard-Anforderungen

Bewerbungsfrist: 20. März 2026

Kontaktdaten: Bitte richten Sie Ihre aussagekräftige Bewerbung unter Angabe der oben genannten Kennzahl ausschließlich per E-Mail an:
personalbuero@ash-berlin.eu
(1 PDF-Dateianhang mit maximal 3 MB mit folgendem Dateinamen: Name_Kennzahl 03_2026)
Alice Salomon Hochschule Berlin
Bereich Personal
Alice-Salomon-Platz 5, 12627 Berlin

Internetadresse: Ausführliche Informationen zur Stellenausschreibung, insbesondere eine Beschreibung der Anforderungen, finden Sie unter:
<https://www.ash-berlin.eu/hochschule/job-karriere/jobangebote/verwaltung-und-technik/>

Berliner Bäder-Betriebe (BBB)

Bezeichnung: Stellvertretende Abteilungsleitung IT (d/w/m)

Besoldungs-/Entgeltgruppe: 13

Besetzbar ab: sofort

Befristung: nein

Kennzahl: ohne

Vollzeit/Teilzeit: Vollzeit und Teilzeit

Arbeitsgebiet: In deiner Rolle als Stellvertretende Abteilungsleitung unterstützt Du die Abteilungsleitung IT bei der Gesamtsteuerung der Abteilung mit besonderem Fokus auf der Weiterentwicklung und Sicherstellung einer modernen, leistungsfähigen und sicheren IT-Infrastruktur. Zusätzlich übernimmst Du die fachliche Verantwortung für den Betrieb, die Optimierung und Innovation in den Bereichen Netzwerk, Microsoft 365, Cloud-Integration und der SAP-Basisdienste. Darüber hinaus verantwortest Du in Zusammenarbeit mit der Abteilungsleitung die Gewährleistung eines störungsfreien IT-Betriebes und die Umsetzung von strategischen Vorgaben. Dabei übernimmst du unter anderem folgende Aufgaben: • Du vertrittst den Abteilungsleiter IT in fachlicher, organisatorischer und administrativer Hinsicht

und leitest und steuerst fachlich die Teams im Bereich der IT-Infrastruktur. • Du bist mitverantwortlich für die Ressourcenplanung und -steuerung (Personal, Budget, Projekte) und wirkst an der strategischen Konzeption der IT-Abteilung mit. • Du stellst den Betrieb und die Weiterentwicklung der gesamten IT-Infrastruktur (Netzwerk, Server, Cloud, Microsoft 365, Virtualisierung, Speicherlösungen) sicher. • Du planst und steuerst Infrastrukturprojekte (Modernisierung, Cloud-Migration, Sicherheit) und betreust die SAP-Basislandschaft gemeinsam mit internen Spezialisten und externen Dienstleistern. • Du steuerst externe Dienstleister nach SLAs/KPIs und führst Vertrags- und Leistungsverhandlungen durch.

Bewerbungsfrist: 3. April 2026

Kontaktdaten: www.berlinerbaeder.de

Internetadresse: Ausführliche Informationen zur Stellenausschreibung, insbesondere eine Beschreibung der Anforderungen, finden Sie unter:
www.berlinerbaeder.de

Berliner Bäder-Betriebe (BBB)

Bezeichnung: Referentin/Referent Nachtragsmanagement (d/w/m)

Besoldungs-/Entgeltgruppe: 10

Besetzbar ab: sofort

Befristung: nein

Kennzahl: ohne

Vollzeit/Teilzeit: Vollzeit und Teilzeit

Arbeitsgebiet: In deiner Rolle als Referent/-in Nachtragsmanagement (d/w/m) erstellst und überwachst Du Vorgaben und Prozesse für ein systematisiert gesteuertes Nachtragsmanagement in Zusammenarbeit mit der Technischen Entwicklung und dem Technischen Erhalt und bist verantwortlich für die Nachverfolgung von Gewährleistungsrechten und die Verfolgung von Mängelhaftungen in Zusammenarbeit mit den Juristen bei den Berliner Bäder-Betrieben. Dabei übernimmst du unter anderem folgende Aufgaben: • Du entwickelst und überwachst Prozesse sowie Vorgaben für ein strukturiertes Nachtrags- und Gewährleistungsmanagement bei unseren Bauvorhaben. • Du erstellst und implementierst standardisierte Strategien für den Umgang mit Nachträgen und Gewährleistungsfällen. • Du berätst und unterstützt bei der Erstellung von Ausschreibungsunterlagen, bei der Vergabe von Planungs- und Bauleistungen sowie bei der Prüfung von Bauzeitplänen und Gutachten. • Du begleitest Bauprojekte im präventiven Vertrags- und Nachtragsmanagement und unterstützt bei Verhandlungen zu Nachträgen und Mehrkostenanzeigen. • Du analysierst Nachtragsursachen, leitest daraus Anpassungen ab und entwickelst präventive Maßnahmen für zukünftige Bauvorhaben.

Bewerbungsfrist: 27. März 2026

Kontaktdaten: www.berlinerbaeder.de

Internetadresse: Ausführliche Informationen zur Stellenausschreibung, insbesondere eine Beschreibung der Anforderungen, finden Sie unter:
www.berlinerbaeder.de

Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR)

Geschäftseinheit Reinigung

- Bezeichnung:** (Teil-)Projektleiterin/(Teil-)Projektleiter (w/m/d)
Aufwuchs Grün
- Besoldungs-/Entgeltgruppe:** 12 TVöD
- Besetzbar ab:** sofort
- Befristung:** befristet im Rahmen einer Abordnung auf zwei Jahre
- Kennzahl:** 00012875
- Vollzeit/Teilzeit:** Vollzeit
- Arbeitsgebiet:** - Sie verantworten die Leitung, Planung und Koordination des im Aufgabenbereich durchgeführten (Teil-)Projektes Aufwuchs Grün einschließlich der strategischen Planung weiterer Aufwuchs-Szenarien. - Sie übernehmen die fachliche Führung der beteiligten Projektmitarbeiter/-innen zur Sicherstellung der Umsetzung der Projekte. - Sie ermitteln die neu zu übernehmenden Flächen in enger Abstimmung mit den 12 Berliner Bezirken und koordinieren die Gespräche mit der zuständigen Fachverwaltung Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (Sen MVKU). - Sie sind zuständig für die strategische Planung weiterer Aufwuchs Szenarien „Grün“ für die Reinigung und übernehmen die Verantwortung für die Erarbeitung eines berlinweit gültigen Reinigungsstandards für Grünanlagen, Forsten und Spielplätze. - Sie ermitteln den Reinigungsaufwand der mit den Bezirken festgelegten Flächen unter Beachtung sämtlicher BSR-Vorgaben (Arbeitsschutz, Dienstvereinbarungen, regional Besonderheiten etc.). - Sie koordinieren die BSR- internen Stakeholder im Hinblick auf die Mehrbedarfe.
- Bewerbungsfrist:** 27. März 2026
- Kontaktdaten:** Bitte senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen an:
bewerbung@bsr.de
- Internetadresse:** Ausführliche Informationen zur Stellenausschreibung, insbesondere eine Beschreibung der Anforderungen und Informationen zum Arbeitgeber finden Sie unter: <https://www.bsr.de/karriere>

Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)

- Bezeichnung:** Juristische Fachkraft für Recht und Verwaltung (w/m/d)
- Besoldungs-/Entgeltgruppe:** 9
- Besetzbar ab:** sofort
- Befristung:** befristet
- Kennzahl:** REF1120U
- Vollzeit/Teilzeit:** Vollzeit (37,5 Stunden/Woche)
Teilzeit ist möglich.
- Arbeitsgebiet:** Wir sind Chancenbringer/-innen. Wir sind Risikomanager/-innen. Wir sind Problemlöser/-innen und Möglichmacher/-innen. Kurz gesagt: Wir kümmern uns um alles, was mit Recht, Daten und Forderungen zu tun hat. Und das tun wir nicht im stillen Kämmerlein, sondern mittendrin. In interdisziplinären Teams. Im engen Austausch mit operativen und strategischen Geschäftseinheiten des Vorstandsressorts „Vorstandsvorsitz und Systemsteuerung“. Nah an der Praxis. Nah an der Stadt. • Du organisierst das Tagesgeschäft, steuerst Termine und Abläufe sicher und vorausschauend • Die Erstellung von Präsentationen, Protokollen und Vorlagen sowie die Einhaltung von Fristen und die Verfolgung offener Aufgaben gehören zu deinen Kernaufgaben • Als kommunikative Schnittstelle sorgst du für klare, strukturierte Informationsflüsse • Du unterstützt aktiv Digitalisierungsprojekte und die

Weiterentwicklung moderner Arbeitsweisen • Die Begleitung von Change-Prozessen und die Mitgestaltung des Kulturwandels im Fachbereich runden deine Aufgaben ab

- Bewerbungsfrist:** 20. März 2026
- Kontaktdaten:** Berliner Verkehrsbetriebe
Holzmarktstraße 15-17, 10179 Berlin
Bewerbung online über: www.BVG.de/Karriere
Anfragen per E-Mail an: Recruiting@bvg.de
- Internetadresse:** Ausführliche Informationen zur Stellenausschreibung, insbesondere eine Beschreibung der Anforderungen, finden Sie unter: www.BVG.de/Karriere

Bezirksamt Pankow von Berlin

- Bezeichnung:** **Hauptsachbearbeitung und stellvertretende Gruppenleitung im Fachbereich Bürgeramt (m/w/d)**
- Besoldungs-/Entgeltgruppe:** A 10/9b TV-L (Entgeltordnung TV-L)
- Besetzbar ab:** sofort
- Befristung:** unbefristet
- Kennzahl:** 031-3500-2026
- Vollzeit/Teilzeit:** Vollzeit mit 40/39,4 Wochenstunden (Teilzeit ist möglich.)
- Arbeitsgebiet:** Sie möchten Verantwortung übernehmen, Mitarbeitende stärken und gleichzeitig für Bürgerinnen und Bürger da sein? Dann gestalten Sie mit uns den Alltag im Bürgeramt! Als stellvertretende Leitung eines Bürgeramtsstandortes in Pankow sind Sie mittendrin: Sie unterstützen die Standortleitung, geben fachliche Orientierung im Team und behalten auch in herausfordernden Situationen den Überblick. Neben der Anleitung von Mitarbeitenden und Nachwuchskräften bringen Sie Ihre Erfahrung in der Bearbeitung komplexer Einzelfälle ein und sorgen für einen reibungslosen Ablauf im Publikumsbetrieb. Darüber hinaus wirken Sie an Projekten und Arbeitsgruppen mit, übernehmen Verantwortung bei besonderen Einsätzen und tragen aktiv dazu bei, Service und Organisation im Bürgeramt weiterzuentwickeln. Flexibilität, Dienstleistungsorientierung und Freude an Führung sind dabei genauso gefragt wie ein sicherer Umgang mit Menschen.
- Bewerbungsfrist:** 29. März 2026
- Kontaktdaten:** Bitte bewerben Sie sich online über das Berliner Karriereportal mit dem Button „Jetzt bewerben“.
- Internetadresse:** Ausführliche Informationen zur Stellenausschreibung, insbesondere eine Beschreibung der Anforderungen, finden Sie unter: <https://www.karriereportal-stellen.berlin.de/Hauptsachbearbeitung-und-stellvertretende-Gruppenleitung-i-de-j65327.html>

Bezirksamt Pankow von Berlin

- Bezeichnung:** **Gärtnerinnen/Gärtner (m/w/d)**
- Besoldungs-/Entgeltgruppe:** 5 TV-L
- Besetzbar ab:** sofort

Befristung:	unbefristet
Kennzahl:	DA 025-3810
Vollzeit/Teilzeit:	Vollzeit mit 39,4 Wochenstunden (Teilzeit ist möglich.)
Arbeitsgebiet:	Grünflächen sind Ihr Element? Dann werden Sie Teil unseres Teams! Als Gärtner/-in im Garten- und Landschaftsbau gestalten und pflegen Sie die Grünanlagen, Straßen, Spiel- und Sportplätze in Pankow - und sorgen dafür, dass unsere Stadt lebenswert bleibt. Sie arbeiten eigenverantwortlich, vielseitig und stets an der frischen Luft. Dabei setzen Sie motorgetriebene Geräte und Transportfahrzeuge ein und bringen Ihr handwerkliches Geschick ebenso ein wie Ihre Liebe zu Pflanzen.
Bewerbungsfrist:	31. März 2026
Kontaktdaten:	Bitte reichen Sie Ihre Bewerbung online über das Berliner Karriereportal ein. Klicken Sie bitte dazu auf den Button „Jetzt bewerben“.
Internetadresse:	Ausführliche Informationen zur Stellenausschreibung, insbesondere eine Beschreibung der Anforderungen, finden Sie unter: https://www.karriereportal-stellen.berlin.de/stellenangebot.html?yid=60896

Bezirksamt Pankow von Berlin

Bezeichnung:	Hauptsachbearbeitung für straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen (m/w/d)
Besoldungs-/Entgeltgruppe:	A 10/9b TV-L
Besetzbar ab:	sofort
Befristung:	unbefristet
Kennzahl:	DA 218-3800
Vollzeit/Teilzeit:	Vollzeit mit 39,4 Wochenstunden (Teilzeit ist möglich.)
Arbeitsgebiet:	Das Arbeitsgebiet umfasst die Bearbeitung straßenverkehrsrechtlicher Vorgänge auf Grundlage zahlreicher Rechtsvorschriften, darunter StVO, VwV-StVO, StVG, RSA 21, BerlStrG, ASOG Bln, VwVfG und weitere relevante Regelwerke. Zu den Aufgaben gehören die Anordnung von dauerhaften und vorübergehenden Maßnahmen gemäß § 45 StVO sowie die Erteilung von Ausnahme genehmigungen nach § 46 StVO. Die Zusammenarbeit erfolgt dabei mit Straßenbaulastträgern, Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU), Polizei Berlin und weiteren Stellen. Zudem werden Stellungnahmen und Widerspruchsbearbeitungen zu Vorgängen der Straßenverkehrsbehörde erstellt - insbesondere zu dauerhaften Anordnungen, verkehrlichen Ereignissen, Parkraumbewirtschaftung und Parkerleichterungen für Schwerbehinderte. Die Bearbeitung von Anfragen aus Bezirksverordnetenversammlung (BVV), Bezirksamt (BA), Ausschüssen und von Bürger/-innen sowie die Organisation und Durchführung von Ortsterminen und Besprechungen gehören ebenso zum Tätigkeitsfeld. Weitere Aufgaben sind die Erstellung und Prüfung von Verkehrszeichenplänen, Kontrolle angeordneter Maßnahmen, Gebührenfestsetzung, statistische Auswertungen, Arbeit mit VMS und MS Office, Praxisanleitung für Auszubildende sowie Aufgaben im Rahmen der Stellvertretung der SBV-Leitung.
Bewerbungsfrist:	31. Dezember 2026
Kontaktdaten:	Bitte reichen Sie Ihre Bewerbung online über das Berliner Karriereportal ein. Klicken Sie bitte dazu auf den Button „Jetzt bewerben“.

Internetadresse: Ausführliche Informationen zur Stellenausschreibung, insbesondere eine Beschreibung der Anforderungen, finden Sie unter:
<https://www.karriereportal-stellen.berlin.de/stellenangebot.html?yid=60126>

Bezirksamt Pankow von Berlin

Bezeichnung: Fußverkehrsplanerin/Fußverkehrsplaner (m/w/d)
Besoldungs-/Entgeltgruppe: 11 TV-L Teil II
Besetzbar ab: sofort
Befristung: unbefristet
Kennzahl: DA 112-3800
Vollzeit/Teilzeit: Vollzeit mit 39,4 Wochenstunden
(Teilzeit ist möglich.)

Arbeitsgebiet: Sie entwickeln und begleiten Maßnahmen zur Förderung des Fußverkehrs im Bezirk Pankow. Dazu zählen die Erstellung von Fußverkehrskonzepten, die Bearbeitung komplexer Straßenbauvorhaben mit Schwerpunkt auf Fußverkehrsanlagen sowie die Aufstellung von Bauplanungs- und Ausschreibungsunterlagen. Sie führen Verhandlungen mit Baufirmen und externen Partnern und übernehmen die Vorbereitung, Durchführung und Abrechnung von Straßenbaumaßnahmen. Im weiteren Verlauf prüfen Sie die Voraussetzungen für die Vergabe von Bauleistungen, stimmen sich mit Ver- und Entsorgungsbetrieben, Fachbereichen und Behörden ab und sichern die verkehrstechnische Umsetzbarkeit von Maßnahmen. Vor Ort überwachen Sie die Baustellen, gleichen Planungs- und Ist-Zustand ab und leiten erforderliche Anpassungen ein. Darüber hinaus wirken Sie aktiv an der strategischen Mobilitätsplanung und am Mobilitätsmanagement des Bezirks mit. Sie initiieren, koordinieren und begleiten Projekte zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität und Barrierefreiheit und unterstützen die Öffentlichkeitsarbeit sowie die Arbeit in politischen Gremien nach den Vorgaben des Berliner Mobilitätsgesetzes.

Bewerbungsfrist: 31. Dezember 2026
Kontaktdaten: Bitte reichen Sie Ihre Bewerbung online über das Berliner Karriereportal ein. Klicken Sie bitte dazu auf den Button „Jetzt bewerben“.

Internetadresse: Ausführliche Informationen zur Stellenausschreibung, insbesondere eine Beschreibung der Anforderungen, finden Sie unter:
<https://www.karriereportal-stellen.berlin.de/stellenangebot.html?yid=57437>

Bezirksamt Pankow von Berlin

Bezeichnung: Fachbauleitungen (m/w/d)
Gruppe Bauunterhaltung & Sonderprogramme
Besoldungs-/Entgeltgruppe: 11 TV-L
Besetzbar ab: sofort
Befristung: unbefristet
Kennzahl: DA 002-3306
Vollzeit/Teilzeit: Vollzeit mit 39,4 Wochenstunden
(Teilzeit ist möglich.)

Arbeitsgebiet: Im Rahmen der übertragenen Aufgaben übernehmen Sie umfassende Bauherrenleistungen sowie die Projektsteuerung für die Ihnen übertragenen Aufgaben. Dies schließt sowohl die baufachliche als auch die wirtschaftliche Aufsicht inklusive Terminüberwachung ein. Je nach Projekt obliegt Ihnen im Rahmen der Aufgaben die Mitwirkung oder Verantwortung in den Leistungsphasen (LP) 1 bis 5 der HOAI, während für die Leistungsphasen 6 bis 9 die vollständige Verantwortung bei der Realisierung von Baumaßnahmen mit durchschnittlichen bis überdurchschnittlichen Anforderungen getragen wird. Zudem erfolgt die Wahrnehmung der Belange der Baustellenverordnung (BaustellenVO). Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Klärung von Angelegenheiten des Vertrags- und Vergabewesens sowie in der Bearbeitung haushaltsrelevanter Themen gemäß VOL, VOB, HOAI und LHO. Auch die ordnungsgemäße Archivierung der Bauakten gehört zum Aufgabenbereich. Darüber hinaus sind Sie für die Koordinierung der Arbeitsabläufe verantwortlich und hat eine fortlaufende Informationspflicht gegenüber den Vorgesetzten sicherzustellen.

Bewerbungsfrist: 30. Juni 2026

Kontakt Daten: Bitte reichen Sie Ihre Bewerbung online über das Berliner Karriereportal ein. Klicken Sie bitte dazu auf den Button „Jetzt bewerben“.

Internetadresse: Ausführliche Informationen zur Stellenausschreibung, insbesondere eine Beschreibung der Anforderungen, finden Sie unter:
<https://www.karriereportal-stellen.berlin.de/stellenangebot.html?yid=54282>

Bezirksamt Pankow von Berlin

Bezeichnung: **Sachbearbeitung für Wahlhelfende im ständigen Wahlamt (m/w/d)**

Besoldungs-/Entgeltgruppe: A 8/9a TV-L

Besetzbar ab: sofort

Befristung: unbefristet

Kennzahl: 034-3500-2026

Vollzeit/Teilzeit: Vollzeit mit 40/39,4 Wochenstunden
(Teilzeit ist möglich.)

Arbeitsgebiet: - Gewinnung, Einsatz- und Qualifizierungsplanung der Wahl- und Abstimmungshelfenden - Gewinnung von Wahl- und Abstimmungshelfenden - Einsatzplanung der Wahlhelfenden in Urnen- und Briefwahllokale beziehungsweise Abstimmlokale - Sicherung der Arbeitsfähigkeit der Wahl- beziehungsweise Abstimmungsvorstände durch die Mitwirkung bei der Erarbeitung des Schulungsmaterials - Ansprechperson für Beschwerden, Rückmeldungen, Feedback - Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten bei Zuwiderhandlungen gegen Bundes- oder Landeswahlgesetze, Abstimmungsgesetz

Bewerbungsfrist: 12. April 2026

Kontakt Daten: Bitte bewerben Sie sich online über das Berliner Karriereportal mit dem Button „Jetzt bewerben“.

Internetadresse: Ausführliche Informationen zur Stellenausschreibung, insbesondere eine Beschreibung der Anforderungen, finden Sie unter:
<https://www.karriereportal-stellen.berlin.de/Sachbearbeitung-fuer-Wahlhelfende-im-staendigen-Wahlamt-mw-de-j65179.html>

Bezirksamt Pankow von Berlin

Bezeichnung:	Technische Sachbearbeitung im Hoch- und Sonderbau (m/w/d)
Besoldungs-/Entgeltgruppe:	11 TV-L
Besetzbar ab:	sofort
Befristung:	unbefristet
Kennzahl:	309-4201-2025
Vollzeit/Teilzeit:	Vollzeit mit 39,4 Wochenstunden (Teilzeit ist möglich.)
Arbeitsgebiet:	- Sie bearbeiten unter anderem Genehmigungen, Befreiungen, Abweichungen, Ausnahmen sowie Bautechnische Nachweise in der Bau- und Wohnungsaufsicht. - Sie führen Bauüberwachungen, Bauzustandsbesichtigungen, Brandsicherheits-schauen, Betriebsüberwachungen von schwierigen und besonders schwierigen Bauvorhaben durch. - Die Gefahrenabwehr und Ordnungsaufgaben gehören ebenfalls zu ihrem Aufgabengebiet. - Sie erstellen Abgeschlossenheitsbescheinigungen und gewähren Amtshilfe/bauaufsichtliche Bewertung von Vorhaben für andere Behörden
Bewerbungsfrist:	29. März 2026
Kontakt-daten:	Bitte bewerben Sie sich online über das Berliner Karriereportal mit dem Button „Jetzt bewerben“.
Internet-adresse:	Ausführliche Informationen zur Stellenausschreibung, insbesondere eine Beschreibung der Anforderungen, finden Sie unter: https://www.karriereportal-stellen.berlin.de/Technische-Sachbearbeitung-im-Hoch-und-Sonderbau-mwd-de-j65040.html

Bezirksamt Pankow von Berlin

Bezeichnung:	Sachbearbeitung für Projektsteuerung von Straßenbauvorhaben (m/w/d)
Besoldungs-/Entgeltgruppe:	11 TV-L Teil II
Besetzbar ab:	sofort
Befristung:	unbefristet
Kennzahl:	DA 006-3800
Vollzeit/Teilzeit:	Vollzeit mit 39,4 Wochenstunden (Teilzeit ist möglich.)
Arbeitsgebiet:	Ihr Aufgabenbereich umfasst die ganzheitliche Planung, Steuerung und Koordination von Straßenbauvorhaben. Dazu gehören die Projektentwicklung, strategische Planung sowie die Grundlagenermittlung. Sie bereiten selbstständig Vergaben von Planungsleistungen vor und übernehmen die Vertragsprüfung nach HOAI. Im Rahmen der Projektsteuerung verantworten Sie die Beauftragung und Steuerung externer Büros, insbesondere bei I-Planungen, GRW-Förderungen, Sonderprogrammen und Drittmaßnahmen. Zu Ihren Kernaufgaben zählen die Vor-, Entwurfs- und Genehmigungsplanung (Leistungsphase [LPH] 1 bis 4 HOAI), die Ausführungsplanung sowie die Vorbereitung und Mitwirkung bei Vergaben (LPH 5 bis 7 HOAI). Sie erstellen Bau- und Verdingungsunterlagen, koordinieren Leitungsverwaltungen und Bedarfsträger, stimmen Grunderwerbspläne ab und führen Verhandlungen mit Eigentümern. Darüber hinaus übernehmen Sie Schriftverkehr, Öffentlichkeitsarbeit, Rechnungsprüfung, Stellungnahmen zu Bau- und Grundstücksangelegenheiten sowie die Teilnahme an Abstimmungsterminen. Auch Sonderaufgaben runden Ihr vielseitiges Tätigkeitsfeld ab.

Bewerbungsfrist:	31. Dezember 2026
Kontaktdaten:	Bitte reichen Sie Ihre Bewerbung online über das Berliner Karriereportal ein. Klicken Sie bitte dazu auf den Button „Jetzt bewerben“.
Internetadresse:	Ausführliche Informationen zur Stellenausschreibung, insbesondere eine Beschreibung der Anforderungen, finden Sie unter: https://www.karriereportal-stellen.berlin.de/stellenangebot.html?yid=54298

Bezirksamt Pankow von Berlin

Bezeichnung:	Leitung der Spielplatzkontrolle/ Gärtnermeisterin/Gärtnermeister (m/w/d)
Besoldungs-/Entgeltgruppe:	9a TV-L (Bewertungsvermutung)
Besetzbar ab:	sofort
Befristung:	unbefristet
Kennzahl:	DA 003-3810
Vollzeit/Teilzeit:	Vollzeit mit 39,4 Wochenstunden (Teilzeit ist möglich.)
Arbeitsgebiet:	Sie können: - Reparaturen im handwerklichen Bereich fachlich beurteilen - sich vorstellen, Ausschreibungen oder fachliche Zuarbeiten dazu vorzubereiten und bis zur Abnahme fachlich zu begleiten - verschiedene Arbeitsabläufe aufeinander abstimmen, steuern und sichern - eigene Vorschläge zu Problemlösungen erarbeiten und einbringen
Bewerbungsfrist:	31. März 2026
Kontaktdaten:	Bitte reichen Sie Ihre Bewerbung online über das Berliner Karriereportal ein. Klicken Sie bitte dazu auf den Button „Jetzt bewerben“.
Internetadresse:	Ausführliche Informationen zur Stellenausschreibung, insbesondere eine Beschreibung der Anforderungen, finden Sie unter: https://www.karriereportal-stellen.berlin.de/stellenangebot.html?yid=54285

Bezirksamt Pankow von Berlin

Bezeichnung:	Fachbauleiterinnen/Fachbauleiter (m/w/d) Heizungs-, Lüftungs- und Sanitärtechnik
Besoldungs-/Entgeltgruppe:	11 TV-L
Besetzbar ab:	sofort
Befristung:	unbefristet
Kennzahl:	DA 001-3306
Vollzeit/Teilzeit:	Vollzeit mit 39,4 Wochenstunden (Teilzeit ist möglich.)
Arbeitsgebiet:	Warum Sie bei uns richtig sind: Bei uns übernehmen Sie nicht nur Projekte - Sie gestalten aktiv die technische Zukunft öffentlicher Gebäude. Sie begleiten vielfältige Bau- und Modernisierungsvorhaben mit gesell-

schaftlicher Bedeutung und tragen zur Umsetzung energieeffizienter sowie nachhaltiger Gebäudetechnik bei. Als Bauherrenvertretung steuern Sie Projekte im Bereich der technischen Gebäudeausrüstung, überwachen Termine und koordinieren alle Projektbeteiligten. Sie wirken an den Leistungsphasen 1 bis 5 HOAI mit und verantworten eigenständig die Umsetzung der Bauvorhaben in den Leistungsphasen 6 bis 9. Zudem bearbeiten Sie Havarie- und Störungsmeldungen aus bezirklichen Liegenschaften, klären vergabe- und vertragsrechtliche Fragestellungen und sorgen für strukturierte Projektabläufe. Freuen Sie sich auf verantwortungsvolle Aufgaben mit Gestaltungsspielraum, interdisziplinäre Zusammenarbeit und die Möglichkeit, Ihre fachliche Expertise von der Planung bis zur Realisierung einzubringen. Sie verbinden technische Lösungen mit wirtschaftlichem Denken und leisten einen sichtbaren Beitrag zu einer funktionierenden öffentlichen Infrastruktur.

Bewerbungsfrist: 30. Juni 2026

Kontakt Daten: Bitte reichen Sie Ihre Bewerbung online über das Berliner Karriereportal ein. Klicken Sie bitte dazu auf den Button „Jetzt bewerben“.

Internetadresse: Ausführliche Informationen zur Stellenausschreibung, insbesondere eine Beschreibung der Anforderungen, finden Sie unter:
<https://www.karriereportal-stellen.berlin.de/stellenangebot.html?yid=54275>

Bezirksamt Reinickendorf von Berlin

Bezeichnung: **Mitarbeit Geschäftszimmer für die Amtsleitung und die Fachbereichsleitungen (m/w/d)**

Besoldungs-/Entgeltgruppe: 6

Besetzbar ab: 1. April 2026

Befristung: unbefristet

Kennzahl: 2026-078-64734

Vollzeit/Teilzeit: Vollzeit mit 39,4 Wochenstunden
(Eine Teilzeitbeschäftigung ist möglich.)

Arbeitsgebiet: Ihre Aufgaben sind unter anderem folgende:
- Sekretariatsaufgaben, insbesondere die selbstständige Organisation des Vorzimmers der Amtsleitung des SGA und der Fachbereichsleitungen, - Entgegennahme der Eingangspost und deren Bearbeitung mit Zuordnung in die Zuständigkeitsbereiche und telefonische Erstbearbeitung sowie Weiterleitung, - Selbständiges Führen der Wiedervorlage von diversen Vorgängen und Rücksprachen im Rahmen der Unterstützung der vielfältigen Aufgaben der Amts- und Fachbereichsleitung, - Selbständiges Ablageverfahren von Geschäftsvorgängen im Bereich des Amtsleiters - Erstellen, Vervielfältigen und Verteilen diverser Formulare zur Büroorganisation, - interne und externe Informationsaufnahme und Weitergabe telefonisch sowie mittels E-Mail für die Amts- und Fachbereichsleitungen, - Bedienen und Überwachen von Geräten und Maschinen zur Büroorganisation einschließlich deren Verbrauchsmaterialien und Bestellung, - Unterstützung, Durchführung und Planung bei internen und externen Veranstaltungen des SGA. Weitere Informationen finden Sie im Anforderungsprofil, welches Bestandteil der Stellenausschreibung ist und für die Dauer dieser Veröffentlichung im beigefügten PDF unter „weitere Informationen“ eingesehen werden kann. Es gibt detailliert wieder, welche fachlichen und außerfachlichen Kompetenzen die Stelle erfordert und ist außerdem Grundlage für die Auswahlentscheidung. Es können sich auch Auszubildende des Landes Berlin bewerben, die einen der oben genannten Ausbildungsabschlüsse anstreben und bis zum 31. August 2026 ihre Ausbildung erfolgreich beenden werden. Wir schätzen und fördern die Vielfalt und Chancengleichheit und heißen daher Bewerbungen unabhängig von Geschlecht, Lebensalter, Behinderungen, dem ethnischen Hintergrund, der Religion und Weltanschauung oder der sexuellen Orientierung willkommen. Insbesondere Bewerbungen von Menschen mit Behinderungen sowie Menschen mit Migrationsgeschichte sind

ausdrücklich erwünscht. Bei gleichwertiger Qualifikation werden schwerbehinderte und diesen gleichgestellten Menschen bevorzugt eingestellt sowie Menschen mit Migrationshintergrund in besonderem Maße berücksichtigt.

- Bewerbungsfrist:** 27. März 2026
- Kontaktdaten:** Auskünfte:
Fachabteilung: Telefon: 90294-3003/2268
Personalmanagement: Telefon: 90294-2109
Bezirksamt Reinickendorf von Berlin
Eichborndamm 215, 13437 Berlin
- Internetadresse:** Ausführliche Informationen zur Stellenausschreibung, insbesondere eine Beschreibung der Anforderungen, finden Sie unter:
<https://www.karriereportal-stellen.berlin.de/mitarbeit-geschaeftszimmer-fuer-die-amtsleitung-und-die-fa-de-j64734.html>

Technische Universität Berlin

- Bezeichnung:** **Bibliotheksreferendarin/Bibliotheksreferendar (d/m/w) - Beamtin/Beamter auf Widerruf**
- Besoldungs-/Entgeltgruppe:** A 13
- Besetzbar ab:** 1. Oktober 2026
- Befristung:** befristet
- Kennzahl:** UB-91/26
- Vollzeit/Teilzeit:** Vollzeit, Teilzeit ist gegebenenfalls möglich.
- Arbeitsgebiet:** Ihre Aufgaben: Wir suchen Ingenieurinnen/Ingenieure, Naturwissenschaftler/-innen, Mathematiker/-innen, Informatiker/-innen und Architekt/-innen (d/m/w). Sie haben einen wissenschaftlichen Hochschulabschluss in einem MINT-Fach oder in Architektur und haben Freude an Managementaufgaben? Sie möchten Ihre Führungsqualitäten ausbauen? Sie haben zukunftsorientierte Ideen und möchten damit aktiv das Bibliothekswesen voranbringen? Dann sind Sie bei uns genau richtig. Das Bibliotheksreferendariat bereitet auf den höheren Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken vor und qualifiziert so für den Beruf der Wissenschaftlichen Bibliothekar/-innen. Die Spanne der Tätigkeiten in diesem Berufsfeld reicht von Literaturerwerbung und -erschließung sowie Vermittlung von Informationskompetenz über forschungsnahen Dienste (Open Access/Open Science, Forschungsdatenmanagement) bis hin zu Leitungs- und Managementaufgaben. Zur Wahrung der Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern sind Bewerbungen von Frauen mit der jeweiligen Qualifikation ausdrücklich erwünscht. Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt. Die Technische Universität Berlin (TU Berlin) schätzt die Vielfalt ihrer Mitglieder und verfolgt die Ziele der Chancengleichheit. Bewerbungen von Menschen aller Nationalitäten und mit Migrationshintergrund sind herzlich willkommen.
- Bewerbungsfrist:** 10. April 2026
- Kontaktdaten:** Ihre Bewerbung richten Sie bitte unter Angabe der Kennzahl mit den üblichen Unterlagen (zusammengefasst in einem einzigen PDF-Dokument mit maximal 5 MB) per E-Mail an Herrn Jühr unter:
bewerbungsverfahren@ub.tu-berlin.de
Den vollständigen Ausschreibungstext finden Sie hier: <https://www.jobs.tu-berlin.de/stellenausschreibungen/201802>

Internetadresse:

Ausführliche Informationen zur Stellenausschreibung, insbesondere eine Beschreibung der Anforderungen, finden Sie unter: <https://www.jobs.tu-berlin.de/stellenausschreibungen/201802>

Ausschließungsbeschlüsse

Amtsgericht Schöneberg

Aktenzeichen 76 II 22/25

Der Gläubiger der im Grundbuch des Amtsgerichts Schöneberg, Gemarkung Zehlendorf, Blatt 1841, in Abteilung III Nummer 10 zugunsten Beamtenheimstättenwerk, Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Hameln eingetragenen Grundschuld zu 115 500 DM wird mit seinen Rechten ausgeschlossen.

Amtsgericht Schöneberg

Aktenzeichen 76 II 26/25

Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Schöneberg, Gemarkung Lichterfelde, Blatt 19570, in Abteilung III Nummer 8 zugunsten der Bausparkasse Schwäbisch Hall Aktiengesellschaft in Schwäbisch Hall eingetragene Grundschuld zu 90 000 DM wird für kraftlos erklärt.

Gläubigeraufrufe

Der beim Amtsgericht Charlottenburg im Vereinsregister eingetragene Verein **Deutsches Institut für Gesundheitsrecht (DIGR)** (Aktenzeichen VR 25564 B) ist aufgelöst. Gläubiger/-innen des Vereins werden aufgefordert, ihre Ansprüche anzumelden.

Der beim Amtsgericht Charlottenburg im Vereinsregister eingetragene Verein **Eltern-Initiativ-Kindertagesstätte Regenbogen e.V.** (Aktenzeichen VR 5990 B) ist durch Beschluss der Mitgliederversammlung vom 18. November 2025 aufgelöst. Gläubiger/-innen des Vereins werden aufgefordert, ihre Ansprüche anzumelden.

Der beim Amtsgericht Charlottenburg im Vereinsregister eingetragene Verein **Guten Tag Kinder e.V.** (Aktenzeichen VR 10251 B) ist durch Beschluss der Mitgliederversammlung vom 15. Dezember 2025 zum 1. Januar 2026 aufgelöst. Gläubiger/-innen des Vereins werden aufgefordert, ihre Ansprüche anzumelden.

Der beim Amtsgericht Charlottenburg im Vereinsregister eingetragene Verein **Lebenslust Prenzlauer Berg e.V.** (Aktenzeichen VR 27366 B) ist durch Beschluss der Mitgliederversammlung vom 17. April 2025 aufgelöst. Gläubiger/-innen des Vereins werden aufgefordert, ihre Ansprüche anzumelden.

Der beim Amtsgericht Charlottenburg im Vereinsregister eingetragene Verein **PURE HEART DEUTSCHLAND e. V.** (Aktenzeichen VR 24527 B) ist durch Beschluss der Mitgliederversammlung vom 3. Oktober 2025 zum 31. Dezember 2025 aufgelöst. Gläubiger/-innen des Vereins werden aufgefordert, ihre Ansprüche anzumelden.

Der beim Amtsgericht Charlottenburg im Vereinsregister eingetragene Verein **Welcome Mamas e. V.** (Aktenzeichen VR 36374 B), Sitz in c/o Red Tape, Berliner Straße 69, 13189 Berlin, ist aufgelöst und befindet sich in Liquidation (i.L.). Die Gläubiger/-innen des Vereins werden hiermit aufgefordert, ihre Forderungen anzumelden.

Leerseite

Leerseite

Landesverwaltungsamt Berlin - LS 2 -, Fehrbelliner Platz 1, 10707 Berlin